



## 52. Sitzung

Mittwoch, 29. März 2006

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Bettina Bliebenich und Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe

### Inhalt:

<b>Mitteilungen des Präsidenten</b>	2645 A	Unterrichtung durch den Präsidenten:	
Abwicklung der <b>Tagesordnung</b>	2645 A	<b>Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Bildung und Sport</b>	
		– Drs 18/3923 –	2660 D
Antrag des Ersten Bürgermeisters:		Ergebnisse	2689, 2690
<b>Bestätigung der Berufung eines Senators</b>			
– Drs 18/3965 –	2645 B	Antrag der Fraktion der CDU:	
Ergebnis	2645 C	<b>Hafenöffnungszeiten erweitern – 24 Stunden an sieben Tagen die Woche</b>	
		– Drs 18/3903 –	2661 A
<b>Vereidigung eines Mitglieds des Senats</b>	2645 D	dazu	
		Antrag der Fraktion der GAL:	
<b>Aussprache zur "Aktuellen politischen Lage"</b>	2646 A	<b>Erweiterte Hafenöffnungszeiten nur zu vernünftigen Rahmenbedingungen</b>	
Dr. Mathias Petersen SPD	2646 A	– Drs 18/3967 –	2661 A
Bernd Reinert CDU	2647 B	und	
Christa Goetsch GAL	2648 D	Antrag der Fraktion der SPD:	
Ole von Beust, Erster Bürgermeister	2650 A	<b>Hafenöffnung rund um die Uhr – Anwohnerinteressen berücksichtigen</b>	
Michael Neumann SPD	2652 B	– Drs 18/3972 –	2661 A
Dr. Manfred Jäger CDU	2654 C	Barbara Ahrons CDU	2661 A
Christian Maaß GAL	2656 B	Ingo Egloff SPD	2662 B
Gesine Dräger SPD	2658 C	Jens Kerstan GAL	2662 C
Frank-Thorsten Schira CDU	2659 B	Beschlüsse	2663 B
Dr. Willfried Maier GAL	2660 A		
		Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL:	
Unterrichtung durch den Präsidenten:		<b>Weiterleitung von Protokollen des PUA Geschlossene Unterbringung Feuerbergstraße in Behörden</b>	
<b>Wahl der Vertrauensleute und ihrer Vertreterinnen und Vertreter für die Ausschüsse zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Hamburgischen Obergericht und beim Verwaltungsgericht Hamburg</b>		– Drs 18/3910 –	2663 C
– Drs 18/3458 –	2660 D	dazu	

Antrag der Fraktion der CDU:		Antje Möller GAL	2682 B
<b>Konsequentes und verantwortliches Handeln schafft Vertrauen</b>		Carsten-Ludwig Lüdemann, Senator	2683 A
– Drs 18/3968 –	2663 C	Rolf-Dieter Klooß SPD	2685 C
Thomas Böwer SPD	2663 C	Antje Möller GAL	2687 B
Kai Voet van Vormizeele CDU	2664 D	Beschluss	2687 D
Christiane Blömeke GAL	2666 C		
Olaf Böttger CDU	2667 A, 2670 C	Bericht des Kulturausschusses:	
Dr. Andrea Hilgers SPD	2669 A	<b>Einführung des ipsa-lege-Prinzips</b>	
Dr. Manfred Jäger CDU	2669 C	– Drs 18/3851 –	2687 D
Dr. Till Steffen GAL	2669 D	dazu	
Beschlüsse	2671 B	Antrag der Fraktion CDU:	
		<b>Gesetz zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes</b>	
		– Drs 18/3969 –	2687 D
Antrag der Fraktion der GAL:		Beschlüsse	2688 A
<b>Weiterentwicklung des Hamburger Modells "Religionsunterricht für alle"</b>		Bericht des Rechtsausschusses:	
– Drs 18/3911 (Neufassung) –	2671 B	<b>Gesetz über die Gewährleistung des freien Zugangs zu Informationen für die Freie und Hansestadt Hamburg</b>	
Christa Goetsch GAL	2671 B	<b>Ein Informationsfreiheitsgesetz für Hamburg</b>	
Wolfgang Beuß CDU	2672 D	– Drs 3909 –	2688 B
Gerhard Lein SPD	2673 D	Beschlüsse	2688 B
Aydan Özoguz SPD	2674 D		
Beschluss	2675 B		
Senatsmitteilung:			
<b>Haushaltsplan 2005/2006</b>			
<b>Finanzierung der Mehrbedarfe für Sicherheitsmaßnahmen im Rahmen der FIFA-Fußball-Weltmeisterschaft 2006</b>			
– Drs 18/3924 –	2675 B		
dazu			
Antrag der Fraktion der SPD:			
<b>Unterrichtung der Bürgerschaft über die Mehrausgaben für die Innere Sicherheit im Zusammenhang mit der Fußball-WM</b>			
– Drs 18/3973 (Neufassung) –	2675 C		
Karl-Heinz Warnholz CDU	2675 C		
Dr. Andreas Dressel SPD	2676 C		
Antje Möller GAL	2677 B		
Udo Nagel, Senator	2679 A		
Beschlüsse	2680 B		
Antrag der Fraktion der SPD:			
<b>Nach der beschämenden Rüge des Europarats für Hamburg: Abschiebehaftvollzug in der Untersuchungshaft beenden</b>			
– Drs 18/3914 –	2680 C		
Dr. Andreas Dressel SPD	2680 C		
Viviane Spethmann CDU	2681 C, 2682 D		

**A            Beginn: 15.01 Uhr**

**Präsident Berndt Röder:** Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Der Präsident des Senates hat mir mit Schreiben vom 28. März 2006 mitgeteilt, dass er am Vortage Herrn Senator Dr. Kusch gemäß Artikel 34 Absatz 2 Satz 1 der Verfassung aus seinem Amt als Senator, der Freien und Hansestadt Hamburg entlassen habe. Damit sei die Amtszeit von Herrn Senator Kusch als Mitglied des Senates beendet.

Mit einem weiteren Schreiben vom 28. März 2006 hat der Präsident des Senates beantragt, den zwischenzeitlich von ihm gemäß Artikel 34 Absatz 2 zum Senator berufenen Carsten-Ludwig Lüdemann am heutigen Tage durch die Bürgerschaft bestätigen zu lassen. Dazu ist Ihnen als Tischvorlage die Drucksache 18/3965 zugegangen, die als Tagesordnungspunkt 01 nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen wurde.

Die Fraktionen sind übereingekommen, das Verfahren zur Bestätigung der Berufung eines Senators zu Beginn der heutigen Sitzung durchzuführen.

Daran anschließend findet anstelle der Aktuellen Stunde eine Aussprache über die aktuelle politische Lage statt. Die Fraktionen sind übereingekommen, dass hierfür jeder Fraktion sowie dem Senat eine Redezeit von 25 Minuten zur Verfügung stehen soll.

Des Weiteren haben die Fraktionen abweichend von der Empfehlung des Ältestenrates vereinbart, dass die Tagesordnung um zwei weitere Punkte ergänzt werden soll. Es handelt sich dabei zum einen um den Dringlichen Senatsantrag zur Umstrukturierung der Behörden, den Sie heute als Drucksache 18/3960 erhalten haben. Zum anderen haben Sie heute mit der Drucksache 18/3958 einen Bericht des Wirtschaftsausschusses bekommen. Die genannten Drucksachen wurden als Tagesordnungspunkt 22 b beziehungsweise Tagesordnungspunkt 55 a nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen.

Darüber hinaus sind die Fraktionen übereingekommen, dass auch die Tagesordnungspunkte 3 und 6 b vertagt werden sollen. Es handelt sich dabei um die Wahl eines vertretenden Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichtes aus der Drucksache 18/3431 sowie um die Wahl eines Deputierten aus der Drucksache 18/3939.

Ich rufe sodann Punkt 1 auf, Drucksache 18/3965, Antrag des Ersten Bürgermeisters: Bestätigung der Berufung eines Senators.

**[Antrag des Ersten Bürgermeisters:  
Bestätigung der Berufung eines Senators  
– Drucksache 18/3965 –]**

Nach Paragraph 4 des Senatsgesetzes entscheidet die Bürgerschaft über die vom Ersten Bürgermeister beantragte Bestätigung eines Senators ohne Aussprache in geheimer Abstimmung. Vereinbarungsgemäß findet diese Abstimmung in Wahlkabinen statt. Wir verfahren so, dass Frau Thomas und Frau Martens abwechselnd die Mitglieder der Bürgerschaft in alphabetischer Reihenfolge aufrufen werden. Ich bitte Sie, dann zur Kanzleibank zu gehen und dort Ihren Stimmzettel entgegenzunehmen. Jeder Stimmzettel enthält Felder für Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung. Mit dem Stimmzettel gehen Sie

bitte in eine der beiden Wahlkabinen und nehmen Sie Ihre Wahlentscheidung dort vor. Ich bitte, die Stimmzettel jeweils nur mit einem Kreuz zu versehen. Stimmzettel, die den Willen des Mitgliedes nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten, sind ungültig. Auch unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig. Nach der Wahlhandlung begeben Sie sich bitte zu Frau Rogalski-Beeck, bei der die Wahlurne steht. Stecken Sie dann Ihren Stimmzettel dort in die Wahlurne. Ich darf nun Frau Thomas bitten, mit dem Wahlaufzug zu beginnen.

(Der Namensaufruf wird vorgenommen.)

Meine Damen und Herren! Ist ein Mitglied des Hauses nicht aufgerufen worden? – Ich stelle fest, dass alle Abgeordneten aufgerufen worden sind und die Stimmenabgabe abgeschlossen ist. Damit erkläre ich die Wahlhandlung für beendet. Ich bitte, nunmehr die Stimmenauszählung vorzunehmen. Für die Dauer der Auszählung ist die Sitzung unterbrochen.

**Unterbrechung: 15.15 Uhr**

**Wiederbeginn: 15.25 Uhr**

**Präsident Berndt Röder:** Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe das Ergebnis der Abstimmung bekannt. Es sind 119 Stimmzettel abgegeben worden, davon waren alle gültig.

Herr Carsten-Ludwig Lüdemann erhielt 62 Ja-Stimmen, 57 Nein-Stimmen und keine Stimmenthaltung.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU)

Ich bitte nun Herrn Senator Lüdemann, nach vorne in unsere Mitte zu kommen.

(Die Anwesenden erheben sich.)

Nach Artikel 38 der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg haben die Mitglieder des Senates vor Antritt ihres Amtes vor der Bürgerschaft einen Eid zu leisten. Ich lese Ihnen den Wortlaut des Eides vor:

"Ich schwöre, dass ich Deutschland, dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und der hamburgischen Verfassung die Treue halten, die Gesetze beachten, die mir als Mitglied des Senates obliegenden Pflichten gewissenhaft erfüllen und das Wohl der Freien und Hansestadt Hamburg, soviel ich vermag, fördern will."

Ich bitte Sie, bei erhobener rechter Hand die Beteuerungsformel "Ich schwöre es" oder "Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe" nachzusprechen.

**Senator Carsten-Ludwig Lüdemann:** Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

**Präsident Berndt Röder:** Im Namen des ganzen Hauses wünsche ich Ihnen eine glückliche Hand in der Amtsführung und viel Erfolg im Interesse unserer Hamburger Bürgerinnen und Bürger. Herzlichen Glückwunsch.

(Beifall bei der CDU)

B

C

D

A Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, Platz zu nehmen und das Telefonieren einzustellen.

Der Präsident des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg hat mir mitgeteilt, dass der Senat Herrn Senator Carsten-Ludwig Lüdemann mit dem Amt des Präses der Justizbehörde betraut hat. Ferner hat der Senat beschlossen, Frau Bürgermeisterin Schnieber-Jastram mit der Verantwortung gemäß Artikel 42 Absatz 2 der Verfassung für die Bereiche Gesundheit und Verbraucherschutz zu betrauen.

(Zuruf von der GAL: Das ist ja unglaublich!)

Wir kommen nun zur Aussprache über die aktuelle politische Lage. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass hierfür jeder Fraktion sowie dem Senat eine Redezeit von 25 Minuten zur Verfügung steht. Das Wort wird gewünscht? – Der Abgeordnete Petersen bekommt es.

**Dr. Mathias Petersen** SPD:\* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Lüdemann, auch von unserer Seite herzlichen Glückwunsch, viel Erfolg. Wenn Sie gerade 63 CDU-Abgeordnete beglückwünscht haben, muss ja einer dabei gewesen sein, der das nicht so ganz ernst gemeint hat.

(Beifall bei der SPD und einzelner Beifall bei der GAL – *Hartmut Engels* CDU: Sehr vorsichtig!)

Wir befinden uns auf dem vorläufigen Höhepunkt einer Regierungskrise unglaublichen Ausmaßes und Sie, Herr Bürgermeister, und mit Ihnen die CDU in Hamburg nutzen Ihre absolute Mehrheit seit Wochen aus, um dem Ansehen der Stadt in Deutschland zu schaden.

B

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Das jüngste Beispiel ist die Protokoll-Affäre, die längst eine Senatskrise geworden ist.

(Zuruf von der CDU: Erzählen Sie einmal etwas Neues!)

Hier wird systematisch gegen geltendes Recht verstoßen und ich sage Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir in der Opposition werden hier gemeinsam nachfragen und es wird einen weiteren Untersuchungsausschuss geben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Mit dem Handeln, das in den letzten Monaten in den Behörden und auch hier stattgefunden hat, wird die Arbeit eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses ad absurdum geführt. Wenn geheime Akten aus Behörden angefordert werden, dann kann das nicht mit einem rechten Weg zu tun haben. Sie, Herr Reinert, haben versucht – gestern noch in einer Sendung mit mir gemeinsam –, dieses unglaubliche Verhalten zu verniedlichen, und führten aus, dass es in mehreren Bundesländern durchaus üblich wäre, so zu verfahren. Das ist ein Verständnis eines Fraktionsvorsitzenden, das zur parlamentarischen Demokratie nicht so richtig passt, Herr Reinert.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Der Untersuchungsausschuss ist das schärfste Instrument, das ein Parlament hat, und Sie nehmen einen Missbrauch dieses Rechts einfach hin. Das kann es nicht sein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

C

Ich stimme dem CDU-Rechtsexperten, Herrn Professor Karpen, zu, wenn er feststellt, dass so ein Regierungsverhalten dem Parlamentarismus und der Demokratie schadet.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Das Verhalten und auch die Amtsführung des viel zu spät gefeuerten Senators Kusch war längst despektierlich und es bleibt Ihr Geheimnis, Herr von Beust, warum Sie so lange an diesem Mann festgehalten haben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Es bleibt auch Ihr Geheimnis, warum Sie diesen Mann eigentlich zum Senator gemacht haben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Im Verhalten des ehemaligen Senators Kusch in den letzten Tagen gibt es durchaus Parallelen zum Senator Schill. Sie haben, Herr Bürgermeister, diese Menschen zu Senatoren gemacht, die dem Anspruch an einen Hamburger Senator weder fachlich noch charakterlich gewachsen waren.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Herr Bürgermeister von Beust, Sie waren es, der diese Senatoren viel zu lange im Amt belassen hat, und Sie waren es, der die Protokoll-Affäre unterschätzt hat. Sie waren es, der diese Angelegenheit zur Chefsache gemacht hat und Sie sind damit gescheitert.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

D

Krisen wie diese kann sich Hamburg nicht leisten. Hamburg steht im Wettstreit mit anderen großen europäischen Städten und sie alle machen einen Umbruch durch mit hoher Arbeitslosigkeit, zunehmender Armut und wachsenden Problemen bei der Integration. In dieser Zeit braucht die Politik Menschen, die in ihrer moralischen Integrität unantastbar sind.

(*Bernd Reinert* CDU: Herr Böwer! Und Zuruf von der CDU: Voscherau!)

Wir brauchen in der Politik Menschen, die sich als Anwälte der Kinder, der Jugendlichen und der Familien verstehen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie, Herr Bürgermeister, haben mit dieser so wichtigen Aufgabe Senatorin Schnieber-Jastram betraut und ich glaube, dass diese Sozialsenatorin – Ihre Stellvertreterin, Herr Bürgermeister – dieser Aufgabe nicht gewachsen ist.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich war am Montag am Osdorfer Born und mich hat dort eine allein erziehende Mutter von drei Kindern angesprochen.

(*Olaf Ohlsen* CDU: Immerhin eine!)

Sie konnte sich sehr gut daran erinnern, dass bei der Diskussion um den grausamen Tod von Jessica diese Senatorin alle Menschen in Hamburg aufgefordert hat, die Ohren und die Augen aufzumachen. Man müsse sich um die Menschen in der Nachbarschaft kümmern, man müsse eingreifen, wenn etwas falsch läuft.

A Jetzt zeigt diese Senatorin, dass sie diesen Appell nicht ernst nimmt. Sie kümmert sich nicht um die Menschen, die ihr anvertraut sind, sie kümmert sich nicht einmal darum, was in ihrer Behörde – ja, auf ihrer Etage – passiert.

(Robert Heinemann CDU: Was soll das denn jetzt?)

Ihre Devise, Frau Senatorin, ich sehe nichts, ich höre nichts, das heißt: Senatorin Ahnungslos.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie, Frau Senatorin Schnieber-Jastram, laufen unter der Messlatte moralischer und politischer Integrität durch, die für die Ausübung dieses so wichtigen politischen Amtes in dieser Stadt gelten muss. Sie interessieren sich nicht, Sie kümmern sich nicht, Sie sind untragbar.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren der CDU-Fraktion, haben bei der Entlassung der Herren Meister und Kusch den Eindruck erwecken wollen, Sie hätten mit diesen Herren nichts zu tun. Bei Frau Schnieber-Jastram wird das allerdings schwieriger. Sie ist stellvertretende Parteivorsitzende der Hamburger CDU und sie verkörpert seit Monaten in erster Linie den qualitativen Verfall der Hamburger CDU.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Bernd Reinert CDU: Wollen Sie von irgendetwas ablenken in diesem Zusammenhang?)

B Ein distanziertes Verhalten der CDU, meine sehr verehrten Damen und Herren, wie bei Meister und Kusch hilft Ihnen hier nicht weiter. Nichthandeln hat aus der Protokoll-Affäre eine Senatskrise gemacht. Ihr Nichthandeln wird die Protokoll-Affäre nicht beenden. Im Gegenteil. Handeln Sie jetzt, meine sehr verehrten Damen und Herren, und trennen Sie sich von dieser Senatorin.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

**Präsident Berndt Röder:** Das Wort erhält der Abgeordnete Reinert.

**Bernd Reinert** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CDU-Mehrheit in dieser Bürgerschaft steht und das auch in geheimer Abstimmung.

(Beifall bei der CDU – Ingo Egloff SPD: Da haben Sie aber Glück gehabt!)

Bitte interpretieren Sie das Wahlergebnis anhand der Zahlen. Die CDU-Mehrheit steht, daran kommen Sie nicht vorbei.

(Beifall bei der CDU)

Das ist Ihr Problem und das wird Ihr Problem bleiben, bis zum Frühjahr 2008, bis zu den nächsten Wahlen.

(Beifall bei der CDU)

Von einer Krise, Herr Petersen, hätte man dann sprechen können, wenn die Abstimmung nicht erfolgreich ausgegangen wäre.

(Zuruf und Lachen bei Doris Mandel SPD)

Sie ist erfolgreich ausgegangen und deshalb werden wir unseren politischen Weg zum Wohle der Stadt auch fortsetzen können.

(Beifall bei der CDU – Dr. Till Steffen GAL: Das ist ja eine Drohung!) C

Nun sind Sie in Ihrer Rede auf verschiedene Vorfälle und Ereignisse der letzten Wochen eingegangen. Ich möchte zunächst sagen, dass wir als CDU-Fraktion Herrn Senator Kusch voll dabei unterstützt haben, als es darum ging, die Versäumnisse im Hamburger Strafvollzug aufzuarbeiten sowie Gerichte und Staatsanwaltschaften personell wieder so auszustatten, dass sie arbeitsfähig wurden.

(Beifall bei der CDU – Dr. Till Steffen GAL: Das stimmt doch gar nicht!)

Man muss andererseits auch sagen, dass in den letzten Wochen, in den letzten Monaten

(Jürgen Schmidt SPD: ... in den letzten Jahren!)

die politische Koordination mit dem Justizsenator zusehends schwieriger wurde und dass wir manche seiner Ankündigungen nicht mit Freude aufgenommen haben.

(Dr. Willfried Maier GAL: Wir auch nicht! Und Zurufe von der SPD)

– Da haben wir dann doch etwas Gemeinsames, Herr Dr. Maier.

Im Zusammenhang mit der Weitergabe von Unterlagen aus dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, Herr Dr. Petersen, die nicht rechtmäßig war – das habe ich gestern Abend gesagt, das sage ich heute hier, das sage ich an jeder Stelle,

(Doris Mandel SPD: Sagen Sie das doch mal dem Bürgermeister!) D

an der Sie mich dazu auffordern oder auch nicht, tun Sie nicht so, als würde ich das nicht sagen –, hat der Bürgermeister einen Sonderermittler eingesetzt, ebenso der Bürgerschaftspräsident.

Der Bericht des Sonderermittlers des Bürgermeisters liegt vor.

(Zurufe von der SPD und der GAL: Wann? Wo? Wem?)

Er liegt dem Bürgermeister vor

(Ingo Egloff SPD: ... und der "Bild"-Zeitung!)

und der Bürgermeister hat daraus die notwendigen Konsequenzen gezogen

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und der GAL)

und dieses unterstützen wir ausdrücklich. Auch das ist die Aufgabe des Bürgermeisters.

(Unruhe im Hause – Glocke)

**Präsident Berndt Röder** (unterbrechend): Meine Damen und Herren, das Wort hat der Abgeordnete Reinert.

(Werner Dobritz SPD: Er soll sagen, woher er den Bericht hat! – Glocke)

Herr Dobritz, Sie heißen auch nicht Reinert.

**Bernd Reinert** (fortfahrend): Eine weitere gute Nachricht. Dass der Bürgermeister die notwendigen politischen Konsequenzen auf der Ebene der politischen Behörden-

A leitionen getroffen hat, ist etwas, was auch Sie zur Kenntnis nehmen müssen.

(*Dr. Till Steffen GAL*: Wenn wir den Bericht haben, schon!)

Sehr geehrter Herr Dr. Petersen, das wird sich noch wiederholen, wenn es um die Debatte geht, was mit einem eventuellen zweiten PUA wird oder mit einer Erweiterung des Untersuchungsauftrags des jetzigen PUA. Dazu hat Herr Petersen in der Debatte hier und heute nichts gesagt.

(*Michael Neumann SPD*: Dazu hat Herr Petersen heute was gesagt! – *Gesine Dräger SPD*: Wie bitte?)

Wenn ich mir ansehe, wie Sie sich in den letzten Tagen durch Herrn Böwer in der Presse eingelassen haben, stelle ich fest, es läuft darauf hinaus, dass alles untersucht werden darf, aber bitte nicht die Frage, wie Herr Böwer an seine Informationen kommt und ob das rechtmäßig ist.

(Beifall bei der CDU)

Die Art und Weise, wie Sie mit der Zweiten Bürgermeisterin, der Senatorin für Soziales und Familie, umgehen, ist ebenso scheinheilig wie das, was Sie vorher gezeigt haben.

(Beifall bei der CDU)

Ich lasse einmal das, was gestern berichtet wurde, kurz Revue passieren. Da kommt irgendwie aus dem Untersuchungsausschuss – ich würde dem "Irgendwie" gern nachgehen, Herr Böwer –

B

(*Elke Thomas CDU*: Genau!)

ein vertrauliches Papier an einen Journalisten. Der Journalist faxt das Papier dann weiter an die Behörde.

(*Michael Neumann SPD*: Was Sie alles wissen!)

– Das steht in der Zeitung, Herr Neumann, und lesen kann ich.

Die Bürgermeisterin ist in der Türkei, sie kennt das Papier überhaupt nicht, aber Sie wollen ihr daraus einen Strick drehen, dass dieses Papier in der Behörde vorhanden ist. Das ist absurdes Theater.

(Beifall bei der CDU)

Wenn dann eine Äußerung der Senatorin bei eben dieser Türkeireise jetzt in einen völlig anderen Zusammenhang gestellt wird, dann ist dieses ebenso unverantwortlich wie die Anschuldigungen, die Sie ansonsten loslassen. Frau Schnieber-Jastram hat in der Türkei gesagt, dass sie die Akten, die der Behörde vorliegen, nicht herausgeben darf, nicht der Öffentlichkeit vorlegen darf. Natürlich lagen sie dem PUA vor, aber sie dürfen und durften nicht veröffentlicht werden, weil sie vertrauliche, individuelle, persönliche Daten enthielten. Nichts anderes hat die Bürgermeisterin gesagt,

(*Michael Neumann SPD*: Deshalb ist Herr Meister noch im Amt!)

nichts anderes hat sie gemeint und deshalb versuchen Sie hier, nach dem Muster zu verfahren: Irgendetwas wird schon hängen bleiben. Das ist unanständig.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie uns bitte noch einmal ganz klar festhalten, dass es diese Senatorin ist, die in Hamburg eine ganze Reihe politischer Probleme gelöst bekommen hat,

C

(*Michael Neumann SPD*: Geschaffen hat!)

die seit Jahren nicht gelöst waren.

(Beifall bei der CDU)

Ich denke dabei an den Bereich der Kindertagesbetreuung, ich denke an das Familieninterventionsteam. Das mögen Sie alles nicht hören, aber sind heute 5000 oder mehr Kinder zusätzlich in Tagesbetreuung oder nicht? Sie sind es.

(Beifall bei der CDU)

Die Bürgermeisterin und verantwortliche Senatorin hat die "Allianz für die Familie" auf die Beine gestellt

(*Christiane Blömeke GAL*: Das war ein Bundesgesetz!)

und mit dem Konzept "Hamburg schützt seine Kinder" ein Instrumentarium geschaffen, mit dem eine Wiederholung der schlimmen Fälle, die passiert sind, so gut wie ausgeschlossen ist, wenn die Bezirksämter auch entsprechend vernünftig arbeiten.

(Beifall bei der CDU)

Damit, meine Damen und Herren, bleibt für mich als Fazit festzuhalten: Wir sind gut aufgestellt mit dieser Senatorin, wir haben einen neuen Justizsenator, der von der Fraktion getragen wird, wir haben einen neuen Staatsrat in der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz. Ich wünsche dem neu Gewählten sowie dem neu Ernannten Glück und Erfolg im Namen der CDU-Fraktion. Wir stehen zu diesem Senat, wie die Abstimmung gezeigt hat.

D

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU)

**Präsident Berndt Röder**: Frau Goetsch, Sie haben das Wort.

**Christa Goetsch GAL**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Reinert, das ist schon peinlich, wenn Sie jetzt, an dieser Stelle und zu diesem Zeitpunkt noch die fachliche Arbeit des Senators Kusch verteidigen und sich nur über die schlechte Koordination auslassen. Das ist unverständlich für jeden,

(*Frank-Thorsten Schira CDU*: Nein! – *Klaus-Peter Hesse CDU*: Nennt sich Anstand!)

der in dem Bereich Ahnung hat. Aber lassen Sie uns zum Thema kommen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Herr von Beust, ich habe gedacht, dass Sie nach vorne gehen und eine Rede zur Lage der Nation halten. Aber anscheinend machen Sie das, was bei Ihnen immer üblich ist, Sie reagieren erst wieder und oft ja erst spät. Sie können sich hier nicht aus der Verantwortung ziehen. Lassen Sie mich zum Thema Recht und Gesetz, Gewaltenteilung und politische Verantwortung ein Wort verlieren. Ich halte das an dieser Stelle und nach diesen Wochen, die wir hinter uns haben, für nötig.

Ihre Regierung, Herr von Beust, hat – je länger sie an der Macht ist – ein wachsendes Problem. Das hat die ganze

A Geschichte mit der Feuerbergstraße, mit dem PUA und dem Protokollskandal sehr deutlich gemacht. Sie fühlen sich zu sicher, Sie haben es sich zu bequem gemacht, Sie haben sich mit dieser absoluten Mehrheit zu sicher eingerichtet. In Ihren Reihen, meine Damen und Herren der CDU, macht sich Überheblichkeit und die Haltung breit nach dem Motto: Man kann sich alles erlauben.

Sie werden dann aber auch nachlässig gegenüber Recht und Gesetz, gegenüber demokratischen Grundregeln. Es fehlt ganz klar an der Übernahme politischer Verantwortung und es herrscht das Prinzip:

"Dat löppt sich allens torecht."

wie der Bürgermeister von sich gab.

Zunächst haben Sie es mit Recht und Gesetz nicht so genau genommen. In der Geschlossenen Unterbringung Feuerbergstraße wurden Rechtsbrüche in Serie begangen und es hieß in der "gut geführten" Sozialbehörde: Dat löppt sich allens torecht.

(*Olaf Ohlsen CDU*: Dat löppt sich allens torecht!)

Der aktuelle Parlamentarische Untersuchungsausschuss war die Folge. Doch auch im PUA haben Sie sich bequem eingerichtet. Man verhielt sich dann so, als hätte man noch nie etwas von Gewaltenteilung gehört. Da wurden munter geheime Protokolle durch die ganze Republik gesendet: vom Untersuchungsausschuss in die Senatskanzlei, von der Sozialbehörde in die Justizbehörde, in den Bundestag – das ist bekannt – nach dem Motto: Hauptsache, wir sind alle in der CDU.

Dabei geht es keineswegs um ein Kavaliersdelikt, Herr Hesse, es geht um die Einhaltung demokratischer Grundregeln.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Es lief sich nicht zurecht. Es ist aus dem Ruder gelaufen, zu einer handfesten Regierungskrise geworden. Bei dem Versuch, die Krise wieder loszuwerden, gilt stets, die anderen sind schuld, und zwar möglichst die kleinen, die subalternen Mitarbeiter, und die politische Verantwortung möglichst weit nach unten abzugeben. Dabei ist doch klar, dass die politische Verantwortung der Bürgermeister trägt, die Senatoren tragen, aber anscheinend nicht so bei dem System von Beust.

Fangen wir bei der Senatskanzlei an. Hier war der legendäre, kleine Beamte am Werk und sonst natürlich keiner, nicht etwa der Staatslenker Staatsrat Schön, nein, der doch nicht, es war irgendein kleiner. So einfach war die Sache.

(*Olaf Ohlsen CDU*: Sind wir in der Märchenstunde, oder was?)

Auch in der Sozialbehörde war schon zu viel bekannt, da musste es der Staatsrat sein. Die engsten Mitarbeiter aus dem Senatorenbüro wurden versetzt, aber die "gute" Sozialsenatorin Schnieber-Jastram wusste von nichts. In der Feuerbergstraße ist die Hölle los, die "gute" Sozialsenatorin weiß von nicht. Ein Jahr PUA und sie weiß von nichts. Ihr Staatsrat, ihre Präsidialabteilung, ihre Pressesprecherin und ihre persönliche Referentin, alle wussten von den vertraulichen Unterlagen und nur sie wusste von nichts. Wer will das glauben?

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Michael Neumann SPD*: Wer kann das glauben!)

Aber auch wenn wir mit großer Mühe die Unschuldsvermutung gelten lassen, hilft ihr das nicht, denn als Senatorin hat sie die politische Verantwortung – Punkt.

Auch Sie, Herr Bürgermeister, haben aus durchsichtigen Gründen dem Staatsrat die politische Verantwortung aufgedrückt. Da frage ich mich, wenn die Senatorin weder weiß, was in ihrer Behörde vorgeht, noch die politische Verantwortung trägt, für was wird sie denn überhaupt bezahlt?

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Das ist in diesem CDU-Senat ja bekannt. Das kennen wir schon aus der Bildungsbehörde. Als die Senatorin Dinges-Dierig unter Druck geriet, wurden Mitarbeiter versetzt, der Staatsrat musste gehen.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Vielleicht dachten Sie, Herr von Beust, dieses Mal soll es genauso klappen, dass sich das nach dem Rausschmiss von Staatsrat Meister allens torecht löppt. Das war aber nicht so. Es hat sich nicht zurechtgelaufen.

Mit Justizsenator Kusch hat es dann einen getroffen, der wenigstens politische Verantwortung getragen hat. Der war ja überfällig, der ist lang genug geschützt worden, ich will auch gar nicht weiter über den Herrn reden und spare mir weitere Ausführungen.

Aber was gibt dieser Senat hier für ein Bild ab? Das macht mich wirklich fassungslos, wie Sie mit Recht und Gesetz umgehen, wie Sie mit der Gewaltenteilung umgehen, und es macht mich vor allen Dingen auch fassungslos, dass Sie die politische Verantwortung verweigern.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Deshalb ist es dringend nötig, dass der Protokoll-Skandal aufgearbeitet wird. Wir fordern als ersten Schritt die Offenlegung des Gedaschko-Berichts. Ich betone das heute und an dieser Stelle ganz besonders: Ich möchte diesen Bericht ungern nur in sorgfältig ausgewählten Auszügen aus der "Bild"-Zeitung erfahren. Noch nicht einmal Herr Meyer vom "Hamburger Abendblatt" hat diesen Auszug.

(Heiterkeit bei der GAL und der SPD)

Das kann doch nicht angehen, das kann doch keine Transparenz sein.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Klaus-Peter Hesse und Karl-Heinz Warnholz, beide CDU*: Das ist echt ein Skandal!)

– Ja, so ist es hier in dieser Stadt.

Aber der zweite Schritt ist natürlich der zweite PUA. Da bin ich vollkommen d'accord mit Professor Karpen. Eine zügige und vollständige Aufklärung müsste doch auch in Ihrem Sinne sein, Herr von Beust, denn auch Ihre Glaubwürdigkeit steht auf dem Spiel.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Sie haben letzte Woche die Messlatte angelegt, wer etwas gewusst hat, muss gehen. Mal sehen, ob die Sozialsenatorin darüber springen kann. Da läuft sich gar nichts zurecht. Ich finde es muss in dieser Stadt wieder selbstverständlich werden, was selbstverständlich ist, Herr von

- A Beust. Die Form ist die Mutter der Demokratie. Herr von Beust, danach sollten Sie handeln. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt der Bürgermeister.

**Erster Bürgermeister Ole von Beust:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich auf das, was insbesondere Frau Goetsch gesagt hat, eingehen möchte, erlauben Sie mir zwei Vorbemerkungen.

Die eine ist, dass wir heute eine spannende und durchaus bewegende Wahl und Sitzung haben, aber auch mit interessanten räumlichen Nuancen: Herr Petersen ist nach vorne gerückt. Herzlichen Glückwunsch, Herr Petersen.

(Beifall bei der CDU)

Wahrscheinlich dachten Sie, es geht schief und wollten sich schon einmal warm laufen, sozusagen auf dem Sprung sein.

(Lachen bei der CDU)

Ich muss leider feststellen, verehrter Herr Petersen, räumlich sind Sie nach vorne gerückt, inhaltlich und rhetorisch war es höchstens ein Stillstand, wenn nicht gar ein Rückschritt.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der GAL und der SPD – *Christiane Blömeke GAL:* Haben Sie auch etwas Inhaltliches zu sagen?)

- B Zum Zweiten bedanke ich mich ganz herzlich bei meiner Fraktion für die große Unterstützung für den Vorschlag, Carsten Lüdemann zum Justizsenator zu wählen. Es war ein eindrucksvolles Votum und ich bin sicher, dass wir einen guten neuen Senator haben werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Frau Goetsch hat einige Fragen gestellt, die durchaus berechtigt sind.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD:* Tatsächlich?)

– Ja, tatsächlich durchaus berechtigt sind. Nach der Ankündigung, nunmehr auch mich als Zeugen vor den alten/neuen PUA – das weiß ich nicht so genau – vorzuladen, besteht eine gewisse Schwierigkeit, zu allen Dingen, die Sie angesprochen haben – teilweise auch von Herrn Petersen angesprochen wurden, auch wenn es wenige waren –, Stellung zu nehmen, weil man natürlich mit seiner Rolle als Zeuge in einen gewissen Konflikt geraten könnte.

Ich möchte vor allem aber auf einen Punkt eingehen, den Frau Goetsch angesprochen hat, die Behauptung, ich hätte mich geweigert, Verantwortung zu übernehmen. Frau Goetsch, diese Behauptung weise ich mit allem Nachdruck zurück.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe unmittelbar, nachdem feststand, dass es sich nicht nur um einen Fall einer unerlaubten Weitergabe an eine Person handelt, sondern dass es um mehrere ging, unverzüglich Herrn Staatsrat Gedaschko gebeten, seitens des Senats diese Angelegenheit aufzuklären. Ich habe ihn gebeten, dieses zu tun in einer Frist von zwei bis drei

Wochen, weil ich weiß, dass hierfür viel Aufklärungsarbeit und vor allen Dingen viele Gespräche notwendig gewesen sind. Ich glaube, 30 Gespräche waren es, wenn ich das richtig erinnere.

Er hat diese Aufklärungsarbeit dann sofort begonnen. Sein Bericht ist fertig gewesen, zeitgleich mit meiner Rückkehr aus dem Urlaub. Der Bericht wurde mir unmittelbar danach vorgetragen und vorgelegt.

Ich habe nach Kenntnisnahme dieses Berichts am gleichen Tag, auch in Absprache mit Kolleginnen und Kollegen, die Konsequenz gezogen und gesagt, dass in den Fällen, wo es vermutlich oder höchstwahrscheinlich, weil ich ja die Akten, bestimmte Teile, auch nicht kennen darf, darum geht, dass mit den Akten seitens politisch Verantwortlicher Dinge getan worden sind, die strafrechtlich nicht zulässig sind, nämlich die Weitergabe oder Anforderung von persönlichen Daten, Konsequenzen folgen müssen und in diesem Fall ist eine Entlassung des Staatsrates Meister erfolgt, was ich sehr bedauere, weil ich ihn schätze.

Das ist unverzüglich geschehen, nachdem ich den Bericht darüber gekannt habe. Ich weiß gar nicht, was man noch mehr an Verantwortung übernehmen soll.

(*Ingo Egloff SPD:* Herrn Kusch entlassen!)

Wir haben schnell aufgeklärt, schnell gehandelt und schnell die notwendige personelle Konsequenz gezogen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Aber ich weiß natürlich, dass ich für Sie die Verantwortung erst dann übernommen habe, wenn Sie da oben sitzen und da können Sie lange warten, Frau Goetsch.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich etwas zur Diskussion in den letzten Wochen und Monaten sagen. Ich finde, liebe Kolleginnen und Kollegen, vor allen Dingen von den Sozialdemokraten, dass diese Diskussion, wie sie von Ihnen und vor allem von einem Kollegen unter Ihnen geführt wurde, der federführend dafür verantwortlich war, ausgesprochen unappetitlich gewesen ist.

(Beifall bei der CDU)

Mit der Art und Weise, wie die Diskussion geführt wurde, wollen Sie doch – ganz simpel gesagt – übertünchen, dass Sie seit Wochen und Monaten keine Ideen, kein Konzept, kein Programm dafür haben, wie diese Stadt vorankommen soll.

(Beifall bei der CDU)

Das Wort Unschuldsvermutung scheint für Sie, die Sie doch so rechtsstaatlich gestimmt sind, ein Fremdwort zu sein. Stattdessen Verdächtigungen, Behauptungen, Unterstellungen nach dem treudeutschen Sprichwort: Wo Rauch ist, ist auch Feuer, oder: Wer sich verteidigt, klagt sich an. All das hat mit rechtsstaatlicher Haltung überhaupt nichts zu tun, meine Damen und Herren,

(Beifall bei der CDU – *Doris Mandel SPD:* Ha, ha, ha, aber Sie!)

sondern das Ziel ist, dass möglichst viele Behauptungen, möglichst viele unbewiesene Verdächtigungen, möglichst viele Gerüchte in die Welt geschickt werden nach dem Motto, irgendetwas wird schon hängen bleiben.



A Gestern, geradezu auf den Gipfel getrieben, ist zu einem öffentlichen Interview der Senatorin im Norddeutschen Rundfunk, die dort gesagt hat, dass natürlich vertrauliche Akten in der Behörde existieren, kommentiert worden: "Oh, sie hat von vertraulichen Akten gesprochen, also kannte sie doch welche!" Natürlich kannte sie vertrauliche Akten, meine Damen und Herren, aber glauben Sie, alle vertraulichen Akten aus der Behörde stammen aus dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss?

(Dr. Mathias Petersen SPD: Alle nicht!)

Was für ein Unsinn ist das, meine Damen und Herren, den Sie hier betrieben haben.

(Beifall bei der CDU)

Alles nach dem Motto, es wird schon etwas hängen bleiben. Dieses dumpfe Gefühl, Unbehagen zu verbreiten, mit Verdächtigungen; es wird schon etwas hängen bleiben. Denken Sie daran, es beginnt dabei auch eine ganze Menge bei Ihnen hängen zu bleiben, meine Damen und Herren Sozialdemokraten.

(Jürgen Schmidt SPD: Das hatten wir schon!)

Wenn davon gesprochen worden ist, da seien vertrauliche Akten wild durch die Gegend geschickt worden, dann kommen diese Akten doch irgendwoher.

(Claudius Lieven GAL: Von der Senatskanzlei!)

Die sind doch nicht aus heiterem Himmel in die Hände der Exekutive gefallen und die hat sie weitergegeben, sondern die vertraulichen Vorgänge, um die es geht – und ich bekenne mich zur Verantwortung der Exekutive –, von denen Sie uns vorwerfen, dass sie von der Exekutive weitergegeben worden sind, stammen von Abgeordneten und Mitarbeitern des Untersuchungsausschusses. Das ist die Wahrheit.

B

(Beifall bei der CDU – Zuruf von Christiane Blömeke GAL)

Damit Sie mich nicht falsch verstehen: Das macht die Fehler der Exekutive überhaupt nicht besser. Ich will mich damit überhaupt nicht reinwaschen. Diese Fehler sind gemacht worden. Das war rechtswidrig. Dort wo es in Straftaten reingeht, wird es aufgeklärt. Dazu haben wir die Staatsanwaltschaft ermächtigt, Strafverfahren gegen Mitarbeiter zu eröffnen, auch wenn das teilweise auf Unverständnis stößt. Dazu bekenne ich mich, das muss man machen, auch wenn es schmerzt.

Aber, meine Damen und Herren, es gilt auch aufzuklären, was aufseiten der Legislative passiert ist. Da ist nichts plötzlich vom Himmel gefallen. So las ich heute in einer großen Tageszeitung darüber, dass ein bekannter Abgeordneter unseres Hauses, der sehr quirlig und umtriebig ist – im Moment hält es ihn gerade auf seinem Stuhl, sonst läuft er immer hin und her –, im Zuge dieses Verfahrens einem Staatsrat gedroht habe, wenn er innerhalb einer bestimmten Zeit nicht das und das machen würde, würde etwas passieren. Das habe ich heute in der Zeitung gelesen.

(Zurufe von der SPD)

– Ich kann verstehen, dass Sie über Ihren Kollegen so empört sind, das kann ich gut verstehen, meine Damen und Herren,

(Beifall bei der CDU – Karen Koop CDU: Das regt Sie auf! Das passt Ihnen nicht!)

denn man wird natürlich auch das aufklären müssen, was da passiert ist. Hat es da eine Nötigung gegeben, ja oder nein? Der Kollege sagt, er wisse es nicht mehr so genau. So ist er zitiert worden. Ich weiß nicht, ob es stimmt. In der Zeitung steht, er hätte schon so viel getrunken gehabt, es sei eine feuchtfröhliche Stimmung gewesen.

C

Meine Damen und Herren! Betrunkene und Kinder sagen meist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU – Wolffhard Ploog CDU: Das stimmt!)

Also teile ich die Position von Frau Goetsch und Herrn Petersen, dass es notwendig ist, diese Dinge weiter aufzuklären, weiter – soweit es noch nicht passiert ist, und dazu sage ich gleich noch etwas – vollständig Fehler der Exekutive aufzuklären, weiter aber auch aufzuklären – und die Bürgerschaft ist ja dabei –, was auf der legislativen Seite schief gelaufen ist.

(Zurufe von der SPD und der GAL)

Ich denke – das hat Frau Goetsch gefragt und Herr Petersen hat es auch angesprochen –, in dem Moment, in dem der Bericht der Bürgerschaft vorliegt – wenn ich richtig informiert bin, plant man, dass der in der nächsten Woche fertig gestellt werden soll –,

(Michael Neumann SPD: Da wissen Sie auch mehr!)

habe ich keine Bedenken, den Bericht der Exekutive und der Legislative öffentlich zu machen.

(Hans-Christoff Dees SPD: Nachdem Sie es schon mal zur Presse durchgestochen haben!)

D

Ich bitte nur um Verständnis, dass es in dem Fall, wo die Legislative noch aufklärt und der Präsident einen eigenen Ermittler eingesetzt hat, der die Ermittlungen aufnimmt, doch richtig ist abzuwarten, bis beide Berichte vorliegen und sie dann der Öffentlichkeit vorzulegen. Vorher wäre es eine Beeinflussung, die ich auch für unangebracht halte, gerade im Sinne der Gewaltenteilung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Es sind in der Tat ernste Vorgänge, die sich aber nicht dazu eignen, in kriminalisierender Weise aufgebauscht zu werden. Kriminell ist es dann, wenn eine Straftat vorliegt.

(Ingo Egloff SPD: Wer hat den Bericht an die "Bild"-Zeitung gegeben?)

Was eine Straftat bedeutet, ist im Strafgesetzbuch und in den Begleitgesetzen definiert. In diesen Fällen haben wir, sobald wir als Exekutive den Verdacht von Straftaten haben, den Weg freigemacht, dass die Staatsanwaltschaft ermittelt. Rechtswidrig ist es dann, wenn die nach dem PUA-Gesetz zur Verschwiegenheit verpflichteten Ausschussmitglieder und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Dinge weiterleiten. Politisch unmöglich ist es dann, wenn Dritte, die diese vertraulichen Unterlagen erhalten, diese selber weiterleiten. Darüber mögen wir juristisch streiten, inwieweit die Geheimhaltungspflicht des PUA greift oder nicht. Fest steht – und dazu stehe ich auch, Frau Goetsch –, dass auch wenn es nur politisch nicht in Ordnung ist, vertrauliche Dinge weitergeleitet zu haben, weder Legislative noch Exekutive, weder Beamte noch Leiter der Exekutive, in Form von Staatsräten und Senatoren, noch PUA-Leiter, noch Mitarbeiter dieses

A machen dürfen. Das ist einfach nicht hinzunehmen. Ich sage Ihnen auch, dass im Verhältnis der Gewalten natürlich peinlich hierauf geachtet werden muss und dass ich mich dazu bekenne, dass es da Fehler gab. Ich bekenne mich dazu und habe daraus die Konsequenzen gezogen. Nur, die Kriminalisierung, wie sie teilweise betrieben wurde, als würde hier ein Netz von kriminellen Machenschaften bestehen, das weise ich zurück. Das ist einfach barer Unsinn.

(Beifall bei der CDU)

Darum wird aus meiner Sicht der Weg sein, den Bürgerschaftsbericht abzuwarten und dann beide Berichte vorzulegen. Der bestehende Ausschuss – das kann ich nicht beurteilen, das müssen Sie, das Parlament, entscheiden – wird weiter arbeiten, möge ein neuer gegründet werden, um weitere Dinge aufzuklären. Dann wird man – und das ist eigentlich der normale Weg – nach Abschluss der Arbeit des Ausschusses, nach kompletter Zeugenvernehmung, nach Analyse der Unterlagen, ein gerechtes Urteil darüber treffen können, das vielleicht unterschiedlich ausfällt, wie die Verantwortlichkeiten zu regeln sind und gegebenenfalls auch welche, von mir aus auch personellen oder organisatorischen Konsequenzen gezogen werden müssen. Das ist der Weg, den Untersuchungsausschüsse gehen müssen. Diesen rechtsstaatlich fairen und anständigen Weg werden wir weitergehen. Auf Diffamierungen lassen wir uns nicht ein.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU – Lachen bei *Doris Mandel SPD*)

B **Erste Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Herr Neumann.

**Michael Neumann SPD:\*** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Herr Bürgermeister, das war bestimmt keine leichte Woche für Sie. Das hat, glaube ich, auch jeder gerade gemerkt, der Ihren Worten versuchte zu folgen. Sie waren angefasst und sind aus der Rolle gefallen, haben ein dünnes Nervenkostüm.

(*Wolfgang Ploog CDU:* Der ist doch nicht aus der Rolle gefallen!)

Ich glaube, da hat man auch viel Verständnis. Sie haben auch in der Öffentlichkeit darüber gesprochen, wie schwer es Ihnen gefallen ist, sich von Herrn Kusch zu trennen. Von daher sicherlich Verständnis dafür, aber in einer solchen Senatskrise ist zumindest der Anspruch, den wir als Opposition an Sie haben, hier auch so aufzutreten, wie es für einen Hamburger Bürgermeister würdig ist und nicht Kopfnoten zu verteilen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie hier gesprochen haben und dass es auch ein Wortprotokoll gibt, denn wir hatten bereits bei einer Ihrer Pressekonferenzen die bemerkenswerte Argumentation Ihrerseits, dass Sie ja viele Dinge gesagt haben, an die man sich nicht mehr erinnern könne. Sie haben heute sehr viele interessante Aussagen gemacht. Zum einen möchten Sie nicht in Konflikt geraten mit Ihren Aussagen zu früheren. Da gibt es ein einfaches Modell: Sagen Sie einfach immer die Wahrheit, dann geraten Sie auch nicht in Konflikt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

C Bei vielen Dingen, bei denen Sie von Unappetitlichkeit gesprochen haben, hat mich verwundert – weil ich bisher davon ausgegangen bin, dass es einen Konsens zwischen uns Demokraten gab –, dass es hier eine Reihe von Rechtsverstößen gegeben hat. Sie bemühen sich, das auf Senatsebene aufzuklären. Der Bürgerschaftspräsident versucht es im Rahmen seiner Möglichkeiten aufzuklären. Aber die Entlassung eines Staatsrates und eines Senators muss schon einen Grund haben. Das ist ja nicht nur, weil sich die Stimmung ändert, sondern da müssen Dinge vorgelegen haben und Sie haben dazu auch Aussagen in der Pressekonferenz am 20. März und sieben Tage später am 27. März gemacht.

Was ich aber wirklich bemerkenswert fand, war die Aussage von Ihnen, dass Sie direkt nach der Rückkehr aus Ihrem Urlaub den Bericht des Herrn Gedaschko gelesen haben und am nächsten Tag, am 20. März, die Pressekonferenz gemacht haben. Gleichzeitig haben Sie hier gerade vorgetragen, dass Sie heute das erste Mal in der "Bild"-Zeitung davon gelesen haben, dass es angeblich einen Erpressungsversuch gegeben haben soll. Das bedeutet eigentlich, dass das, was die "Bild"-Zeitung heute berichtet hat, nicht im Gedaschko-Bericht steht

(*Klaus-Peter Hesse CDU:* Sie haben doch gar nicht zugehört, Herr Neumann – *Frank-Thorsten Schira CDU:* Das ist doch Unfug!)

oder Sie es schlichtweg nicht gelesen haben. Das ist der einzige logische Schluss, der zulässig ist, wenn Sie das heute zum ersten Mal in der "Bild"-Zeitung gelesen haben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

D Aber, ich glaube, auch darüber wird schlichtweg der neu einzusetzende Parlamentarische Untersuchungsausschuss, den GAL und Sozialdemokraten heute gemeinsam beantragen werden, Aufklärung bringen. Es ist, glaube ich, das einzige Instrument, das wirklich hilft, die Wahrheit ans Licht zu bringen.

Ich will noch einmal auf die zeitlichen Abläufe kommen, weil es auch einen Antrag der CDU gibt, der von dem schnellen und umfassenden und energischen Einschreiten des Bürgermeisters berichtet. Bisher wurde darüber berichtet, dass der Staatsrat der Senatskanzlei, Herr Dr. Schön, am 2. März die ersten Informationen darüber erhalten habe. Er habe am 3. März, also einen Tag später, darüber den Bürgermeister informiert. Dann gab es den 7. März, an dem auf der Landespressekonferenz völlig überraschend Herr Schön auftrat, unangekündigt und darüber informierte, dass da ein sechszwanzigjähriger junger Mann unausgebildet, wahrscheinlich auch noch nicht reif genug der schweren Verantwortung, halt einen menschlichen Fehler gemacht hat. Das solle man nicht so ernst nehmen und im Übrigen sei das auch zu vernachlässigen und das sei auch kein Skandal. Das war also der Versuch am 7. März, das möglichst niedrig zu hängen und klein zu kochen. Am 8. März entscheiden Sie sich aber überraschenderweise bei dieser eigentlichen Verfehlung eines sechszwanzigjährigen subalternen Mitarbeiters,

(*Ingo Egloff SPD:* Kommt von den Grünen!)

einen Sonderermittler einzusetzen. Dafür haben Sie sage und schreibe fünf Tage gebraucht, um darüber nachzudenken. Erst als Sie merkten, dass Sie in der Presse damit nicht durchkommen, das niedrig zu hängen, haben

A Sie sich entschlossen, doch zu handeln. Das hat nichts mit energischem, sofortigem Handeln zu tun, sondern das war der erste Versuch, es auszusitzen. Das erste Mal ist das Aussitzen dieses Bürgermeisters in dieser Frage gescheitert.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Dann ging es weiter. Am 14. März war es endlich soweit, dass die Bürgerschaftskanzlei auf unseren Antrag im Ältestenrat berichtet hat und auch der Präsident der Bürgerschaft einen entsprechenden Sonderermittler gegen die Positionierung, die Christa Goetsch vertreten hatte und auch gegen meine Argumente, der sich aber trotzdem selbstständig entschieden hat, einen Sonderermittler einzusetzen. Am 19. März waren Sie aus dem Urlaub zurück und am 20. März dann die Pressekonferenz über die Entlassung von Herrn Meister. Das heißt, am 20. März haben Sie – das haben Sie hier auch gesagt – den Gedaschko-Bericht gelesen, ausgewertet, sind zu Rechtsverstößen gekommen und haben festgestellt, dass Herr Meister aus dem Amt entfernt werden muss.

Dann passierte erst einmal nichts. Auch Herr Kusch äußerte sich nicht öffentlich, was an sich schon ein Wunder war.

(Heiterkeit bei der GAL)

Eine Woche war dort Ruhe. Plötzlich am 25. März – nach Aussage von Herrn Kusch – ruft der Bürgermeister ihn an und sagt, hör mal zu, das ist alles nicht mehr so richtig zwischen uns beiden, ich glaube, ich muss dich entlassen, tritt doch am besten zurück. Der hat seinen theatralischen Auftritt, der peinlich genug war für einen hamburgischen Senator, und am 27. März begründet der Bürgermeister mit dem Gedaschko-Bericht, der ihm bereits sieben Tage vorliegt, dass auch Herr Kusch Fehler gemacht habe und deswegen aus dem Amt entlassen werden müsste. Das heißt, Sie wussten bereits am 20. März, dass das Verhalten von Herrn Kusch nicht koscher war. Sie haben nicht gehandelt, Sie haben wieder versucht, es auszusitzen. Der zweite Strategieansatz, es wieder auszusitzen, war gescheitert. Erst dann sind Sie aus dem Kreuz gekommen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Zwischendurch gab es noch etwas ganz Bekanntes, Herr Reinert, wenn ich Sie kurz stören darf bei der Lektüre Ihrer Unterlagen.

(*Frank-Thorsten Schira CDU*: Sie sind ein Schlauberger! – *Wolfhard Ploog CDU*: Ein ganz schlaues Kerlchen!)

Am 22. März erklärt die CDU-Bürgerschaftsfraktion in einer Presseerklärung – ich zitiere wörtlich –:

"Staatsrat Alexander Gedaschko hat in seiner Funktion als Sonderermittler des Ersten Bürgermeisters zur Aufklärung des Verbleibes der PUA-Protokolle heute dem Vorsitzenden der CDU-Bürgerschaftsfraktion"

– also Herrn Reinert –

"mitgeteilt, dass ein Zeuge bei seinen Befragungen aussagte, es sei möglicherweise eine vertrauliche Unterlage von einem Mitarbeiter der CDU-Fraktion weitergeleitet worden."

Wörtlich Ihre Presseerklärung.

(*Bernd Reinert CDU*: Lesen Sie bitte weiter!)

– Ich kann auch gerne weiterlesen. Sie haben da ganz schnell gehandelt.

(*Bernd Reinert CDU*: Das ist der Unterschied zu Ihnen!)

– Ich kann das auch verstehen, Herr Reinert. Sie haben Ihre Erfahrungen mit staatsanwaltschaftlichen Besuchen in der Fraktion. Sie wissen, was man macht, damit man nicht wieder auf die Nase fällt. Das ist völlig klar.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und der GAL – Glocke)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Duden** (unterbrechend): Herr Neumann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Reinert?

**Michael Neumann** (fortfahrend): Nein.

Es geht dabei ausdrücklich nicht um das Verhalten von Herrn Reinert, was ich mehr als nachvollziehen kann und vermutlich, weil es auch richtig gewesen ist.

(*Frank-Thorsten Schira CDU*: Das ist ja nun wohl peinlich hoch drei!)

Es geht doch um die Tatsache, dass offensichtlich ein Staatsrat,

(*Karen Koop CDU*: Sie wollten doch weiterlesen!)

der vom Ersten Bürgermeister zur Aufklärung beauftragt war, diese Aufklärungsergebnisse dazu benutzt, die CDU-Fraktion zu informieren. Andere Fraktionen, wie die Kolleginnen und Kollegen der GAL oder auch mich, hat Herr Gedaschko nicht angesprochen.

(Zuruf von der CDU: Haben Sie ihn denn gefragt?)

Das kann ein Argument dafür sein, dass das, was heute in der "Bild"-Zeitung steht, nicht stimmt. Es kann aber auch sein, dass dieser Gedaschko-Bericht schlichtweg parteipolitisch von Ihnen instrumentalisiert wird.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Hans-Detlef Rook CDU*: Das ist doch Unfug!)

Das heißt, die Aussitzungstaktik des Bürgermeisters ist bisher gescheitert und es gibt viele Anzeichen, dass sie weiter scheitert. Mathias Petersen hat es deutlich gemacht. Die Aussage der Stellvertreterin des Bürgermeisters bei "Hamburg 1" war eindeutig: Niemand in meinem Haus hat diese Unterlagen gelesen. Dumm war nur, dass es jetzt nicht nur die Aussagen Ihrer Pressesprecherin sowie eine Antwort auf eine Anfrage meiner Fraktion gibt, wo ausführlich dargestellt wird, welche Amtsleiter zu welchem Zeitpunkt wie viel Aktenordner angelegt haben, in all diesen Protokollen, das heißt, auch dort ist, um es höflich zu formulieren und keinen Ordnungsruf zu kassieren, die Stellvertreterin des Bürgermeisters der Unwahrheit überführt worden.

Das Zweite ist das Türkei-Interview. Auch das wird sicherlich eine Rolle spielen, denn die Aussage, da hat der an der Rezeption das Fax nicht weitergeleitet, ist vielleicht der Versuch einer Ausrede, aber in Wirklichkeit wenig glaubwürdig. Auch da steht im Raum, dass die Zweite Bürgermeisterin und die Stellvertreterin von Herrn von Beust die Unwahrheit gesagt hat. Und jemand, der zweimal lügt, dem glaubt man erst recht nicht.

- A (Beifall bei der SPD und der GAL – *Frank-Thorsten Schira CDU*: Das ist ja unglaublich! – Glocke)
- Ich ziehe diesen Begriff zurück.
- (*Bernd Reinert CDU*: Das ist Ihre Methode, Herr Neumann!)
- Erste Vizepräsidentin Barbara Duden** (unterbrechend): Ich glaube, wir bleiben bei der bewährten Reihenfolge. Herr Neumann kehrt zu einem parlamentarischen Sprachgebrauch zurück und er hat jetzt auch das Wort.
- Michael Neumann** (fortfahrend): Wissen Sie, was der Bürgermeister in der Pressekonferenz – und das war eigentlich nett, wie er versucht hat, das zu relativieren – zu der Aussage von Frau Schnieber-Jastram gesagt hat, dass sie nicht wisse, was in ihrer Behörde passiert? Er hat gesagt: Wer sie kennt, glaubt ihr wirklich, dass sie nicht wusste, was in ihrer Behörde passierte.
- (Heiterkeit und Beifall bei der SPD und der GAL)
- Das ist mehr als ein Rücktrittsschreiben.
- Die Senatskanzlei, die Spinne im Netz, das Verteilerzentrum, unabhängig davon, unter welchen Gesichtspunkten und wie sie auch juristisch zu bewerten ist, was das Verhalten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bürgerschaftskanzlei angeht, ist ja nicht verpflichtet gewesen, diese unerlaubt erhaltenen Dokumente weiterzuleiten. Von daher mag es sein und wird es vermutlich auch so sein – das weiß ich aber nicht, das wird der Bericht des Präsidenten ergeben –, dass es hier auch aufseiten der Bürgerschaftskanzlei zu Fehlern gekommen ist. Aber die Entscheidung, diese Informationsquelle über ein Jahr immer weiter anzuzapfen, war eine bewusste, die in der Senatskanzlei getroffen worden ist. Die Weiterleitung all dieser Unterlagen in die einzelnen Fachbehörden war eine bewusste Entscheidung innerhalb der Senatskanzlei und der Chef der Senatskanzlei ist Staatsrat Volkmar Schön, der dazu sicherlich auch die Möglichkeit haben wird, vieles zu erklären und richtig zu stellen.
- Deshalb möchte ich zum Abschluss auf die Begründung eingehen, die Sie, Herr Bürgermeister, genannt haben, weshalb Sie Herrn Meister aus dem Amt entfernt haben. Sie haben von der politischen Verantwortung gesprochen, die ein Staatsrat trägt. Nun weiß ich nicht, ob Sie vorhaben, die Hamburgische Verfassung zu verändern. Dazu haben Sie aber sicherlich jetzt keine Mehrheit und das wird auch sicherlich niemals soweit kommen.
- (*Klaus-Peter Hesse CDU*: Kommt jetzt der Witz?)
- Aber in der Hamburgischen Verfassung ist festgeschrieben, dass die politische Verantwortung eindeutig nicht die Staatsräte tragen und nicht Staatsräte und Senatoren, sondern eindeutig die Staatsräte nicht, sondern eben die Senatoren.
- (*Wolfgang Ploog CDU*: Das ist seine belehrende Art!)
- Das Schöne ist, dass Sie ja auch einige Zeit Oppositionsführer waren und da auch einiges gesagt haben. Deswegen möchte ich gerne mit zwei Zitaten enden. Das eine Zitat ist von Herrn Wersich, der jetzt in Ihrer Behörde ist, Frau Bürgermeisterin, der kann Ihnen da bestimmt viele Hinweise geben. Er sprach damals bei dem Untersuchungsausschuss in der 16. Legislaturperiode vom
- Machtmissbrauch durch unterlassene Führung. Dazu kann er Ihnen bestimmt einiges sagen, was Sie da besser machen können. Zum Schluss das Zitat des Bürgermeisters, der damals als Oppositionsführer in der 16. Legislaturperiode hier stand und die Frage stellte:
- "Die Gretchenfrage ist doch, welche Verantwortung der- oder diejenige hat, die als Senator oder Staatsrat an der Behördenspitze steht. Das ist die entscheidende Frage der politischen Verantwortlichkeit."
- Halten Sie sich daran.
- (Lang anhaltender Beifall bei der SPD und der GAL – *Klaus-Peter Hesse und Frank-Thorsten Schira, beide CDU*: Das haben Sie eben schon mal gesagt!)
- Erste Vizepräsidentin Barbara Duden**: Das Wort bekommt Herr Dr. Jäger.
- Dr. Manfred Jäger** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Neumann, das ging ja gleich im alten Stil weiter: Immer nur Unterstellungen und Behauptungen. Wenn Sie behaupten, der Bürgermeister habe gesagt, er wisse von der heutigen Affäre erst aus der Zeitung, dann wissen Sie ganz genau, dass der Bürgermeister das so nicht gesagt hat. Auch die ironische Aufforderung an den Bürgermeister, er solle doch immer die Wahrheit sagen, ist eine Frechheit.
- (Beifall bei der CDU)
- Sie unterstellen damit, dass Herr von Beust hier nicht die Wahrheit gesagt hat. Das empfinde ich als ungeheuerlich.
- (Beifall bei der CDU und Oh-Rufe bei der SPD und der GAL)
- Eines will ich ganz klar und gleich zu Beginn feststellen, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition. Auch wenn es Ihnen nicht passt: Es gibt in dieser Stadt keine Regierungskrise.
- (Beifall bei der CDU)
- Im Gegenteil, die entscheidenden Personen haben durch kluges und überlegtes Handeln alles getan, um die vorliegenden Probleme zu lösen.
- (*Michael Neumann SPD*: Sie werden schon Staatsrat, genießen Sie Ihren letzten Auftritt!)
- Der Bürgerschaftspräsident hat mit dem Vizepräsidenten des Finanzgerichts einen überzeugenden Ermittler eingesetzt. Die CDU-Fraktion hat eben durch die Wahl des neuen Justizsenators eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass sie handlungsfähig ist und sich der Senat auf ein solides Fundament stützen kann.
- (Beifall bei der CDU)
- Und last, aber selbstverständlich nicht least, hat der Bürgermeister eindrucksvoll und überzeugend gehandelt.
- (*Michael Neumann SPD*: Solche Reden hält man normalerweise, wenn man tot ist!)
- Er hat Staatsrat Gedaschko als Sonderermittler eingesetzt. Nachdem dieser seinen Bericht vorgelegt hat, hat der Bürgermeister mit der Entlassung von Herrn Meister und dann des Justizsenators die richtigen personellen Konsequenzen gezogen und damit den Weg für neue Organisationsstrukturen geebnet, neue Strukturen, zu

A denen Sie, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der SPD, offensichtlich nicht fähig sind. Während die Regierungsfraktion bewiesen hat, dass sie auch in schwierigen Zeiten geschlossen auftritt und den Bürgermeister in seinen Entscheidungen zum Wohl der Stadt unterstützt, besteht bei Ihnen heftiger Streit über die Spitzenposition Ihrer Partei.

(Lachen bei der SPD)

Wenn man über die aktuelle politische Lage spricht, dann muss man auch über dieses Thema reden. Was sollen denn die Wählerinnen und Wähler von einer Partei halten, die bei Sachthemen komplett ausfällt, sich aber intern über mehrere Monate über den zukünftigen Bürgermeisterkandidaten streitet?

(Ingo Egloff SPD: Hören Sie doch lieber mal zu!)

Ihr Problem ist, dass Sie keinen überzeugenden Kandidaten besitzen. Sie haben einen selbst ernannten Kandidaten, den die Stadt nicht will, und Sie haben Ihren hochberühmten Joker, den die Partei nicht will.

(Beifall bei der CDU – Michael Neumann SPD: Was ist denn mit mir? – Frank-Thorsten Schira CDU: Und Herrn Neumann, den niemand will!)

Klären Sie doch erst einmal die Schatten der Vergangenheit, ehe Sie uns Ratschläge geben.

(Beifall bei der CDU)

Aber ich kehre zum Ursprung der heutigen aktuellen Diskussion zurück, zur so genannten Protokollaffäre. Die Wahrheit wollen Sie nicht hören, Herr Petersen, insbesondere Sie nicht, das glaube ich gern.

B

(Beifall bei der CDU)

Wie Sie alle wissen, geht es um die Weiterleitung der Protokolle des Untersuchungsausschusses an einzelne Fachbehörden.

(Dr. Mathias Petersen SPD: Und die "Bild"-Zeitung!)

Das hätte nicht vorkommen dürfen, aber Senat und Regierungsfraktion haben die Fehler erkannt und die notwendigen Konsequenzen gezogen. Überrascht hat mich jedoch das Echo, das allein diese Weiterleitung ausgelöst hat, denn das sind nicht die einzigen unerlaubten Weiterleitungen und es sind auch beileibe nicht die Ersten. Fast von Beginn an sind immer wieder vertrauliche Papiere des Arbeitsstabs bei der Presse gelandet.

(Doris Mandel SPD: Der Gedaschko-Bericht, den wollen wir auch mal haben!)

Diese Papiere können nur aus dem Bereich des Ausschusses gekommen sein. Hier werden wir im weiteren Verfahren untersuchen müssen, wer ein Interesse daran gehabt haben könnte, illegal unter Verstoß gegen das PUA-Gesetz Material weiterzuleiten, das den Senat belastet.

(Beifall bei der CDU)

Bevor wir als Parlamentarier auf andere, insbesondere den Senat oder Mitglieder der Verwaltung, schauen und diese kritisieren, sollten wir vielleicht unser eigenes Verhalten kritischer betrachten. Schauen wir uns in diesem Zusammenhang einmal die selbst ernannten Chefankläger in der Protokollaffäre an. Da ist zunächst die ge-

schätzte und verehrte Kollegin Blömeke. Eben diese Kollegin Blömeke verbreitet in einer Presseerklärung Tatsachen und Einzelheiten aus vertraulichen Akten-

C

(Michael Neumann SPD: DIE – Bestechlichkeit!)

Sie verstieß damit eindeutig gegen ihre gesetzliche Verschwiegenheitspflicht aus dem PUA-Gesetz. Dieser Verstoß ist Frau Blömeke durch einen Vermerk des neutralen Arbeitsstabs bescheinigt worden und der Ausschuss hat einstimmig – mit den Stimmen der SPD-Vertreter – dieses Verhalten von Frau Blömeke missbilligt.

(Zurufe von der CDU: Hörst, hörst! und Zurufe von der GAL und der SPD)

Frau Blömeke, dem Sprechzettel entnehme ich, dass Sie nachher noch zu dem Antrag sprechen wollen, der das Verhalten des Senats in der Protokollaffäre rügen soll. Vor dem Hintergrund des eben Gesagten müssen Sie sich die Frage gefallen lassen, ob Sie die geeignete Rednerin zu diesem Thema sind

(Beifall bei der CDU und Zuruf von Manuel Sarrazin GAL)

oder ob es nicht klüger wäre, Herrn Dr. Steffen das Wort zu überlassen.

(Werner Dobritz SPD: Sie werden als Zeuge vernommen, Sie sind befangen!)

Betrachten wir uns weiter den selbst ernannten Mittelpunkt des Untersuchungsausschusses, den Aufklärer, Ankläger und Richter in einer Person. Sie haben es erraten, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich spreche von unserem geschätzten Kollegen Böwer.

D

(Zurufe von der SPD und der GAL)

Dieser musste inzwischen einräumen – ich weiß nicht, warum Sie so schreien, hören Sie doch zu, das sind Punkte, die Sie vielleicht für die Aufklärung in den eigenen Reihen besonders interessieren sollten –,

(Beifall bei der CDU)

dass er als erster von allen Ausschussmitgliedern von der Weiterleitung der Protokolle erfahren hat. Er ist nämlich am 2. März um 11.00 Uhr von der Mitarbeiterin des Ausschusses direkt angerufen worden, die aufseiten des Arbeitsstabs die Weitergabe der Protokolle zu verantworten hat.

(Michael Neumann SPD: Das wissen Sie auch schon?)

Nebenbei bemerkt, es handelt sich um die Mitarbeiterin, gegen die schon einmal wegen illegaler Weitergabe von Informationen an die SPD ermittelt wurde. Mir fällt hier das berühmte Motto des Hosenbandordens ein: "Ein Schelm, wer Schlechtes dabei denkt."

(Beifall bei der CDU – Michael Neumann SPD: Wir nehmen mal den Maßstab des Bürgermeisters – unappetitlich – und Sie haben die Befähigung zum Richteramt!)

Herr Böwer, zu diesem ominösen Anruf müssen Sie sich einige Fragen gefallen lassen. Welche Nummer wählte die Mitarbeiterin, die Ihres Abgeordnetenbüros oder Ihre Dienst- oder Ihre Handynummer? Wenn es die Dienst- oder Handynummer war, woher hatte die Mitarbeiterin

- A diese? War es das erste derartige Gespräch? Warum rief diese Mitarbeiterin sofort nach Bekanntwerden der Weiterleitung ausgerechnet Sie an? Und eine weitere Frage, die mich auch persönlich interessiert: Warum informierten Sie mich nicht über dieses Telefonat, als ich Sie zwei Stunden später über die Weiterleitung der Protokolle informierte?

(Bernd Reinert CDU: Ach, nee!)

Bisher haben Sie immer wieder geantwortet, man könne sich nicht dagegen wehren, angerufen zu werden. Das, Herr Böwer, ist zwar richtig, aber man kann sich dagegen wehren, sich am Telefon eine längere Geschichte anzuhören. Man kann sein Gegenüber auf eine schriftliche Anweisung des Leiters des Arbeitsstabs hinweisen, die besagt, dass alle Mitglieder des Arbeitsstabs keinen direkten Kontakt zu den Ausschussmitgliedern suchen dürfen. Dieser Kontakt darf nur über den Leiter des Arbeitsstabs stattfinden. Herr Böwer, Sie können mir nicht erzählen, dass diese Anweisung Ihnen nicht geläufig war, nicht, nachdem ich Sie zufällig zu Beginn der Arbeit des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses in trauter Runde mit den von der SPD benannten Vertretern im Arbeitsstab in der Vorbesprechung Ihrer Partei angetroffen habe.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich zum Schluss kommen und zusammenfassen: Es gibt keine Krise in der Stadt,

(Dirk Kienscherf und Werner Dobritz, beide SPD: Nein!)

- B Senat und CDU-Bürgerschaftsfraktion sind einig, stark und handlungsfähig und der Opposition nimmt man den Heiligenschein, den diese sich in der Protokollaffäre angemaßt hat, nicht mehr ab. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Herr Maaß.

**Christian Maaß GAL:\*** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben einen ganz neuen Bürgermeister erlebt. So kannten wir ihn noch gar nicht, den bisher präsidentalen Ole von Beust, mit Angstbeißen in Richtung Petersen, Böwer und Goetsch. Es ist auch ganz interessant, einmal zu sehen, wie so ein Bürgermeister in der Krise reagiert.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Herr Jäger, war es wirklich notwendig, hier eine Bewerbungsrede zu halten? Ist es vielleicht doch noch nicht in trockenen Tüchern, dass Sie Staatsrat werden? Sie sind im Übrigen wirklich der Letzte, der hier den Vorwurf der Befangenheit gegen irgendeine Abgeordnete erheben sollte.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Deswegen zurück zur Sache. Es sind heute zwei Themen zu debattieren, erstens der Kern der Protokollaffäre, nämlich die Frage, warum mussten wir heute überhaupt einen neuen Justizsenator wählen, und zweitens das Verhalten des Senats und des Bürgermeisters bei der Aufklärung und beim Krisenmanagement und schließlich auch das Thema Verantwortung, das der Bürgermeister selbst angesprochen hat.

Zunächst zum Auslöser der heutigen Debatte, den Vorkommnissen um die Weitergabe von Protokollen des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Da ist es vielleicht auch ganz interessant festzustellen, dass offenbar senatsnahe Medien heute mehr wissen als das Parlament. Das nenne ich wirklich einen ganz dummen Zufall, Herr Bürgermeister.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Man muss, weil hier unklar argumentiert und versucht wurde, auch Sachen zu vernebeln,

(Frank-Thorsten Schira CDU: Von wem denn?)

noch einmal rekapitulieren, was eigentlich passiert ist und warum wir heute einen neuen Senator zu wählen hatten. Gerade Herr Jäger und der Bürgermeister haben, indem sie zwei Dinge miteinander verwischt haben, das Problem nicht klar genug benannt. Es geht bei der Protokollaffäre nämlich darum, dass der Senat als erste Gewalt offenbar das Parlament, also die zweite Gewalt, bei der Aufklärung von schwerwiegenden Missständen innerhalb des Senats behindert hat. Das ist erst einmal das Grundproblem, denn die Arbeit eines Untersuchungsausschusses, das schärfste Schwert des Parlaments, wurde offenbar gezielt obstruiert, indem vertrauliche Unterlagen vom Senat angefordert wurden und sich dadurch möglicherweise Zeugen, die der Parlamentarische Untersuchungsausschuss vorladen wollte oder vorgeladen hat, miteinander absprechen konnten und deswegen die Aussagekraft dieser Aussagen gemindert wurde. Das ist das Problem, dass sich die erste Gewalt in Aufklärungsarbeit der zweiten Gewalt eingemischt hat.

Jetzt wird gesagt, die Weitergabe von vertraulichen Dokumenten an die Presse aus dem Untersuchungsausschuss wäre sozusagen das Gleiche. Um nicht missverstanden zu werden: Natürlich muss das aufgeklärt werden und das sind auch Rechtsverstöße, aber es ist etwas anderes, ob aus einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss Missstände an die Öffentlichkeit gebracht werden oder ob der Senat gezielt versucht, die Arbeit des Untersuchungsausschusses zu behindern. Da vernebeln und verwischen Sie die Problematik, Herr Jäger, das ist das Problem.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Klaus-Peter Hesse CDU: Versuchen Sie gerade, Frau Blömeke reinzuwaschen?)

Im Übrigen können Sie sicher sein, dass das Parlament seinen Teil zur Aufklärung leisten wird und ich glaube auch nicht, dass wir uns da Ratschläge vom Bürgermeister oder von irgendjemand anderem gefallen lassen müssen. Im Einzelnen sind wirklich erstaunliche Dinge passiert und wir müssen auf diese Einzelheiten noch einmal eingehen, weil hier eben versucht wurde, die Sache in eine ganz andere Richtung zu lenken.

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss untersuchte gravierende Missstände bei einem Prestigeprojekt des Senats, der geschlossenen Unterbringung. Da geht es um nicht weniger als Freiheitsberaubung im Amt durch rechtswidrige Einweisungen von Kindern in das Heim, um Ausbrüche in Serie und schwere Sicherheitsmängel, um die pädagogische Vernachlässigung von Kindern in staatlicher Obhut – anders kann man es nicht nennen, wenn Kinder 15 Stunden von Sicherheitsdiensten verwahrt werden – und um die rechtswidrige Vergabe von Psychopharmaka, also nicht weniger als den Vorwurf der Kör-

A perverletzung im Amt. Es geht auch um den Verdacht von wiederholten schweren Straftaten, die unter der Verantwortung der Sozialsenatorin und der Zweiten Bürgermeisterin begangen worden sein könnten, und man kann verstehen, dass da eine gewisse Nervosität bei Ihnen ausbricht, Frau Schnieber-Jastram.

Genau darum kümmert sich der Parlamentarische Untersuchungsausschuss und er vernimmt dazu Zeugen und fertigt vertrauliche Unterlagen an und diese Unterlagen gelangten dann in Ihre Behörde, Frau Schnieber-Jastram, die für die Missstände die Verantwortung trägt. Als diese Unterlagen dann irgendwann nicht mehr eingingen, waren es Ihre engsten Mitarbeiterinnen, die diese vertraulichen Unterlagen aktiv angefordert und auch erhalten haben. Von dort gelangten die Unterlagen dann praktisch an alle Personen in Ihrem unmittelbaren Umfeld. Alle wichtigen Personen in der Behörde hatten offenbar Zugang zu diesen Dokumenten, aber nur diejenige, deren politisches Schicksal von diesem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss abhängt, nämlich die Senatorin, wurde angeblich von ihren engsten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht über den Inhalt der Dokumente informiert und nur diejenige, die die Verantwortung für die geschlossene Unterbringung trägt, will nichts gewusst haben. Die wichtigsten Vorgänge in der Behörde für Soziales und Familie sollen also dort allein auf der Ebene der Beamtinnen und Beamten und des Staatsrats entschieden worden sein.

Meine Damen und Herren! Meine Fraktion hat in der Vergangenheit sicherlich oft Zweifel an der fachlichen Kompetenz von Senatorin Schnieber-Jastram geäußert,

B *(Michael Neumann SPD: Zu Recht! Das glaubt ja selbst der nicht!)*

aber bei allen Zweifeln fällt es uns doch schwer, Ihnen ein solches Maß an Unwissenheit und Unfähigkeit abzunehmen, Frau Senatorin.

*(Beifall bei der GAL und der SPD)*

Interessant ist auch die Rolle der Justizbehörde. Ein Protokoll ist, so wurde uns berichtet, so kann man es den Zeitungen entnehmen, an die Justizbehörde gegangen und insbesondere auch der nichtöffentliche Teil der Beratungen.

*(Zuruf von Werner Dobritz SPD)*

Und wieder sind es schwerwiegende Vorwürfe, die der Parlamentarische Untersuchungsausschuss gegen den Ex-Senator Kusch erhoben hat, nämlich der Vorwurf der rechtswidrigen Aussageverweigerung. Dann bearbeitet die Justizbehörde intensiv diesen vertraulichen Vorgang und die Unterlagen werden auch noch an externe Rechtsberater weitergeleitet. Man kann eigentlich nicht sagen, dass es in der Justizbehörde einen Mangel an Juristen gäbe, aber man hat es für notwendig gefunden, externe Rechtsberater heranzuziehen. Das zeigt doch, dass dieser Vorgang offenbar eine gewisse Wichtigkeit auf der Behördenleitungsebene gehabt hat. Man sollte eigentlich auch meinen, dass ein Verwaltungsleiter von den Dingen, denen Wichtigkeit zugemessen wird, Kenntnis hat und Verwaltungsleiter war der bis vor kurzem amtierende Staatsrat Lüdemann. Deswegen wird es Sie nicht überraschen, wenn wir hier ankündigen, dass wir sehr genau überprüfen werden, welche Rolle der neue Justizsenator bei der Weitergabe von Dokumenten gespielt hat und ob die ihm unterstellte Verwaltung wirklich

in wichtigen Angelegenheiten freihändig und ohne Wissen des Verwaltungschefs agieren konnte. C

Hier ist tatsächlich Aufklärung notwendig und – es wurde angesprochen – wir werden deswegen auch einen zweiten Parlamentarischen Untersuchungsausschuss beantragen.

*(Wolffhard Ploog und Rolf Harlinghausen, beide CDU: PUA Böwer!)*

Wir haben versucht, eine Erweiterung des ersten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses im Einvernehmen mit der CDU herbeizuführen.

*(Zurufe von der CDU)*

Diese Einigung ist nicht gelungen, weil die CDU-Fraktion nicht damit einverstanden war, die Anzahl der Mitglieder im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu erhöhen, aber genau das ist doch erforderlich, wenn Sie ankündigen, wer von den Abgeordneten, die im PUA saßen, alles als Zeugen vernommen werden soll, und wenn wir feststellen müssen, dass auch in der CDU-Fraktion Mitarbeiter offenbar von Abgeordneten angewiesen wurden, Dokumente weiterzugeben oder zumindest die Frage im Raum steht. Es sind von einem Mitarbeiter der CDU-Fraktion offenbar Unterlagen weitergeleitet worden und da stellt sich die Frage, ob es eine Anweisung gegeben hat.

*(Frank-Thorsten Schira CDU: Vermutung!)*

Wenn also eine nicht geringe Anzahl von Mitgliedern des bisherigen PUA als Zeugen benannt werden sollen, so wie Sie es angekündigt haben, dann ist es doch vollkommen klar, dass wir auch neue, unbelastete Leute, die nicht als Zeuge infrage kommen, in diesen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss setzen können, und wenn Sie das verweigern, D

*(Glocke)*

dann werden wir einen zweiten Parlamentarischen Untersuchungsausschuss einrichten.

*(Glocke)*

**Erste Vizepräsidentin Barbara Duden** (unterbrechend): Herr Maaß, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Harlinghausen?

**Christian Maaß** (fortfahrend): Nein, mitten im Satz schon mal gar nicht und hinterher auch nicht.

*(Zurufe von der CDU)*

Wenn Sie also die Aufstockung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses verweigern und gleichzeitig sagen, Sie wollten die Arbeit dadurch lahm legen, dass viele Zeugen aus den Reihen der Ausschussmitglieder benannt werden, dann müssen wir das tun, was wir angekündigt haben, nämlich einen zweiten Parlamentarischen Untersuchungsausschuss einsetzen, der dann ganz klar einen sauberen Schnitt macht und die Dinge aufklären wird; so viel dazu.

*(Beifall bei der GAL)*

Zum zweiten Thema, dem Verhalten des Bürgermeisters und des Zustands des Senats. Ich glaube, dass die CDU leider zunehmend die Tendenz entwickelt, die Stadt ein wenig als ihr Eigentum zu betrachten. Wir wussten be-

A reits aus der Vergangenheit, dass Sie kein Problem damit haben, sich über den Willen des Volkes hinwegzusetzen: Stichworte LBK und Wahlrecht. Wir wussten auch, dass Senator Kusch an der einen oder anderen Stelle ein gespaltenes Verhältnis zum Recht hatte, aber die Obstruktion der Arbeit eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses durch den Senat unter schwerwiegenden Rechtsverstößen ist sicherlich ein Verständnis von Demokratie, das unakzeptabel ist und schlicht nicht geduldet werden kann.

Ein weiterer Vorwurf, den wir erheben müssen, ist, dass der Bürgermeister keine wirkliche Sorgfalt bei der Auswahl seines Führungspersonals hat walten lassen. Der Erste Bürgermeister hatte bereits seinem ehemaligen Kollegen Schill bescheinigt, dass er nicht die charakterliche Eignung für das Amt eines hamburgischen Senators habe. Ehrlich gesagt, ein wenig erinnert mich das Verhalten

(Gesine Dräger SPD: Ein wenig?)

von Roger Kusch schon an das Verhalten, das Ronald Schill an den Tag gelegt hat: Eitel, ichbezogen, uneinsichtig und auch zunehmend Verachtung der politischen Gegner. Deswegen erwarte ich auch, dass die Frage, die Herr Petersen gestellt hat, vom Ersten Bürgermeister beantwortet wird,

(Klaus-Peter Hesse CDU: Hat er eine Frage gestellt?)

warum Sie Roger Kusch zum Senator gemacht haben, warum Sie einen Menschen, den Sie 25 Jahre lang kennen und charakterlich offenbar auch gut kennen, zum Senator gemacht und dabei in Kauf genommen haben, dass dieser Mann Hamburg nicht nur rechtspolitisch der Lächerlichkeit preisgegeben hat. Warum, Herr Bürgermeister?

B

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Es ist sicherlich ungut, wenn erst der schwere öffentliche Druck und der Druck aus der CDU-Fraktion dazu geführt hat, dass sich der Bürgermeister von Roger Kusch getrennt hat. Es ist sicherlich auch ungut, dass der Erste Bürgermeister erst dann gehandelt hat, als er persönlich selbst in Bedrängnis geraten ist und nicht bereits, als die Interessen der Stadt in Bedrängnis waren. Auch hier wiederholt sich die Geschichte, denn auch bei Ronald Schill war es nicht anders, der zweieinhalb Jahre lang Hamburgs Ruf ruiniert hat und erst, als es Ole von Beust persönlich anging, hat er gehandelt; das ist sicherlich ein Grundproblem. Hier sollten Hamburgs Interessen im Vordergrund stehen und nicht die persönlichen Empfindlichkeiten des Bürgermeisters.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Meine Damen und Herren! Ich komme zum Schluss. Ich glaube, dass wir nach der letzten Krise des Senats, nämlich den gescheiterten Senatsplänen zum Verkauf von Hochbahn und HHLA an die Deutsche Bahn, in den letzten Tagen lernen mussten, dass dieser Bürgermeister unter Druck schwere Fehler macht und – das ist die schlechte Nachricht aus dieser Affäre – dass unser Bürgermeister nicht krisenfest ist.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Frau Dräger.

**Gesine Dräger SPD:\*** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wer vorhin der Rede des Bürgermeisters gelauscht hat, hat gemerkt, dass er das eigentliche Thema der heutigen Sitzung, nämlich die Frage, warum wir eigentlich einen neuen Justizsenator wählen müssen, ausgelassen hat.

(Wolfhard Ploog CDU: Das ist einfach zu beantworten!)

Er hat kein Wort darüber verloren, warum Herr Kusch entlassen worden ist. Das hat er aus einem guten Grund getan, denn er weiß genau, wenn er das begründen würde, würde er entweder sich selbst und seine Fraktion in den vergangenen Wochen ins Unrecht setzen

(Wolfhard Ploog CDU: Das ist Spekulation!)

oder er würde mit jedem einzelnen Wort, das er gegen Herrn Kusch richtet, seine Stellvertreterin, Frau Schnieber-Jastram, gefährden und ihre Abberufung wahrscheinlicher machen.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Wolfhard Ploog CDU: Das ist nicht wahr!)

Und weil er sich davor fürchtet, hat er das Thema der heutigen Sitzung komplett verfehlt.

Herr Jäger hat vorhin gesagt, Herr von Beust hätte durch die Abberufungen von Herrn Meister und Herrn Kusch die Konsequenzen aus der Protokollaffäre gezogen. Herr von Beust sagt, letztlich habe die Protokollaffäre mit der Entlassung von Herrn Kusch nichts zu tun, denn wenn er zugeben würde, dass es die Protokollaffäre sei, dann wäre Frau Schnieber-Jastram genauso dran – sie weiß es auch – und deswegen schont der Bürgermeister sie heute noch.

D

Ich glaube nicht, dass diese Schonung durchzuhalten ist und ich hoffe für die Stadt, dass Bürgermeister von Beust zu den Maßstäben zurückkehrt, die er als Bürgermeister haben müsste. Diese Maßstäbe messen sich nicht an seinem politischen Überleben, sondern an dem, was an Verfehlungen in diesem Senat im letzten Dreivierteljahr geschehen ist, und dazu muss er zurückkehren.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Herr Jäger, es ist immer schwierig, wenn man seine letzte Rede mit Sätzen beginnt wie: "Ich will ja keine" oder "Sie machen hier Unterstellungen" und dann genau damit fortfährt, nämlich mit einer ganzen Reihe von Unterstellungen der verschiedensten Art.

(Karen Koop CDU: Das sind aber Tatsachen! – Gegenruf von Michael Neumann SPD: Wir unterstellen und Sie haben Tatsachen!)

Sie reden davon, wer ein Interesse daran habe, den Senat zu schädigen. Gucken Sie doch einmal in die Senatskanzlei. In dem Moment, in dem dort die ersten vertraulichen Unterlagen gewesen sind, hätte die Senatskanzlei den Schaden von der Stadt alleine dadurch abwenden können, dass öffentlich gemacht worden wäre, dass rechtswidrig etwas angekommen sei; das Gegenteil ist passiert. Ich kenne die Antworten des Senats auf Kleine Anfragen, in denen dargelegt wird ...

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Sie sind doch keine Wahrsagerin!)



A – Ich kenne die Antworten des Senats auf Kleine Anfragen, die Sie genauso wie ich in der Parlamentsdokumentation abrufen können.

(*Wolfhard Ploog CDU*: Am besten fragen Sie Herrn Böwer!)

Wenn Sie dazu nicht in der Lage sind, dann tut es mir Leid, aber es ist kein Grund, hier so völlig aus der Haut zu fahren, Herr Warnholz.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

In den Kleinen Anfragen ist dargelegt worden, dass es in der Tat die Senatskanzlei war, die diesen Schaden in die Stadt gebracht hat, dass es in der Tat in den Behörden passiert ist, dass Akten nicht nur gelesen, sondern bearbeitet worden sind. Ich weiß gar nicht, wie viele Protokollordner in den diversen Behörden eigentlich angelegt worden sind. Das werden wir, wenn wir gnädigerweise den Gedaschko-Bericht hoffentlich irgendwann auch einmal bekommen, nachlesen können. Ich hoffe, dass dieser Bericht der Exekutiven über ihr eigenes Fehlverhalten wirklich objektiv das eigene Fehlverhalten beschreibt und nicht dieses Fehlverhalten parteipolitisch auswertet, wie das heute von den Kollegen der CDU schon mehrfach versucht worden ist. Wer also danach sucht, woher der Schaden dieser Stadt kommt, der muss auf dieser Seite des Hauses suchen.

(Glocke)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Duden** (unterbrechend): Frau Dräger, die Redezeit der SPD-Fraktion ist zu Ende.

B **Gesine Dräger** (fortfahrend): Ein letzter Satz.

Herr Reinert hat in der Debatte vor fünf Wochen das Gleiche getan wie heute. Er hat die vermeintlichen Erfolge eines Senatsmitglieds beschrieben und geschlossen mit der Ankündigung, wie toll der Senator sei – damals der Justizsenator – und wie sehr er sich auf eine weitere Zusammenarbeit für die nächsten zwei Jahre freue. Das hat er auch heute für Frau Schnieber-Jastram gemacht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Duden**: Das Wort bekommt Herr Schira.

**Frank-Thorsten Schira** CDU:\* Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Meine Fraktionskollegen Herr Reinert und Herr Dr. Jäger haben in der Debatte schon viel Richtiges gesagt

(*Dr. Mathias Petersen SPD*: Manches Falsche!)

und so möchte ich mich auch kurz fassen.

Keine Frage ist, dass mit den Protokollen des PUA nicht korrekt umgegangen und gegen Vorschriften verstoßen worden ist. In der Debatte um die Erweiterung des PUA werden wir die Einzelheiten noch einmal intensiv diskutieren, sodass man sich jetzt hier nicht im Detail zu verlieren braucht.

Ich möchte aber etwas zum Stil der Auseinandersetzungen in der letzten Woche sagen. Dass die Opposition mangels inhaltlicher Alternativen zur Arbeit des Senats diese Gelegenheit nutzt, ist verständlich und menschlich nachzuvollziehen.

(*Wilfried Buss SPD*: Ablenkung!)

Sie sollte aber, Herr Petersen, das rechte Maß finden. Der Bürgermeister hat durch seine Entlassung von Herrn Meister auf der einen Seite und die Entlassung von Herrn Dr. Kusch auf der anderen Seite richtig gehandelt. Dass das Ihnen nicht passt, ist uns klar, aber im Gegensatz dazu zeigt Ihr Auftreten, dass Sie sich nicht um wahre Aufklärung bemühen. Es darf nicht vergessen werden, dass im letzten Jahr die Unvoreingenommenheit des Ausschusses in den Arbeitsstab stark erschüttert wurde.

(*Doris Mandel SPD*: Herr Schira, geloben Sie doch einfach Besserung!)

Im Juni 2005, Frau Mandel, hatten zwei Mitarbeiter des Arbeitsstabs an einer Vorbesprechung der SPD teilgenommen. Die CDU hat auf Sanktionen gegen diese Mitarbeiter verzichtet und es bei einer Rüge gegen die Stimmen von SPD und GAL bewenden lassen.

Es darf auch nicht vergessen werden, dass Frau Blömeke gegen ihre aus dem PUA-Gesetz obliegende Verpflichtung zur Verschwiegenheit über Akteninhalte,

(*Christa Goetsch GAL*: Sie werden redundant, Herr Schira! – *Dr. Wilfried Maier GAL*: Redundanz ist die Krönung der Rhetorik!)

die noch nicht Gegenstand nichtöffentlicher Sitzungen waren, verstoßen hat. Der PUA – man kann es Ihnen, Herr Petersen, nicht oft genug sagen – hat eine Missbilligung dieses rechtswidrigen Verhaltens von Frau Blömeke auf Antrag der CDU bei Enthaltung der GAL beschlossen. Von einem Antrag auf Ausschluss der Abgeordneten hat die CDU auch Abstand genommen, um eine konstruktive Arbeit nicht zu gefährden. Trotz dieser Ausschussabmahnung wurden in einem Antrag der GAL, der morgen auf der Tagesordnung steht, weiter wörtliche Zitate aus dem Wortprotokoll des PUA benutzt. Sehr geehrte Damen und Herren, wir fragen uns, was das für ein Verständnis ist.

(Vizepräsidentin Bettina Bliebenich übernimmt den Vorsitz.)

Ein Wort möchte ich auch zu Ihrer oder zur Pressearbeit des PUA sagen – Pressearbeit in Anführungszeichen. Damit meine ich nicht die offizielle Unterrichtung der Öffentlichkeit durch den PUA, denn in den letzten Wochen konnten wir jeden Tag in unseren Hamburger Tageszeitungen wörtliche Zitate aus PUA-Protokollen, -Berichten und so weiter lesen. Ich glaube, da steigen von den Bürgern die wenigsten noch durch.

Herr Böwer, Sie sagten, dass man sich gegen Anrufe nicht wehren kann, aber man muss die Vorschriften beachten. Ich finde, wenn man aufklären will, muss man versuchen, den gesamten Sachverhalt objektiv aufzuklären. Es kann nicht sein, dass man den nicht korrekten Umgang mit Protokollen kritisiert und selbst bei der Aufklärung die Einhaltung des Rechts vergisst oder gar ignoriert.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie so wollen, müssen die Untersucher, die aufklären sollen, sich an strenge Maßstäbe halten. Ansonsten, Herr Böwer, besteht die Gefahr, dass durch zahlreiche Versuchungen, wie Profilierungssucht, Geltungsdrang, Rache- und Drohgelüste, der Blick verstellt oder verengt wird und mit der Wahrheit sowie mit den gesetzlichen

C

D

- A Normen nicht so ernst umgegangen wird, wie man das selbst von anderen verlangt.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, Herr Böwer, wir kennen alle Beispiele aus der Geschichte, in welcher die vermeintliche Aufklärung am Anfang dann in von der Realität weit entfernte, anklägerische Besserwisserie umschlug und am Ende zu grotesken und tragischen Zügen gerade bei den so genannten Protagonisten der Aufklärung geführt hat. Ich bin kein Prophet, aber hier wird einiges auf Sie und auch auf die SPD zukommen.

Für uns als CDU-Fraktion möchte ich abschließend sagen, dass Bürgermeister Ole von Beust Haltung und Entschlusskraft bewiesen hat und ganz persönlich wünsche ich auch unserem neuen Justizsenator Carsten Lüdemann viel Erfolg in seiner neuen Tätigkeit.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Bettina Bliebenich:** Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Maier.

**Dr. Willfried Maier** GAL: Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Wir haben heute interessante Dinge über die unterschiedliche Arbeitsteilung in der Justiz- und Sozialbehörde gehört.

In der Justizbehörde verhielt sich die Sache so: Der Senator wusste Bescheid, der Staatsrat wusste nichts und war ahnungslos. Daraufhin wird der Staatsrat Senator, weil er in dieser Angelegenheit ahnungslos war.

- B (Heiterkeit bei der GAL und der SPD)

In der Sozialbehörde verhielt sich die Sache genau umgekehrt. Hier wusste die Senatorin nichts, aber der Staatsrat wusste Bescheid. Daraufhin wird er entlassen und die Senatorin bekommt noch eine Behörde dazu. Man hat es also im Senat mit einer Arbeitsteilung zu tun, in der Ahnungslosigkeit dazu prädestiniert, aufzusteigen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Diesen Verdacht hege ich auch in Bezug auf andere Senatoren schon länger, aber hier bekommt man das richtig bestätigt.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vor dem Hintergrund der eigenen Erfahrung habe ich mir die ganze Zeit überlegt, ob das eigentlich möglich sein kann, dass eine Senatorin, deren gesamtes persönliches Umfeld mit einer Angelegenheit befasst ist, die sie selbst richtig schwer betrifft, weil an ihrem Stuhl gesägt wird – was sie weiß –, sich ausgerechnet hiermit nicht beschäftigt. Vielleicht hat sie das wirklich nicht getan. Aber sollte das der Fall sein,

(*Doris Mandel SPD:* Das ist unglaublich!)

was ist das dann für eine Senatorin?

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Das ist eine ganz zentrale Angelegenheit. Ich hätte an ihrer Stelle Purzelbäume geschlagen, wenn ich mitbekommen hätte, dass meine persönliche Referentin,

(*Dr. Martin Schäfer SPD:* Staatsrat!)

mein Staatsrat, der Leiter der Präsidialabteilung und der Parlamentsreferent an der illegalen Geschichte herum-

stricken. Sie aber wusste von nichts. Das ist irgendwie ganz merkwürdig. Hier wird eine Prämie auf Ahnungslosigkeit verteilt und man fragt sich dann, warum die Arbeitsteilung so unterschiedlich ist.

Dann kann man auch wiederum die Erklärung relativ leicht finden. Man darf nicht nur ahnungslos sein, sondern man muss auch noch in der lokalen CDU verankert sein. Herrn Kusch herauszunehmen, ist nicht so schwierig, weil er innerhalb der lokalen CDU nicht so viel Rückhalt hat, wie man der Presse entnehmen konnte. Das ist bei der Frau Senatorin und vermutlich auch bei Herrn Lüdemann anders. Wir haben es hier also mit einer Prämierung von Ahnungslosigkeit durch die lokale CDU zu tun und das ist das Urteil über den Senat. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

**Vizepräsidentin Bettina Bliebenich:** Meine Damen und Herren! Damit ist die Aussprache zur "Aktuellen politischen Lage" beendet.

Wir kommen zu den Punkten 4 und 6 a der Tagesordnung, Drucksachen 18/3458 und 18/3923: Wahl der Vertrauensleute und ihrer Vertreterinnen und Vertreter für die Ausschüsse zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Hamburgischen Obergericht und beim Verwaltungsgericht Hamburg sowie Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Bildung und Sport.

**[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:**

**Wahl der Vertrauensleute und ihrer Vertreterinnen und Vertreter für die Ausschüsse zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Hamburgischen Obergericht und beim Verwaltungsgericht Hamburg – Drucksache 18/3458 –]**

**[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:**

**Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Bildung und Sport – Drucksache 18/3923 –]**

Die Fraktionen haben vereinbart, dass die Wahlen in einem Wahlgang durchgeführt werden können. Die Stimmzettel liegen Ihnen vor. Sie enthalten bei den Namen jeweils ein Feld für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Sie dürfen bei jedem Namen nur ein Kreuz machen. Mehrere Kreuze beziehungsweise weitere Eintragungen oder Bemerkungen würden zur Ungültigkeit führen. Auch unausgefüllte Zettel gelten als ungültig.

Bitte nehmen Sie jetzt Ihre Wahlentscheidung vor. Mit dem Einsammeln werden wir etwas warten.

(Die Wahlhandlungen werden vorgenommen.)

Ich darf nun die Schriftführerinnen darum bitten, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

Meine Damen und Herren! Sind jetzt alle Stimmzettel abgegeben worden? – Das ist der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung. Die Wahlergebnisse werden nun ermittelt. Ich gehe von Ihrem Einverständnis aus, dass diese zu Protokoll gegeben werden.\*

\* Ergebnisse siehe Anlagen Seiten 2689 und 2690

- A Wir kommen zum Punkt 77 der Tagesordnung, Drucksache 18/3903, Antrag der CDU-Fraktion: Hafeneröffnungszeiten erweitern – 24 Stunden an sieben Tagen der Woche.

**[Antrag der Fraktion der CDU:  
Hafeneröffnungszeiten erweitern – 24 Stunden an  
sieben Tagen der Woche – Drucksache 18/3903 –]**

Hierzu liegen Ihnen als Drucksachen 18/3967 und 18/3972 Anträge der GAL-Fraktion und der SPD-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktion der GAL:  
Erweiterte Hafeneröffnungszeiten nur zu vernünftigen  
Rahmenbedingungen – Drucksache 18/3967 –]**

**[Antrag der Fraktion der SPD:  
Hafeneröffnung rund um die Uhr – Anwohnerinteressen  
berücksichtigen – Drucksache 18/3972 –]**

Wer wünscht das Wort? – Frau Ahrons.

**Barbara Ahrons** CDU:\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Jetzt wollen wir uns wieder mit Tatsachen beschäftigen, die auch Geld bringen.

Unser Hafen eilt von Jahr zu Jahr zu neuen Rekorden. Im Jahre 2005 nahm der Seegüterumschlag im Hamburger Hafen insgesamt um knapp zehn Prozent zu und erreichte mit rund 126 Millionen Tonnen einen neuen Umschlagsrekord. Wachstumsmotor ist und bleibt der Containerumschlag. 2005 wurden an Container-Terminals im Hamburger Hafen erstmals mehr als acht Millionen Standardcontainer innerhalb eines Jahres umgesetzt.

- B Der Hamburger Hafen wird auch in den nächsten Jahren weiterhin rasant wachsen. Die aktuelle Umschlagsprognose des Instituts für Seeverkehrswirtschaft und Logistik in Bremen geht von einer Verdoppelung des Umschlagsvolumens für den Hamburger Hafen bis zum Jahre 2015 auf circa 222 Millionen Tonnen Gesamtumschlag aus. Im gleichen Zeitraum wird demnach der Containerumschlag von heute 8 Millionen Standardcontainern auf 18 Millionen im Jahre 2015 ansteigen.

(Glocke)

**Vizepräsidentin Bettina Bliebenich** (unterbrechend): Frau Abgeordnete, ich möchte Sie unterbrechen. Es ist hier unheimlich unruhig. Herr Ploog, Frau Koop, Frau Eggers, es wäre sehr nett, wenn Sie dann hinausgehen würden. – Vielen Dank.

**Barbara Ahrons** (fortfahrend): Mit der Beschlussfassung über das Hafen-Sonderinvestitionsprogramm am 10. März 2005 hat die Bürgerschaft einen wichtigen Schritt getan, die notwendigen Voraussetzungen für das Hafenerwachstum zu schaffen. Insgesamt 746 Millionen Euro werden bis zum Jahre 2009 in den Ausbau der Hafeninfrastruktur gesteckt.

Neben dem Ausbau von Containerumschlagskapazitäten an den bestehenden Terminals und die weitere Vorbereitung von Ausbaupkapazitäten durch große Umstrukturierungen im westlichen und mittleren Hafen wird auch die Bereitstellung von Ansiedlungsflächen für logistische Dienstleistungen erforderlich.

Ganz entscheidend ist, dass parallel zur Hafeninfrastruktur die Verkehrsinfrastruktur im und um den Hafen herum

diesem enormen Wachstum angepasst wird. Eine Schlüsselstellung kommt hierbei den Hinterlandverkehren zu, also dem Weitertransport von Gütern über Eisenbahnen, Binnenschiffe und Lastkraftwagen, wenn wir alle Potenziale des Hafenerwachstums nutzen wollen und müssen und eine Stagnation vermieden wird.

Der schnelle Umschlag ist der große Wettbewerbsvorteil unseres Hafens. Das Anpassen der Verkehrsinfrastruktur an die rasante Entwicklung dieses Güterumschlages in unserem Hafen bedingt durch langjährige Planungs- und Bauzeiten sowie hohe Kosten ist eine besondere Herausforderung, wie allein schon das Projekt Hafen-Querspanne uns zeigt.

Bereits heute kommt es vielerorts insbesondere zu den Hauptverkehrszeiten in den Morgen- und Abendstunden zu erheblichen Verkehrsbehinderungen. Bei steigendem Umschlagsvolumen wird sich das Verkehrsaufkommen proportional steigern. Ein Nadelöhr ist beispielsweise schon heute die Köhlbrandbrücke, die pro Werktag bis zu 34 000 Fahrzeuge und davon 12 000 Lkws verkräften muss. Allein auf der Köhlbrandbrücke wird sich das Lkw-Verkehrsaufkommen aufgrund des enormen Wachstums im Containerumschlag voraussichtlich in den nächsten zehn Jahren auf 25 000 Lkw pro Tag verdoppeln. Eine Entlastung wird hier erst infolge der Fertigstellung der Hafen-Querspanne überhaupt eintreten können.

Entscheidend ist daher, dass die vorhandenen Verkehrsinfrastrukturen so effizient wie möglich genutzt werden. Das heißt, die Spitzenlasten müssen abgefedert und die vorhandene Infrastruktur muss über den ganzen Tag verteilt gleichermaßen genutzt werden. Das können wir durch eine bessere Koordinierung von Terminals, Depots, Speditionen sowie Abfertigungs- und Kontrollstellen erreichen. Wir müssen mittelfristig zu einem Hafenerbetrieb von 24 Stunden an sieben Tagen in der Woche kommen.

In einem ersten Schritt müssen nun Hafenerwirtschaft, Kammern, Verbände, Port Authority und Verwaltung sich an einen Tisch zusammensetzen und sich darüber austauschen, was zu unternehmen ist, um eine verbesserte Vernetzung der einzelnen Akteure zu erreichen, und welche zusätzlichen Maßnahmen erforderlich sind.

Während heute bereits die großen Terminals rund um die Uhr geöffnet haben, sind diese aber nicht rund um die Uhr mit Lkws erreichbar. Die kleineren Terminals und Container-Depots haben nachts geschlossen und darüber hinaus tagsüber unterschiedliche Öffnungszeiten. Dann sind wiederum die Zoll- und Kontrolldienststellen nur begrenzt geöffnet. Folglich wird der Hafen erst morgens zum Leben erweckt und kommt erst gegen 07.30 Uhr zur allgemeinen Rushhour richtig in Fahrt. Das hat Staus an den Hafengrenzen und auf der Straße zur Folge. Staus sind Umweltbelastungen und kosten Geld.

In Kenntnis dieser Situation hat die Hamburger Logistikwirtschaft bereits Ende vergangenen Jahres gefordert, die vierte Dimension, nämlich die Zeit, zu nutzen, um die Kapazitätsengpässe im Hamburger Hafen zu umgehen.

Mit unserer Initiative "24 Stunden sieben Tage die Woche" möchte die CDU-Bürgerschaftsfraktion einerseits die Hamburger Logistikinitiative ausdrücklich unterstützen und andererseits ein Signal an alle Beteiligten im privaten und öffentlichen Sektor senden, dass wir als Parlament den Handlungsbedarf erkannt haben und im Rahmen unserer Möglichkeiten die notwendigen Voraussetzungen zur Lösung einzelner Probleme schaffen werden.

C

D

- A Hierzu benötigen wir als Grundlage eine verlässliche Simulationsrechnung, die derzeitige und zukünftige Engpässe aufzeigt. Zeitgleich ist es notwendig, dass sich beispielsweise die Kontroll- und Abfertigungsstellen diesem rasanten Wachstum der Warenströme anpassen. Wie wichtig hier ein klares Votum der Bürgerschaft ist, zeigen die Pläne des Zolls, zur Optimierung des Verkehrsflusses drei Zollämter an den Nachmittagen schließen zu wollen, wie wir Ende Januar in der Welt lesen konnten.

Im gleichen Artikel erklärte der Vorsteher des Zollamtes Waltershof, dass in den Stoßzeiten ein Rückstau von Zollabfertigungen nicht abzuwenden wäre, da die Anlagen zu einer Zeit gebaut worden seien, als noch niemand mit einem Warenverkehr in dem Umfang gerechnet hat, wie er heute Realität ist. Wie Recht hat der Mann. Daher müssen wir schnellstens die vorhandenen Möglichkeiten suchen und ausschöpfen.

Der Hamburger Senat muss im Bereich des Veterinärdienstes und der Pflanzenbeschau im Hamburger Hafen die notwendigen Voraussetzungen schaffen, um deren Betrieb den Anforderungen anzupassen. Zusätzliche Haushaltsmittel müssen gegebenenfalls im Rahmen der anstehenden Haushaltsberatungen zur Verfügung gestellt oder umgeschichtet werden.

(Dirk Kienscherf SPD: Ach, so einfach machen Sie sich das!)

– Ja, "wat mut, dat mut".

Ganz entscheidend für den Erfolg des Vorhabens ist, dass alle Beteiligten eng zusammenarbeiten. Der erfolgreiche Start der Logistikinitiative als Public-private-partnership-Projekt – das "Tripel-P-Projekt", wie ich gestern von Frau Dr. Hilgers gelernt habe – stimmt mich optimistisch, dass es dem Hafen gelingt, die einzelnen Akteure und Erfordernisse noch besser aufeinander abzustimmen und die vorhandenen Synergiepotenziale optimal auszunutzen. – Danke schön.

B

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Bettina Bliebenich:** Das Wort erhält der Abgeordnete Egloff.

**Ingo Egloff** SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Kollegin Ahrons hat die Situation im Hamburger Hafen beschrieben. Dass der Hafen boomt, ist gut, und dass wir Probleme beim Abtransport der Waren haben, wissen wir nicht nur aus der Zeitung, sondern kann man jeden Tag im Hafen insbesondere an der Köhlbrandbrücke sowie an anderen Stellen beobachten. Daher ist es richtig, dass die entsprechenden Dienststellen dazu angehalten werden müssen, mit veränderten Öffnungszeiten dafür zu sorgen, dass auch staatliche Dienststellen entsprechend flexibel auf neue Entwicklungen reagieren können. Aus diesem Grunde unterstützen wir auch diesen Antrag.

Der Ruf des Hamburger Hafens ist der, dass wir ein schneller Hafen sind und wir wollen auch, dass das so bleibt. Wohin es führen kann, wenn es Probleme im Abtransport der Waren gibt, können wir bei den Kollegen in Rotterdam beobachten, die aufgrund dieser Probleme in den letzten Jahren Einbußen in den Umschlagskapazitäten zu verzeichnen hatten. Das möchten wir für den Hamburger Hafen vermeiden.

Nichtsdestotrotz kann die Erweiterung von Abfertigungszeiten und Veränderungen auf der Verwaltungsebene nur ein erster Schritt sein, der dazu dient, die bisher angefallenen Verkehre zu entzerren. Was wir insgesamt benötigen, ist eine Überarbeitung der Verkehrsinfrastruktur, sind Initiativen, um noch mehr Verkehr auf die Schiene zu bringen, und ist der Bau einer Hafen-Querspange. Das sind Maßnahmen, die erforderlich sein werden, wenn wir wirklich im Jahre 2015 18 Millionen TEU in diesem Hafen umschlagen wollen und nicht nur umschlagen, sondern auch dafür sorgen wollen, dass diese Waren abtransportiert werden können, und zwar möglichst schnell.

C

Bei allem, was wir hier tun, müssen wir allerdings auch berücksichtigen, wie wir mit den Menschen umgehen, die von diesen zusätzlichen Verkehren betroffen sind. Daher haben wir als SPD-Fraktion uns erlaubt, einen Zusatzantrag zu stellen, und ich hoffe, dass Sie dem auch zustimmen werden, da wir auch festgestellt sehen mögen, welche Straßenzüge von diesen zusätzlichen Verkehren zu anderen Zeiten belastet sind und welche Belastungen auf die Bewohner zukommen sowie welche Maßnahmen zu ergreifen sind, um dieses möglichst zu minimieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Wilfried Maier GAL)

**Vizepräsidentin Bettina Bliebenich:** Das Wort erhält der Abgeordnete Kerstan.

**Jens Kerstan** GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Entwicklung im Hafen ist natürlich positiv. Das kann von niemandem bezweifelt werden. Aber das kommt auch nicht von ungefähr. Wenn man sich ansieht, was Hamburg in den letzten Jahrzehnten und eigentlich schon immer in den Hafen investiert hat, muss man einfach feststellen, dass positive Effekte dort natürlich auch teuer erkaufte sind.

D

Die Stadt investiert schon seit Jahrzehnten praktisch Jahr für Jahr einen runden 100 Millionenbetrag. Und hierin sind die Ausbauprogramme, wie sie beispielsweise im Hafen-Sonderinvestitionsprogramm vorgesehen sind, noch gar nicht enthalten.

Insofern ist es natürlich schön, wenn diese Investitionen auch einen Ertrag bringen, wobei wir alle natürlich auch wissen, dass der Ertrag in den Jahren zuvor trotz boomenden Hafens immer relativ begrenzt war. Trotz hunderter von Millionen investierter Mittel sind Arbeitsplätze im Hafen abgebaut worden. Erst wirklich durch den beispiellosen Containerboom der letzten Jahre – im Besonderen in dem Verkehr mit Fernost – ist es gelungen, diese Tendenz nicht nur anzuhalten, sondern umzudrehen, sodass jetzt auch im Hafen endlich wieder Arbeitsplätze entstehen. Das ist natürlich positiv.

Daher ist es auch ein sinnvoller Ansatz, die teuer erstellte und finanzierte Infrastruktur dann auch möglichst effizient, das heißt, rund um die Uhr zu nutzen. Insofern gibt es hier auch aus unserer Sicht Zustimmung zu der grundsätzlichen Richtung dieses Antrages der CDU.

Aber letztendlich sind wir nun ein Gemeinwesen, das in der Mitte mit dem Hafen Industrie- und auch Verkehrsarbeitsplätze hat. Hieraus lässt sich eigentlich zwangsläufig schließen, dass wirtschaftliche Überlegungen natürlich nicht die einzig ausschlaggebenden Bedingungen sein können, wenn man gerade auch den Abtransport der

- A Container und die Organisation des Hinterlandverkehrs bedenkt.

Daher ist es zum einen zu begrüßen, dass in einer Simulationsrechnung mögliche Effekte analysiert werden sollen und auch nur dann eine Rund-um-die-Uhr-Abfertigung vorgenommen werden soll, wenn es wirtschaftlich vertretbar ist. Aber natürlich sind auch noch weitere Rahmenbedingungen notwendig, die die Bedingungen für die Bevölkerung – Herr Egloff sprach das an – bei Rund-um-die-Uhr-Verkehren berücksichtigen. Es ist natürlich klar, dass Rund-um-die-Uhr-Verkehre auch mit nicht unerheblichen Belastungen von Menschen durch Lärm verbunden sein kann. Dieses gilt es nicht nur zu berücksichtigen, sondern auch bei den Maßnahmen zu minimieren.

Weiterhin ist festzuhalten, dass wir schon seit mehreren Wochen Streiks im öffentlichen Dienst haben – wenn wir auch alle dieses Thema vielleicht schon leid sind –, in denen es auch darum geht, dass anfallende Mehrarbeit zum Teil nicht zusätzlich entlohnt werden soll. Gerade zu dieser sehr brisanten Frage, die viele Leute, auch die Arbeitnehmer, augenblicklich beschäftigt, sagt der Antrag der CDU-Fraktion überhaupt nichts aus.

Insofern haben wir uns erlaubt, in unserem Zusatzantrag darauf hinzuweisen, dass, wenn zusätzliche Arbeit anfällt, es natürlich notwendig sein wird, auch mit den Interessenvertretern der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen, weil es sich hierbei in erster Linie um Wochenend-, Nacht- und Feiertagsarbeit handeln wird. Traurig, wie es nun einmal ist, ist das eine Forderung, die, wie wir jetzt beim Streik im öffentlichen Dienst feststellen müssen, nicht trivial ist, sodass wir diese Rahmenbedingung natürlich auch berücksichtigt wissen wollen. Eigentlich ist das eine Selbstverständlichkeit, aber ich hoffe, dass wir in diesem Punkt dann auch ein Einvernehmen erzielen können, mit vernünftigen Rahmenbedingungen, die einerseits Lärmbelastung für die Bevölkerung minimieren, aber andererseits auch die einvernehmliche Zustimmung der Arbeitnehmervertreterinnen zu Mehrarbeit vorsieht, um dann auch die wirtschaftlich sinnvolle Maßnahme durchzuführen. Ich hoffe, dass wir hierzu auch Ihre Zustimmung erhalten werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

**Vizepräsidentin Bettina Bliebenich:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Zunächst zum GAL-Antrag aus der Drucksache 18/3967. Wer möchte diesen annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist somit mit Mehrheit abgelehnt.

Nun kommen wir zum SPD-Antrag aus der Drucksache 18/3972. Wer möchte diesen annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer möchte den CDU-Antrag aus der Drucksache 18/3903 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist bei wenigen Enthaltungen mit großer Mehrheit angenommen.

Jetzt kommen wir zum Punkt 79 der Tagesordnung, Drucksache 18/3910, Antrag der SPD- und GAL-Fraktion: Weiterleitung von Protokollen des PUA Geschlossene Unterbringung Feuerbergstraße in Behörden.

**[Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL:  
Weiterleitung von Protokollen des PUA Geschlossene  
Unterbringung Feuerbergstraße in Behörden  
– Drucksache 18/3910 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 18/3968 ein Antrag der CDU-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktion der CDU:  
Konsequentes und verantwortliches Handeln schafft  
Vertrauen – Drucksache 18/3968 –]**

Wer wünscht das Wort? – Herr Böwer.

**Thomas Böwer SPD:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir zu Beginn

(*Wolfgang Ploog CDU:* Ne, wir wollen zum Thema was hören!)

eine persönliche Erklärung.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Er will keinen Alkohol mehr trinken! – Glocke)

**Vizepräsidentin Bettina Bliebenich** (unterbrechend): Herr Abgeordneter, ich möchte Sie unterbrechen. Ich bitte wirklich um mehr Ruhe. Es ist hier eine solche Unruhe. Das ist dem Redner gegenüber nicht fair. Ich würde Sie, Herr Krüger und Frau Strasburger, auch bitten, Platz zu nehmen. – Danke.

**Thomas Böwer** (fortfahrend): Gestatten Sie mir zu Beginn dieses Tagesordnungspunktes eine persönliche Bemerkung oder Erklärung, die an den Vorsitzenden des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses Dr. Manfred Jäger gerichtet ist. Was ich im Ausschuss gesagt habe, möchte ich hier auch vor diesem Parlament wiederholen. Ihre Arbeit als Vorsitzender ist tadellos und vorbildhaft. Hiervon könnte sich jeder eine Scheibe abschneiden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall bei der CDU)

Ich hoffe, ich schade Ihnen nicht, wenn ausgerechnet ich erkläre, dass ich Ihnen mehr gewünscht hätte, als das, was jetzt gerade über die Ticker geht. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss Feuerbergstraße.

Mit der Protokollaffäre ist nicht nur unsere Arbeit im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss ein gutes Stück ad absurdum geführt worden, sondern hierdurch ist auch – und daher führen wir heute eine besondere Debatte – in Gänze die Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg geschädigt worden.

Soweit wir heute wissen, wurde dieses frei gewählte Haus monatelang von der Exekutive hintergangen. Vertrauliche Wortprotokolle aus einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, der die Arbeit in der Geschlossenen Unterbringung Feuerbergstraße zu untersuchen hat, finden sich gleich ordnerweise mit Vermerken des Arbeitsstabes und auch der Antwort des Senates auf Kleine Anfragen in den Behörden wieder, und zwar genau in jenen Behörden, die wir eigentlich untersuchen müssen. Das ist ein Zustand, den kein Parlament hinnehmen kann.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

C

D

A Ebenfalls nicht hinnehmbar ist die Tatsache, dass mittlerweile sämtliche Zeugen der Behörde für Soziales und Familie sich möglicherweise auf ihre Aussagen vorbereiten konnten, weil sie – so die Antwort des Senates – im Besitz der Protokolle des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses waren oder sie zumindest zur Kenntnis genommen haben. Auch das kann kein Parlament hinnehmen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Daher ist es folgerichtig, dass ein frei gewähltes Parlament, wenn es seine Aufgabe wahrnimmt, ein derartiges Verhalten der Exekutive rügt. Das tun wir heute, wenn dieses Parlament dem gemeinsamen Antrag von GAL und SPD zustimmen wird, wovon ich ausgehe.

Wenn nun die CDU-Fraktion in einem Ergänzungsantrag sich zu einem großen Lob hinreißen lässt, dass sich der Senat bei der Aufklärung große Verdienste erworben hat, dann bleibt das für mich zumindest als Parlamentarier aus vielen Gründen unerklärlich.

Auf einige Dinge, wie etwa das lange Schweigen des Bürgermeisters, sind wir im Rahmen der Aktuellen Stunde eingegangen. Daher kann ich diesen Punkt überschlagen. Wir wollen uns vielmehr der Rolle der Sonderermittler zuwenden. Ich will an dieser Stelle auch gar nicht mit Ihnen darüber debattieren, ob das ein goldener Weg oder eine Möglichkeit ist, derartige Skandale und Affären aufzuklären.

B Ich möchte aber zwei Dinge an dieser Stelle feststellen. Erstens: Der Untersuchungsbericht des vom Bürgerschaftspräsidenten eingesetzten Sonderermittlers liegt noch nicht vor, der Gedaschko-Bericht allerdings schon seit einigen Tagen.

Zweitens: Der Redaktion der "Bild"-Zeitung liegt der Bericht vor, dem Parlament aber nicht. Das kann man nicht hinnehmen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Alles, was wir im Augenblick vom Gedaschko-Bericht kennen, ist eine Mitteilung an den Kollegen Fraktionsvorsitzenden Reinert. Entsprechend gab es eine Mitteilung an den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss bezüglich eines Mitarbeiters und die Veröffentlichung in der heutigen "Bild"-Zeitung. Das ist nicht genug.

Ich denke, dass es jetzt an der Zeit ist, dass der Gedaschko-Bericht auf den Tisch des Hauses gelegt wird, jetzt und nicht irgendwann.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Eine weitere Sache ist noch bemerkenswert. Bei der gesamten scheinbaren Aufklärung, bei all den Sonderermittlern und bei dem sozusagen stückweise Zitieren aus dem Gedaschko-Bericht, habe ich bis heute eines nicht gehört, und zwar eine Entschuldigung des Ersten Bürgermeisters der Freien und Hansestadt Hamburg an dieses Parlament.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben uns zwar über Rechtswidrigkeiten, Straftaten und so weiter und so fort unterhalten. Ich glaube aber, es wäre an der Zeit gewesen – zumindest in der vorletzten Debatte, aber vielleicht können wir das jetzt nachholen –, dass ein gewählter Regierungschef sich beim Parlament

entschuldigt, das von seinen eigenen Behörden hintergangen worden ist. Das wäre das Billigste gewesen. C

(Beifall bei der SPD und Zurufe von der CDU)

Es bleibt also dabei: Alle Dinge, die wir bisher erfahren haben, mussten wir dem Senat mit Hilfe Kleiner Anfragen regelrecht aus der Nase ziehen.

(*Bernd Reinert CDU*: Oder Informationen, die Ihnen aus dem PUA-Arbeitsstab gesteckt wurden! – Gegenruf von *Michael Neumann SPD*: Das werden wir noch alles aufklären, Herr Reinert. Sie sind ja auch dabei!)

– Herr Dr. Reinert, wir werden dies alles ...

(Zurufe von der SPD und der CDU)

– Gut, dann eben "Herr Reinert", wenn es denn reicht.

Wir werden dies alles in Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen aufklären können. Ich freue mich auf meine Zeugenaussage. Viel Spaß dabei.

(*Harald Krüger CDU*: Wir uns auch!)

Es bleibt dabei: Dieses Parlament hat gar keine andere Wahl, als das Verhalten des Senates der Freien und Hansestadt Hamburg in der Protokollaffäre zu rügen und zu missbilligen. Dazu lade ich Sie ganz herzlich ein. So etwas können wir nicht mit uns machen lassen. – Danke.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

**Vizepräsidentin Bettina Bliebenich**: Das Wort erhält der Abgeordnete Voet van Vormizeele. D

(*Werner Dobritz SPD*: Der ist auch als Zeuge geladen!)

**Kai Voet van Vormizeele** CDU: – Gern, wenn Sie möchten. Ich glaube, da haben Sie mehr zu sagen als ich.

Ich will mit einem Ausspruch anfangen, den Herr Petersen – das ist der Mann, der den Platz für Herrn Voscherau dort vorn warm hält – gemacht hat: Krisen wie diese könne sich Hamburg nicht leisten. In der Tat, Herr Petersen. Eine Opposition wie Sie hat Hamburg nicht verdient.

(Beifall bei der CDU – Unruhe bei der SPD)

Worüber reden wir eigentlich in den letzten Jahren? Worum geht es eigentlich im PUA? Der PUA hat ja nicht am 3. März 2006 begonnen, sondern im April des letzten Jahres. Stellen wir doch einmal fest, dass dieser PUA von Anfang an unter einem ganz eigenartigen Stern gestanden hat. Bis Juni immerhin haben wir es geschafft – das hat ja bereits vorhin der Vorsitzende einmal erwähnt: Da wurden bereits zum ersten Mal zwei Mitarbeiter des Arbeitsstabes, die von der SPD nominiert worden waren, in der Vorbesprechung der SPD im PUA angetroffen. Die Folge war eine Rüge und eine klare Aussage, dass beim nächsten Mal für diese Mitarbeiter im PUA Schicht sei. Trotz alledem hat sich wenig geändert.

Danach kamen wir immerhin bis zum Januar. Da kam es zur Rüge – einstimmigen Rüge, das muss man deutlich sagen – für die Obfrau der GAL-Fraktion, weil diese von allen Fraktionen festgestelltermaßen der Öffentlichkeit vertrauliche Unterlagen aus dem PUA zur Verfügung gestellt hatte.

A (Zurufe von der GAL)

Jetzt kommen wir zum März, zu dieser bekannten PUA-Sitzung. Einen Tag davor war dem Vorsitzenden des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses durch den Arbeitsstab mitgeteilt worden, dass Protokolle in falsche Kanäle geraten waren. Der Vorsitzende informierte die Obleute im Laufe des Mittags. Am Freitagabend sind alle Obleute zutiefst betroffen. Der Ausschuss steht da, Herr Böwer fast mit Tränen in den Augen: Wenn er das gewusst hätte! Wenige Wochen später erfahren wir allesamt, dass Herr Böwer es bereits vorher gewusst hat. Er wurde eigenartigerweise direkt von der betroffenen Mitarbeiterin angerufen. Das hat er aber nicht etwa gleich gesagt, zum Vorsitzenden vielleicht oder der Öffentlichkeit gegenüber oder am Abend im Ausschuss. Nein, damit kam er in dem Moment heraus, als ihn eine Hamburger Tageszeitung damit erwischte hatte.

(*Michael Neumann SPD*: Bitte? Das stimmt doch nicht. Haben wir hier Märchenstunde?)

Dann sagte er mit einem Mal, meine Güte, ja, die "Hamburger Morgenpost" habe Recht, das sei so gewesen.

Aber das Schöne dabei kommt noch. Es ging weiter: Dann sagte er, er sei Opfer gewesen. Er, der arme Thomas Böwer, könne sich ja der Anrufe von solchen Menschen aus dem Arbeitsstab – von der berühmten Inga C. – nicht erwehren. Zur Krönung schrieb er einen Brief an den Vorsitzenden, in dem er diesen bat, ihn doch künftig davon freizustellen, dass ihn PUA-Mitarbeiter insbesondere der SPD-Fraktion telefonisch belästigen.

B Ist Herr Böwer also das erste Opfer politischen Stalkings in dieser Stadt? Das zu glauben fällt uns bei Herrn Böwer ein bisschen schwer, liebe Kollegen von der SPD.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: Die SPD-Fraktion?)

Das muss man sich einmal reinziehen. Herr Böwer ist derjenige, der jetzt den von der CDU gestellten PUA-Vorsitzenden bittet, ihn künftig von Belästigungen durch die Mitarbeiter des PUAs freizustellen.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Das hat er doch gar nicht nötig!)

Das kann man natürlich machen, wenn man glaubt, anders gehe es nicht mehr.

Aber sehen wir weiter: Wir alle glaubten am 3. März 2006, mit der Bekanntgabe dieser fehlgeleiteten Protokolle sei es dies gewesen. Nun erfahren wir heute etwas Zusätzliches öffentlich von den Kollegen der "Bild"-Zeitung und ich will es hier auch noch einmal bestätigen. Hören Sie zu, ich möchte es gern deutlich machen: Der betroffene Gesprächspartner, Staatsrat a. D. Meister, hatte mir bereits am Rande der Sitzung des Familienausschusses von diesem Vorfall am Parlamentarischen Abend erzählt, weil er ausgesprochen sauer darüber war.

(*Michael Neumann SPD*: Dann sind Sie ja Mitwisser!)

– Sehen Sie? Ich war Mitwisser davon, dass Herr Böwer bereits dort auf den Staatsrat zugegangen ist.

(*Michael Neumann SPD*: Sie wissen von einer Straftat und sagen nichts?)

– Der Unterschied ist, dass zu diesem Zeitpunkt, lieber Herr Neumann, als mir das der Staatsrat sagte, wir beide

da standen und uns fragten, meine Güte, was soll dieses C pöbelhafte Verhalten gegenüber einem Staatsrat, was soll eine Drohung, womit will Herr Böwer bei einem solch langweiligen PUA, in dem SPD und GAL seit Monaten nichts mehr reißen, dem Staatsrat drohen?

Heute, nach den Kenntnissen vom 3. März 2006, ist die Frage eine ganz andere. Gerade habe ich vernommen, dass der Kollege Böwer eine eidesstattliche Erklärung abgegeben habe, er sei in keiner Verschwörung beteiligt, wie auch immer geartet. Ich habe aber auch vernommen, dass er offensichtlich die Tatsache, dass er gegenüber dem Staatsrat der Behörde für Soziales und Familie am Rande des Parlamentarischen Abends – in welchem Zustand auch immer –

(Heiterkeit bei *Wolfgang Beuß CDU*)

die Drohung ausgesprochen habe, mein lieber Klaus, wenn ich will, bist du binnen von drei Tagen weg, nicht mehr in Abrede stellt. Dies, liebe Kollegen von der SPD, finde ich interessant. Das wird Herr Böwer – und diese Chance werden wir ihm auch geben – vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, wo und wie auch immer, erklären müssen.

(Beifall bei der CDU – *Bernd Reinert CDU*: Genau!)

Aber, liebe Kollegen, wir haben auch eine andere Aufgabe. Wir haben heute intensiv darüber gesprochen, was der Senat zu machen und aufzudecken hat – das haben wir auch deutlich benannt –, wo der Senat Fehler gemacht hat. Wir müssen aber feststellen, dass dieser Parlamentarische Untersuchungsausschuss von Anfang an dadurch gekennzeichnet war, dass wir eine Vielzahl von vertraulichen Unterlagen grundsätzlich nicht vertraulich behandelt haben, sondern sich diese Unterlagen wenige Tage nach Erscheinen in der Presse wiedergefunden haben. Das geht so weit, dass der Redakteur eines öffentlich-rechtlichen Senders an die BSF ein Fax mit einem Auszug aus einem vertraulichen Vermerk schickt. Das geht so weit, dass sich eine Hamburger Tageszeitung damit brüstet, dass sie sämtliche Akten über Jugendliche, die dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss vorliegen, in Kopie vorliegen habe. Das finde ich bemerkenswert. Das ist auch eine Tatsache, die wir als Parlament so nicht einfach stehen lassen können. Wir haben hier einen erheblichen Aufklärungsbedarf, wie es denn sein kann, dass in dieser Stadt offensichtlich jeder, aber wirklich jeder angeblich vertrauliche Unterlagen aus dem PUA kennt und nur die Abgeordneten, die letzten sind, die etwas erfahren.

Da trifft auch Sie, verehrte Kollegen von der SPD, die Aufklärungsverpflichtung. Sie haben hier die Pflicht, daran mitzuwirken, denn mit Verlaub – auch das kann sich jeder überlegen – die Bereitschaft der CDU-Fraktion, vertrauliche Unterlagen, die ja sehr häufig durchaus kritisch gegenüber dem Senat gewesen sind, frei in der Stadt und an die Medien zu verteilen, ist relativ gering. Das Interesse lag bei den Oppositionsfraktionen.

Ich will gar nicht so tun, als ob es nicht durchaus zum Geschäft gehören würde, aktive Medienarbeit zu betreiben. Das ist in jeder parlamentarischen Demokratie so. Das gilt für die Kollegen von der SPD und der GAL auch. Aber, liebe Kollegen, es gibt Grenzen, die man einzuhalten hat. Es ist kein Spaß und keine hinnehmbare Tatsache, wenn Sie meinen, dafür Sorge tragen zu müssen, dass sämtliche Akten über Jugendliche einem Presse-

C

D

A organ vorliegen. Das geht weit über das hinaus, was man akzeptieren kann.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: Die Vorhaltungen, die Sie hier machen, müssen Sie alle beweisen!)

Es ist auch nicht akzeptabel, wenn diejenigen, die den PUA von Anfang an als Medienspektakel missbraucht haben, sich jetzt als Opfer eines groß angelegten Verschwörungsversuchs des Senats hinstellen. Das, liebe Kollegen, heißt wirklich, den Böwer zum Gärtner zu machen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD: Ha, ha, ha!)

Wir als CDU-Fraktion werden den Gang jeder vertraulichen Drucksache, die bei nicht berechtigten Empfängern gelandet ist, genau aufklären. Wir werden dafür Sorge tragen, dass wirklich nichts unaufgeklärt bleibt, was in dieser angeblichen Protokollaffäre bisher genannt worden ist. Aber wir können schon heute eins deutlich feststellen: Der Senat hat seinen Teil geleistet. Der Senat war bereit, schnell und unverzüglich zu handeln.

(Lachen bei der SPD – *Michael Neumann SPD*: Haben Sie vorhin nicht zugehört?)

Der Senat hat aufgeklärt, der Senat hat einen Sonderermittler eingesetzt und gehandelt. Es wäre schön, wenn die Oppositionsfraktionen genauso weit wären. Bisher habe ich von Ihnen keinen Aufklärungsbeitrag vernommen. Außer, dass Sie den Senat beschuldigen, haben Sie sich selbst bisher vollkommen ausgenommen, dabei haben Sie zur Aufklärung genauso viel beizutragen wie Senat und Bürgerschaftskanzlei.

B

Es gibt für uns als CDU-Fraktion nicht den geringsten Zweifel daran, dass der Senat auch weiterhin gewillt sein wird, gemeinsam mit dem Parlament an der Aufklärung zu arbeiten. Wir wollen damit schnellstmöglich anfangen.

Ich finde es überraschend, dass ein von allen Fraktionen gemeinsamer Erweiterungsauftrag für einen PUA, mit dem wir schnell und sehr zügig in der Lage wären, Aufklärungsarbeit zu leisten, nicht mehr zustande kommt. Ich bedaure dies ausgesprochen, schon deshalb, weil wir allesamt in der Pflicht stehen, dem Bürger gegenüber zu erklären, warum wir einen zweiten PUA einrichten wollen, der den Steuerzahler im Jahr weit mehr als eine halbe Million Euro kosten wird.

(*Michael Neumann SPD*: Wenn der Senat nicht rechtswidrig gehandelt hätte, wäre das nicht nötig gewesen!)

– Wenn Sie das als Aufklärungsarbeit verstehen, Herr Neumann, haben Sie noch viel dazuzulernen.

Der Kollege Maaß ist gerade nicht in Raum. In seinem Beitrag war eine Erläuterung für das, was vielleicht gerade die GAL-Fraktion bewegen haben mag. Dort hieß es nämlich irgendwann: Sie haben mir den PUA verweigert. Ich habe das Gefühl, dass der eine oder andere sich jetzt erhofft, eine Bühne für seine ganz persönliche Eigendarstellung zu bekommen.

Das, liebe Kollegen, ist aber nicht Aufgabe eines PUAs. Wir wollen aufklären, wir wollen schnell aufklären und sachlich,

(*Michael Neumann SPD*: Sie wirken ganz anders!)

und zwar in alle Richtungen. Das werden wir mit einem zweiten PUA eher verzögert schaffen. Es wird lange dauern. Wir finden dies schade. Wir hätten gern den gemeinsamen Weg einer Verhandlung auch mit der GAL fortgesetzt. Dass die GAL sich von diesem Weg entfernt hat, verstehen wir nicht.

C

Mein Appell an die Oppositionsfraktionen bleibt also: Wenn Sie glaubwürdig sein wollen, kommen sie auch um eine kritische Beleuchtung Ihres eigenen Handelns nicht herum. Wir bieten Ihnen dazu Gelegenheit. Machen Sie mit. Der Senat hat seine Aufklärungsarbeit geleistet. Bei der SPD und der GAL warten wir noch darauf. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Bettina Bliebenich**: Das Wort erhält die Abgeordnete Blömeke.

(*Olaf Böttger CDU*: Ausgerechnet die, die Akten weitergibt. Die ist nicht glaubwürdig! – Zurufe von der CDU)

**Christiane Blömeke** GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Voet van Vormizeele, es ist nur allzu durchsichtig, dass Sie mit einer ganz billigen Masche versuchen, vom eigentlichen Geschehen abzulenken, das uns in Hamburg eigentlich bewegt, nämlich der Protokollaffäre. Es geht nicht darum, dass Sie uns jetzt beschuldigen, Informationen weitergegeben zu haben. Da muss ich sogar einmal den Bürgermeister beim Wort nehmen: Warten Sie doch ab, bis Sie Herrn Böwer im Untersuchungsausschuss verhört haben. Dann kommen Sie bitte abschließend ...

D

(Zurufe von der CDU – Glocke)

**Vizepräsidentin Bettina Bliebenich** (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Ich bitte um etwas mehr Ruhe.

(*Michael Neumann SPD*: Die alten Männer können das Wasser nicht halten!)

Das Wort hat Frau Blömeke.

**Christiane Blömeke** (fortfahrend): Herr Böttger, es ist schön, Sie einmal so aufgeregt zu sehen. Das sieht man ja sonst selten. Wenn Sie einmal aus sich herauskommen, ist das gut. Machen Sie das gern am Mikro. Ich bin gern bereit, mit Ihnen zu sprechen. – Das möchten Sie nicht. Gut.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich möchte es noch einmal wiederholen: Der Bürgermeister hat vorhin zu Recht gesagt, wir sollten doch erst die Untersuchungsarbeit im Untersuchungsausschuss machen, dann könnten wir zu einem Fazit kommen. Dann können Sie auch mit Herrn Böwer weiterreden.

Was mich als Person betrifft – da möchte ich Herrn Jäger noch einmal ...

(Glocke)

**Vizepräsidentin Bettina Bliebenich** (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Christiane Blömeke** (fortfahrend): Ja. Gern, Herr Böttger.



A **Zwischenfrage von Olaf Böttger** CDU:\* Haben Sie die Akten weitergegeben oder nicht? Sagen Sie bitte Ja oder Nein. Haben sie es getan oder nicht? Kneifen Sie nicht!

(Beifall und Zurufe von der CDU)

**Christiane Blömeke** (fortfahrend): Eine wunderbare Frage.

(Olaf Böttger CDU: Ja oder Nein?)

Herr Böttger, Sie sind hier weder in einem Untersuchungsausschuss noch in sonst einem Gremium.

(Karen Koop CDU: Sie können doch einfach antworten!)

Wenn Sie mir eine Frage normal stellen, kann ich antworten.

(Zurufe von der CDU)

– Ich bin gerade dabei, auf Ihre Frage zu antworten, wenn Sie mir zuhören wollen.

(Olaf Böttger CDU: Ja oder Nein?)

Gut. Herr Jäger hatte nämlich in Zweifel gezogen, ob ich mich hinstellen und über Missbilligung reden könne. Natürlich kann ich das. Ich habe auch im Untersuchungsausschuss nie geäußert, dass ich Fakten des Sicherheitsdienstes aus der Feuerbergstraße weitergegeben beziehungsweise darüber informiert habe. Ich habe diese Missbilligung, die man mir im Ausschuss hat angedeihen lassen, angenommen. Das unterscheidet uns ganz erheblich. Es gab keine lange Diskussion darüber, das war klar.

B

(Jörn Frommann CDU: Was?)

Ich habe auch gesagt, dass ich wohl in diesem Punkt mit meiner Aufklärungsarbeit etwas zu schnell und etwas zu weit gegangen sei.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Lachen bei der CDU)

Das unterscheidet uns ganz erheblich. Es ehrt mich einerseits, wenn Herr Jäger mich auf gleiche Stufe mit dem Senat stellt. Aber wir wollen die Kirche im Dorf lassen. Es ging doch um ganz unterschiedliche Dinge. Ich habe es in meiner Aufklärungsarbeit einfach nicht mehr aushalten können,

(Lachen bei der CDU)

dass wir in der Feuerbergstraße Zustände haben, vor denen Sie die Augen verschließen. Es geht hier um genau das, was vorhin gesagt wurde: einen Wachdienst, der 15 Stunden am Tag Jugendliche isoliert betreut. Auch aus diesem Grund haben wir morgen in der Bürgerschaft einen Antrag, der ausdrücklich fordert, diesen Wachdienst aus der Feuerbergstraße abzuziehen. Wir beschäftigen uns mit der inhaltlichen Arbeit.

(Beifall bei der GAL – Lachen bei der CDU)

– Darüber können Sie jetzt lange lachen. Es ist richtig. Diese Fakten sind an die Öffentlichkeit geraten, dafür gab es die Missbilligung und diese habe ich angenommen.

(Robert Heinemann CDU: Sie waren das!)

– Herr Heinemann, ich weiß wirklich nicht, worüber wir jetzt noch 10 000 Mal reden. Ich habe wörtlich gesagt, dass der Ausschuss eine Missbilligung ausgesprochen

und ich diese angenommen habe. Ich denke, dass das Thema jetzt erledigt ist.

C

(Harald Krüger CDU: Nein, noch lange nicht! – Wolfhard Ploog CDU: Sie können doch Ihren Rechtsbruch nicht verteidigen! – Lachen bei der CDU)

Ich kann mich noch gut an den Abend des 3. März erinnern, als uns der Ausschussvorsitzende, Herr Jäger, nahezu beiläufig unter dem TOP "Verschiedenes" mitteilte, dass die Protokolle des Untersuchungsausschusses auf Anforderung an die Sozialbehörde weitergeleitet worden seien. Es ist ein wesentlicher Unterschied, ob eine Behörde etwas anfordert oder ob etwas in die Öffentlichkeit sickert. Da besteht ein erheblicher Unterschied.

(Wolfhard Ploog CDU: Wie sickert denn so etwas hinaus? – Zurufe von der CDU)

In der Ausschusssitzung, an der Sie alle nicht teilgenommen haben, ...

(Zurufe von der CDU)

Gut. Erregte Diskussionen.

(Unruhe im Hause – Glocke)

**Vizepräsidentin Bettina Bliebenich** (unterbrechend): Meine Damen und Herren, das Wort hat Frau Blömeke.

**Christiane Blömeke** (fortfahrend): Wir werden ja bald einen zweiten PUA haben. Da können Sie dann lebhaft miteinander diskutieren. Das finde ich richtig gut. All die, die jetzt so erregt sind, können sich ja dann als Mitglieder für diesen PUA bewerben.

D

(Zurufe von der CDU – Glocke)

**Vizepräsidentin Bettina Bliebenich** (unterbrechend): Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Heinemann?

**Christiane Blömeke** (fortfahrend): Nein. Später vielleicht.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Ich war gerade dabei, auszuführen, was am Abend des 3. März geschah:

(Olaf Ohlsen CDU: Da haben Sie doch die Akte weitergegeben!)

Als Herr Jäger uns beiläufig mitteilte, was geschehen war – nämlich, dass die Sozialbehörde die Akten angefordert hatte –, herrschte sekundenlang – ich möchte fast sagen: minutenlang – unfassbares Schweigen, und zwar bei allen drei Fraktionen.

(Harald Krüger CDU: Das könnte ich Ihnen jetzt auch empfehlen!)

Alle, die in dieser Sitzung anwesend waren, können dies sicher bestätigen. In diesem Moment dämmerte uns, dass sich hier etwas von ganz großer Tragweite ereignen würde.

Wo stehen wir jetzt? Vier Wochen nach Bekanntwerden dieser Protokollweitergabe steht der Senat vor einem Scherbenhaufen. Ein entlassener Senator, ein vorzeitig zwangspensionierter Staatsrat, diverse Disziplinarver-

- A fahren und staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren gegen Behördenmitarbeiter und dazu eine aufgelöste Führungsebene der Sozialbehörde.

(Lachen bei *Wolfhard Ploog CDU*)

Jetzt kommen Sie, meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, singen ein Loblied auf diesen Senat und stellen einen Antrag mit der Überschrift "Konsequentes und verantwortliches Handeln schafft Vertrauen".

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

In einem politischen Kabarett hätte ich gelacht und gesagt, das sei ein guter Witz. Aber dies ist Realität und in dieser Realität kann von Vertrauen in diesen Senat keine Rede mehr sein.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Mit einem ungeheuren Selbstbewusstsein haben sich hier Behörden und Behördenleitungen rechtswidrig vertrauliche Unterlagen besorgt. Nahezu täglich haben uns und die Öffentlichkeit neue Enthüllungen erreicht. Und Sie wollen uns weismachen, dass dieser Bürgermeister nun alles getan habe, um zur Sacharbeit zurückzukehren? Das ist so unzureichend, wie wenn ich Ihnen ein Auto verkaufen würde, das zwar neue Räder hat, aber ein kaputtes Getriebe. Da können Sie sich noch so viel Mühe geben, dieses Auto könnten Sie nicht zum Fahren bewegen.

(*Lars Dietrich CDU*: Das tun Sie doch die ganze Zeit! – *Bernd Reinert CDU*: Von Ihnen kaufe ich kein Auto!)

- B Die Untersuchungen sind auf halbem Wege stehen geblieben. Aus mir unerfindlichen Gründen sind sie insbesondere bei der Sozialsenatorin ins Stocken gekommen, dabei ist die Sozialsenatorin Schnieber-Jastram diejenige, die neben dem Bürgermeister – das haben wir mehrfach gehört – die politische Verantwortung trägt. Doch statt der Verantwortung trägt Senatorin Schnieber-Jastram lieber den Mantel der Ahnungslosigkeit und hofft, sich so aus der Protokollaffäre sauber hinauszubringen. Frau Senatorin, Ihre Ahnungslosigkeit wird zur Peinlichkeit.

(Beifall bei der GAL – *Henning Finck CDU*: Und Ihr Unrechtsbewusstsein!)

Sie wollen uns und den Bürgerinnen und Bürgern weismachen, dass Ihr gesamtes persönliches Umfeld, Ihr Staatsrat, Ihre persönliche Mitarbeiterin, Ihre Präsidialabteilung informiert gewesen seien, nur Sie nicht. Damit bescheinigen Sie sich selbst eine Führungsschwäche ersten Grades.

Doch abgesehen davon ist eine solche Aussage wenig glaubwürdig. Nehmen wir doch einmal die jüngsten Enthüllungen: Sie äußern sich aus der Türkei im "Hamburg-Journal" zu den Veröffentlichungen von vertraulichen Unterlagen des Untersuchungsausschusses. Zu diesem Zeitpunkt lag in Ihrer Behörde bei Ihrer Pressesprecherin eine zweiseitige Zusammenfassung der vertraulichen Papiere vor.

(Zuruf von der CDU: Von wem?)

– Das ist im Ausschuss öffentlich bekannt gegeben worden. Da müssen Sie sich bei Ihren Kollegen erkundigen, die im Untersuchungsausschuss sitzen. Da haben Sie ein Informationsdefizit.

Mit dieser Pressesprecherin haben Sie täglich telefoniert. C

(*Wolfhard Ploog CDU*: Sagen Sie doch mal!)

Nun wollen Sie uns weismachen, dass Sie von diesem Papier keine Kenntnis hatten und dass es bei den erwähnten, unvollständigen Akten sowieso um etwas ganz anderes gegangen ist.

Kurz darauf fordert Ihre Behörde die vollständige Fassung dieser vertraulichen Unterlagen an. Sie haben wieder von der ganzen Sache keine Ahnung. Das ist einfach nicht überzeugend.

Wer gestern das "Hamburg-Journal" gesehen und die Rechtfertigung von Senatorin Schnieber-Jastram verfolgt hat, konnte beobachten, dass die Senatorin wahrscheinlich selbst gemerkt hat, dass ihre Ahnungslosigkeit dabei ist, sich in Luft aufzulösen: suchende Blicke nach links und rechts, Blicke der Bestätigung und die Rechtfertigung sehr, sehr mühsam. So nervös und unsicher, Frau Senatorin, hat man Sie selten gesehen.

(*Wilfried Buss SPD*: Ach, immer! – *Lars Dietrich CDU*: Das ist bodenlos!)

Die Schlinge wird enger, der Kreis schließt sich. Vergessen Sie auch nicht Ihre Aussage bei "Schalthoff" auf "Hamburg 1" Anfang März, als Sie steif und fest behauptet haben, niemand habe diese Protokolle in Ihrer Behörde je gelesen. Die Nachforschungen haben uns Recht gegeben. Diese haben bestätigt, dass die Protokolle natürlich gelesen worden sind.

Was folgt nun als Konsequenz daraus? Bestimmt nicht unsere Zustimmung, diesen Senat zu loben, sondern im Gegenteil der Antrag der SPD und GAL zur Rüge dieses Senates. Um diesen schwarzen Filz der Protokollaffäre aufzuklären, brauchen wir die Arbeit eines PUA's. D

Was mich sehr wundert, Herr Voet van Vormizeele, ist, dass Sie den Ausführungen meines Kollegen, Christian Maaß, überhaupt nicht zugehört haben. Sonst hätten Sie verstanden, warum wir als GAL-Fraktion gemeinsam mit der SPD einen neuen PUA einrichten. Diese Vehemenz, die mir jetzt entgegenschlägt, dieses Benennenwollen von Zeugen, vielleicht mich und Herrn Böwer als Zeugen zu benennen, bewirkt doch nichts anderes, als dass wir in diesem PUA gar nicht weiterarbeiten können. Wenn alle Mitglieder als Zeugen benannt sind, kann der PUA nicht mehr arbeiten, da Zeugen von den weiteren Sitzungen erst einmal ausgeschlossen sind.

Aus diesem Grund brauchen wir einen zweiten PUA, damit die Sacharbeit in beiden Fällen – einmal Aufklärung Feuerbergstraße und zum anderen die Aufklärung der Protokollaffäre – lückenlos geleistet werden kann. Ich kann nicht nachvollziehen, warum Herr Voet van Vormizeele behauptet, die Opposition habe sich totgelaufen, wir hätten in der ganzen Zeit des PUA's überhaupt nichts herausbekommen und würden uns nun aus diesem Frust heraus auf die Protokollaffäre stürzen.

(*Wolfhard Ploog CDU*: Da hat er doch Recht!)

So einen Unsinn habe ich lange nicht gehört. Herr Voet van Vormizeele sitzt in diesem Ausschuss, er hat sich selbst beschwert,

(*Wolfhard Ploog CDU*: Dann kriegen wir noch einen dritten PUA!)

A wie viel doch immer an Berichten, Zusammenfassungen, Kommentaren und Erkenntnissen an die Öffentlichkeit gelangt sei. Was haben wir in diesem Jahr im PUA nicht alles herausgefunden: Wir haben die Senatorin dazu gebracht, ein Rechtsgutachten zu erstellen, das mehrere Rechtsbrüche bekannt gemacht hat. Nur hat sich leider nichts geändert. Da bin ich auch unzufrieden. Da gebe ich Ihnen Recht. Der PUA arbeitet und arbeitet, wir decken auf und decken auf und die Senatorin schläft und schläft und nichts passiert. Das wird sich in Zukunft ändern, weil wir auch weiter Sacharbeit im PUA machen werden.

(Beifall bei der GAL – *Harald Krüger CDU*: Oder Öffentlichkeitsarbeit!)

**Vizepräsidentin Bettina Bliebenich**: Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Dr. Hilgers.

**Dr. Andrea Hilgers SPD**: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Was erleben wir hier heute? Erstens ein durchsichtiges Ablenkungsmanöver seitens der CDU, um von der Verantwortung des Senates für die Protokollaffäre abzulenken.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Zweitens: Drei Mal musste Herr Reinert betonen, dass die Fraktion hinter dem Senat stehe. Das war, Herr Reinert, ein langer Erleichterungsseufzer. Er war wohl nötig.

(*Jörg Hamann CDU*: Das war schon vor zwei Stunden!)

B Drittens: Ein Staatsrat, dessen Beteiligung an all diesem noch unklar ist, wird Senator. Prämien auf Ahnungslosigkeit werden verteilt, zum Beispiel an Frau Senatorin Schieber-Jastram.

Viertens: Frau Schieber-Jastram pflegt weiterhin die Aura des Unbeteiligtseins. Fachlich interessiert Sie nichts.

(Lachen bei der CDU)

Sie handelt nur, verehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU, wenn sich das Parlament insgesamt einig ist, wie zum Beispiel beim Thema "vernachlässigte Kinder". Deswegen erwarte ich hier und heute, dass Sie, Frau Senatorin Schieber-Jastram, sich vor dem Parlament dazu äußern, was Ihr Wissen über diese Protokollaffäre in Ihrer Behörde angeht.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich selbst habe Sorge, dass die zentrale Aufgabe des PUA Feuerbergstraße aus dem Blick gerät, denn wir müssen auch hier die Senatorin zwingen, diese unsägliche Einrichtung endlich dichtzumachen. Die Missstände, die Herr Maaß noch einmal alle aufgezählt hat, bestehen weiter. Sie werden jeden Monat wieder in Kleinen Anfragen bestätigt. Hier erwarte ich, Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, dass Sie mit uns an diesem Thema dranbleiben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Fünftens und letztens: Wir haben hier heute eine arrogante und unappetitliche Rede des ersten Bürgermeisters gehört.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Statt sich vor dem Hause zu entschuldigen, statt den Gedaschko-Bericht mitzubringen und hier auf den Tisch zu legen, hat er sich hier hingestellt und sich angemäht, eine solche Rede zu halten. Das war eine Unverschämtheit.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Wolfhard Ploog CDU*: Sie maßen sich etwas an!)

Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, ich fordere Sie auf, kehren Sie zu dem zurück, was Sie spontan nach der Eröffnung von Herrn Dr. Jäger am 3. März im PUA gemacht haben, nämlich diesen Vorgang als so ungeheuerlich zu bewerten, wie er ist. Sprechen Sie mit uns zusammen diese Missbilligung gegenüber dem Senat aus, sonst werden Sie unglaubwürdig.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

**Vizepräsidentin Bettina Bliebenich**: Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Jäger.

(*Wolfhard Ploog CDU*: Was hat er wieder gemacht? – *Werner Dobritz SPD*: Sie handeln einfach nicht!)

**Dr. Manfred Jäger CDU**: – Herr Dobritz, denken Sie sich doch einmal einen anderen Spruch aus. Den kenne ich nun aus jeder Rede, die ich halte. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vieles von dem, was ich vorhin gesagt habe, könnte ich noch einmal wiederholen, aber das will ich Ihnen nicht zumuten.

Erlauben Sie mir deshalb einige kurze Hinweise, einen zu Herrn Böwer und einen zu Frau Blömeke.

(*Werner Dobritz SPD*: Jetzt sind Sie ja doch nicht Staatsrat geworden!)

Wenn ich mir Ihre Ausführungen anhöre, Herr Böwer, dann wundere ich mich, dass Sie überhaupt noch einen zweiten PUA fordern. Sie haben den Abschlussbericht und die Abschlussbewertung schon festgelegt und abgegeben.

Frau Blömeke, ich kann mir eine Bemerkung nicht verkneifen. Ich finde es schade, dass Sie meinem Rat nicht gefolgt sind, und kann Ihnen nur Folgendes mit auf den Weg geben:

"Si tacuisses, philosophus mansisses".

Wenn Sie geschwiegen hätten, wäre es besser gewesen, dann wären Sie eine Philosophin geblieben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Bettina Bliebenich**: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Steffen.

**Dr. Till Steffen GAL**: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich will etwas zu ein paar Missverhältnissen sagen, die sich in dieser gesamten Angelegenheit eingeschlichen haben.

C

D

A (Olaf Ohlsen CDU: Ja!)

Das erste Missverhältnis ist, dass Herr Jäger den Kommentar zu seiner Rede an das Ende seines Beitrags gesetzt hat.

(Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe übernimmt den Vorsitz.)

Es ist in der Tat zulässig anzumerken – das haben wir auch mehrfach gemacht –, dass wir es ein bisschen komisch finden, dass Sie auf diese Position in der Justizbehörde kommen konnten. Das komplettiert für uns das Bild einer parteipolitisch gefärbten Personalpolitik. Das haben wir gesagt, das ist richtig und das müssen wir auch nicht verschweigen. Insoweit hätten Sie auch das Zitat

"Si tacuisses ..."

für sich gelten lassen können.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Es gibt ein zweites Missverhältnis, das Ihnen zu denken geben sollte. Ich will damit nichts relativieren. Frau Goetsch hat vorhin die Relevanz dessen, weswegen die Protokollaffäre wirklich ein Skandal ist, deutlich gemacht. Das Erstaunliche ist aber, dass es Sie nicht erschüttert, wenn in Hamburg Kinder rechtswidrig eingesperrt werden, wenn der Verdacht auf dem Tisch liegt, dass an Kindern Körperverletzungen begangen wurden.

(Viviane Spethmann CDU: Was für Kinder?)

Aber die CDU und der Senat kommen ins Wanken und es wird dann gefährlich, wenn Protokolle gelesen wurden. Das ist an dieser Geschichte so erstaunlich, dass Sie bei der Frage, wenn es um Kinder geht, tatsächlich so abgebrüht sind. Da besteht ein echtes Missverhältnis.

B

(Beifall bei der GAL)

Es gibt ein drittes Missverhältnis. Ich fand Ihr Verhalten während des Beitrags von Frau Blömeke schäbig, insbesondere das einzelner Mitglieder Ihrer Fraktion. Ich nenne ausdrücklich die Herren Heinemann und Böttger. Herr Böttger, Sie haben Glück, dass Sie Ihre Zwischenfrage im Parlament gestellt haben. Sie haben Frau Blömeke gefragt:

"Haben Sie die Akten weitergegeben oder nicht?"

Das ist eine vorsätzliche, falsche Verdächtigung.

(Wolfgang Ploog CDU: Warum? – Unruhe im Hause – Glocke)

**Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe** (unterbrechend): Nur Herr Dr. Steffen hat hier das Wort.

**Dr. Till Steffen** (fortfahrend): Niemand hat bisher irgendeinen Anhaltspunkt dafür gehabt, dass Frau Blömeke Unterlagen weitergeben hätte. Wir haben einen Sachverhalt gehabt. Frau Blömeke hat bestimmte Fakten aus Unterlagen in eine Pressemitteilung aufgenommen. Sie hat diese Unterlagen nicht weitergegeben. Diese Behauptung, die Sie in eine Frage gekleidet haben, ist falsch. Es gibt keinerlei Anhaltspunkte für diese Frage, keinerlei Anhaltspunkte für diese implizierte Behauptung, die Sie erhoben haben. Sie haben Glück, dass Sie diese Frage in einem Parlament gestellt haben.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Unruhe bei der CDU – Glocke)

**Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe** (unterbrechend): Herr Dr. Steffen, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Böttger zu? C

**Dr. Till Steffen** (fortfahrend): Ja.

**Zwischenfrage von Olaf Böttger** CDU:\* Herr Dr. Steffen, ich wüsste gern von Ihnen: Hat Frau Blömeke Inhalte der Akten in Pressemeldungen weitergeben, ja oder nein?

(Christiane Blömeke GAL: Kommen Sie doch in den PUA!)

**Dr. Till Steffen** (fortfahrend): Wir haben diese Frage im Untersuchungsausschuss geklärt.

(Wolfgang Ploog CDU: Das war zu wenig!)

Wir haben festgestellt, dass einzelne Fakten, die in dieser Pressemitteilung standen, nur aus vertraulichen Unterlagen stammen konnten.

(Zuruf von der CDU: Also, eiern Sie da nicht herum!)

Dafür hat der Untersuchungsausschuss Frau Blömeke eine Missbilligung ausgesprochen. Dieser Sachverhalt ist geklärt.

Sie haben gefragt – Sie haben die Frage nämlich eben anders gestellt –, ob Frau Blömeke die Unterlagen weitergegeben hätte, und haben sie damit in Verdacht gebracht, dass sie die Unterlagen an die Presse gegeben hat, die dann gesagt hat, sie habe diese Akten vorliegen. Das ist genau der Punkt. So können wir in diesem Parlament nicht arbeiten. Es geht nicht an, dass Sie ehrenrührige Behauptungen erheben, ohne dass es irgendeinen Anhaltspunkt dafür gibt. Das sollten Sie ernst nehmen. D

(Unruhe bei der CDU – Glocke)

**Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe** (unterbrechend): Jetzt beruhigen Sie sich bitte alle wieder. Nur Herr Dr. Steffen hat jetzt das Wort.

Ich sehe eine Wortmeldung. Lassen Sie eine Frage des Abgeordneten Heinemann zu, Herr Dr. Steffen?

**Dr. Till Steffen** (fortfahrend): Nein.

Ich sage das, weil das auch auf Sie selbst zurückfällt. Wenn es bei Abgeordneten, bei Senatoren, bei Behördenmitarbeitern, bei Mitarbeitern von Fraktionen, bei Mitarbeitern des Arbeitsstabes Anhaltspunkte gibt, dass sie gegen Recht und Gesetz verstoßen haben, dann ist es richtig, dass die Frage öffentlich gestellt und dass ermittelt wird. Solange gilt natürlich die Unschuldsvermutung.

(Zurufe von der CDU: Ja!)

Aber natürlich ist es richtig, den Verdacht auszusprechen. Aber, wir sollten uns davor hüten, einzelne Abgeordnete – das gilt natürlich auch für den gesamten anderen Personenkreis, den ich eben genannt habe – mit Verdächtigungen zu überziehen.

(Zuruf von der CDU und Beifall bei der CDU)

– Nein, das stimmt nicht.

A (Bernd Reinert CDU: Haben Sie eine Bewusstseinsstrübung?)

Das sage ich im Sinne einer Zusammenarbeit, die wir in dem bestehenden und auch in einem neu einzusetzenden Untersuchungsausschuss leisten müssen. Wir sollten uns davor hüten, Verdächtigungen auszusprechen, ohne dass es einen Anhaltspunkt dafür gibt.

(Zuruf von Robert Heinemann CDU)

Herr Böttger hat eben den Verdacht ausgesprochen, Frau Blömeke habe Unterlagen an Dritte weitergegeben, ohne dass es dafür bisher irgendeinen Anhaltspunkt gegeben hat.

(Zurufe von der CDU)

– Das können wir nachlesen. Ich habe es extra mitgeschrieben. Ich habe aus dem PUA Übung im genauen Mitschreiben.

(Olaf Böttger CDU: Zweierlei Maß! – Unruhe im Hause – Glocke)

**Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe** (unterbrechend): Beruhigen Sie sich bitte wieder. – Herr Dr. Steffen hat das Wort.

**Dr. Till Steffen** (fortfahrend): Ich sage Ihnen das, weil Sie selber am Ende den Schaden mit davon tragen werden, wenn solche ehrenrührigen Behauptungen ohne jegliche Grundlage auch gegen Sie eingesetzt werden. Wir sollten uns alle zusammen davor hüten – ich sage das in alle Richtungen, aber auch in Ihre Richtung –, um eine vernünftige Aufklärungsarbeit in den Untersuchungsausschüssen leisten zu können.

B

(Beifall bei der GAL und der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe**: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Zunächst zum gemeinsamen Antrag der SPD- und der GAL-Fraktion aus der Drucksache 18/3910. Wer möchte diesen annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist er mehrheitlich abgelehnt.

Wer möchte dem CDU-Antrag aus der Drucksache 18/3968 zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 80 auf. Drucksache 18/3911 in der Neufassung, Antrag der GAL-Fraktion: Weiterentwicklung des Hamburger Modells "Religionsunterricht für alle".

**[Antrag der Fraktion der GAL:  
Weiterentwicklung des Hamburger Modells  
"Religionsunterricht für alle"  
– Drucksache 18/3911 (Neufassung) –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion federführend an den Schulausschuss und mitberatend an den Wissenschaftsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Frau Goetsch, bitte.

**Christa Goetsch** GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ein kleiner Sprung, ein neues Thema. Die GAL-Bürgerschaftsfraktion will die Beibehaltung und die

Weiterentwicklung des Hamburger Modells "Religionsunterricht für alle" an den Hamburger Schulen – ohne Wenn und Aber.

C

Wir befürworten den "Religionsunterricht für alle", weil er die interreligiöse Verständigung fördert und vor allem in der Hamburger Schülerschaft Kenntnisse über die unterschiedlichen Religionen – wir haben in Hamburg weit über 100 verschiedene Religionsgemeinschaften – vermittelt. Eine Trennung nach Konfessionen schwächt unseres Erachtens den interreligiösen Dialog, der 1995 in Hamburg vorbildlich begonnen wurde. In den Schulen würden dadurch Abschottungstendenzen verstärkt werden und das wollen wir auf keinen Fall.

Schule darf auf keinen Fall die Aufgabe haben, bei weiterer kultureller Heterogenität der Schülerschaft – sie wird ja nicht weniger, sie ist in den letzten Jahren eher mehr geworden –, aber auch bei zunehmender sozialer Spaltung, die wir feststellen, noch weiter zu trennen oder diese Trennung zu vertiefen. Deshalb muss Schule den Dialog ermöglichen.

Ich will noch einen weiteren Aspekt nennen, warum der Weg Hamburgs für einen "Religionsunterricht für alle" der richtige ist. Wir erreichen damit in Hamburg – zum großen Teil gerade in der Grundschule, später dann eher im Ethikunterricht – 40 Prozent der Kinder, die gar keiner Konfession angehören. Auch sie haben ein Recht, etwas mehr übereinander zu erfahren und miteinander in diesem Unterricht zu sitzen.

Wir müssen einmal zurückblicken. 1995 wurde in Hamburg der Gesprächskreis Interreligiöser Religionsunterricht gegründet. Ich möchte alle aufzählen, die daran teilnehmen: die Nordelbische Evangelisch-Lutherische Kirche, die Reformierte Kirche, die Freikirchen, die Jüdische Gemeinde, die Konferenz der Muslime Hamburgs, das Alevitische Zentrum, das Islamische Zentrum, der Islamische Frauenverein, die Buddhistische Gesellschaft, das Tibetische Zentrum in Hamburg, das Pädagogisch-Theologische Institut, das Institut für Missionsökumene und Religionswissenschaften, das Institut für Erziehungswissenschaften, die Islamwissenschaftliche Akademie, der Türkische Lehrerverein und auch der Verband der Freien Weltanschauungsgemeinschaften. Es gibt nirgendwo in der Republik einen solchen Zusammenschluss, der seit 1995 nicht nur gemeinsam berät, wie in Hamburg Religionsunterricht stattfindet, sondern der auch maßgeblich an der Erstellung der damaligen Lehrpläne, der jetzigen Bildungspläne, gerade in der Primarstufe, mitgewirkt hat. Es gibt den Landesschulbeirat, der zusammengesetzt ist von Handelskammer bis Gewerkschaften, von Eltern-Lehrer-Schülerkammer, bis hin zu den Kirchen und anderen verschiedenen gesellschaftlichen Kräften – wie es immer so schön heißt –, der eine einstimmige Stellungnahme abgegeben hat und diesen Weg betont. Es gibt den Religionslehrerverband und die SCHURA, den heutigen Dachverband der Muslime, der den dialogischen Religionsunterricht unterstützt.

D

Ich kann sehr gut verstehen, dass es in anderen Ländern – beispielsweise in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen – dringend Zeit wird, dass islamischer Religionsunterricht angeboten werden. Aber dahin müssen wir gar nicht schauen, denn dort haben bis vor kurzem die Schülerinnen und Schüler den üblichen katholischen und evangelischen Religionsunterricht erhalten, bis die Gerichte die Entscheidung getroffen haben, dass auch die muslimischen Schüler ein Recht auf Religionsunter-

A richt haben. Das ist natürlich ein Schritt weiter, wenn in diesen Ländern islamischer Religionsunterricht in deutscher Sprache erteilt wird. Wir sind in Hamburg aber schon seit Jahren wesentlich weiter. Das heißt nicht – darauf komme ich gleich noch zurück –, dass natürlich entsprechend ausgebildete Lehrer und Pädagogen außerhalb der christlichen Religionspädagogen unterrichten müssen.

Nun kommt Bürgermeister von Beust auf die Idee und wiederholt in den letzten Wochen immer wieder die Forderung nach Einführung islamischen Religionsunterrichts. Dies begründet er interessanterweise mit dem Ziel einer besseren Integration von Muslimen.

Entweder war es eine Bauchidee oder man hat ihn schlecht beraten oder er hat sich nicht ausgekannt. Ich weiß es nicht. Wir halten es für pädagogisch falsch. Wir finden es desintegrierend und es gefährdet letztlich den sozialen Frieden, wenn man das top down machen würde. Weiterhin kommt hinzu, dass es organisatorisch überhaupt nicht durchführbar wäre.

Das andere Argument, das auch immer wieder genannt wird, ist, die Koranschulen würden dadurch gemieden und man würde die Kinder aus den Koranschulen abziehen, die islamistische und eher extreme Positionen vertreten. Alle Untersuchungen haben leider bestätigt, dass die Kinder nicht aus den Koranschulen wegbleiben. Es gab in den Achtzigerjahren einen Versuch, Religionsunterricht von türkischen Lehrern erteilen zu lassen, in der Hoffnung, dass die Kinder nicht mehr in Koranschulen gehen. Dieser Versuch ist hoffnungslos gescheitert. Außerdem muss man wissen, dass nur 10 Prozent aller Kinder muslimischen Glaubens in Koranschulen gehen. Die Öffentlichkeit glaubt immer, die ganze Stadt sei moscheendominiert. Wir müssen auch daran denken, welche Rechte alle muslimischen und ebenso die alevitischen Kinder haben. Insofern zählen alle diese Argumente nicht.

B

Auch aus den christlichen Religionen ist bekannt, dass es ein Unterschied ist, ob Religionsunterricht in der Schule oder in der Gemeinde gegeben wird. Wir wollen die Kinder auch nicht davon abhalten, in den Kommunion- oder in den Konfirmationsunterricht zu gehen. Das heißt, man muss zwischen schulischem Religionsunterricht und dem Gemeindeunterricht trennen, denn der Gemeindeunterricht hat eine andere Aufgabe. Ich will jetzt nicht religionsphilosophisch argumentieren, sondern noch einmal deutlich dafür plädieren, dass die faktische Abschaffung des gemeinsamen Religionsunterrichts in Hamburg ein Weg wäre, der mit Volldampf in die falsche Richtung ginge. Alle, die diesen Weg des gemeinsamen Religionsunterrichts abschaffen wollen, machen einen kapitalen Fehler.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Wir wollen aber auch nicht da stehen bleiben, wo wir sind, denn es gibt noch eine ganze Menge zu tun, wir wollen die Weiterentwicklung des erfolgreichen Modells. Wichtig ist zum Beispiel, dass muslimische Lehrkräfte ausgebildet werden, die im Tandem mit christlichen Pädagogen eingesetzt werden. Die Universität Hamburg muss die Ausbildung in islamischer Theologie und Religionspädagogik anbieten. Wir befürworten schon seit Jahren die Gründung einer Akademie der Weltreligionen an der Universität.

Es ist phantastisch, dass in Hamburg durch ein EU-Projekt ein erster Ansatz gelungen ist. Im Januar wurde das Interdisziplinäre Zentrum der Weltreligionen im Dialog gegründet. Wenn Sie daran denken, dass die EU in erster Linie Wirtschaftsprojekte, Verkehrsprojekte, Landwirtschaftsprojekte unterstützt und für dieses Interdisziplinäre Zentrum, dialogische Religionen zu entwickeln, 1,2 Millionen Euro gibt, dann ist das einmalig und zeigt, dass das der europäische Weg ist.

C

Ich möchte zum Schluss mit einem Zitat enden:

"Von daher wünsche ich mir eine weitere Öffnung hin zu den anderen Glaubensrichtungen. Ich bin für einen noch stärkeren interreligiösen Dialog. Der Religionsunterricht und die Ausbildung hier in Hamburg ist viel zu stark protestantisch geprägt. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass wir auch einen katholischen Glaubensanteil in der Stadt haben, den wir berücksichtigen müssen. Vor diesem Hintergrund macht es auch nicht viel Sinn, darüber zu diskutieren, ob in Hamburg möglicherweise auch ein getrennter konfessionell muslimisch geprägter Religionsunterricht angeboten werden soll. Aus meiner Sicht macht diese Diskussion, so wie wir in Hamburg stehen, keinen Sinn. Von daher will ich, Wolfgang Beuß, einen Religionsunterricht für alle, insbesondere auch unter dem ökumenischen Aspekt."

Das hat Wolfgang Beuß während einer Podiumsdiskussion im November 1999 schon gesagt.

Herr Beuß, ich unterstütze Ihre Richtung. Sie haben als Religionslehrer in Hamburg und Politiker in diesem Parlament den richtigen Satz gesagt. Ich hoffe, dass mit der Überweisung die fachliche Diskussion im Schulausschuss stattfindet und dass wir in Hamburg weiter auf dem Weg eines Religionsunterrichts für alle gehen, als Vorbild für alle anderen Bundesländer. – Danke.

D

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe:** Herr Beuß, Sie haben das Wort.

(*Dr. Mathias Petersen SPD:* Wolfgang, Du hättest ein bisschen klatschen können!)

**Wolfgang Beuß CDU:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In der Tat habe ich es so gesagt, wie Sie es eben zitiert haben. Ich stehe nach wie vor dazu und halte die Entwicklung des "Religionsunterrichts für alle" für richtig. Das war auch der Grund dafür, in der Fraktion sehr darauf zu drängen, diesen Antrag zu überweisen und nicht abzulehnen, obwohl ich bei den Punkten zwei und drei, Frau Goetsch, erhebliche Bauchschmerzen habe. Aber vielleicht können wir im Ausschuss entsprechend darüber reden.

Sie haben aber in Ihrem Debattenbeitrag völlig außer Acht gelassen, dass wir eine neue Diskussion um den Religionsunterricht in dieser Stadt brauchen. Dieses hängt konsequent mit dem zusammen, was wir in den nächsten Wochen im Verfassungsausschuss besprechen werden.

(*Christa Goetsch GAL:* Ja!)

Das sind die beiden Kirchenstaatsverträge. In dem Kirchenstaatsvertrag mit dem Heiligen Stuhl ist das Recht eingefordert worden – das ist verfassungsrechtlich auch

A völlig in Ordnung –, in dieser Stadt einen katholischen Religionsunterricht anzubieten. Diesem Anspruch müssen wir Rechnung tragen. Nur wir müssen überlegen, wie wir das in der Realität umsetzen.

(Doris Mandel SPD: Ja!)

Dann ist es auch probat, dass der Bürgermeister sich über einen Islamunterricht Gedanken macht, denn es gibt einen großen Anteil Bürger muslimischen Glaubens in unserer Stadt.

Letztlich haben wir durch diese Beschlussfassung über den Kirchenstaatsvertrag eine neue Chance zu mehr Flexibilität und können zu einem breiteren Angebot des Religionsunterrichts in unseren Schulen kommen.

"Religionsunterricht für alle" – wir sind in der Fraktion am Diskutieren und wir haben auch schon gesagt, wir wollen deswegen eine Expertenanhörung im Ausschuss haben – ist für mich nach wie vor der Standardreligionsunterricht für Hamburg und den sollten wir auch da, wo es möglich ist, weiterentwickeln beziehungsweise bewahren.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Zu dem katholischen Religionsunterricht habe ich eben entsprechende Ausführungen gemacht. Es ist selbstverständlich, dass wir uns überlegen müssen, wie wir ihn dort, wo er von Kindern und Eltern nachgefragt wird, etablieren, weil es einen verfassungsmäßigen Rechtsanspruch gibt. Da ergibt sich auch die Frage, die ich eben schon aufgeworfen habe, was wir an den Schulen machen, an denen Islamunterricht nachgefragt werden wird.

B Ich habe weit über zehn Jahre in St. Georg unterrichtet in Klassen, in denen 50, 60 Prozent Muslime gewesen sind. Ich habe dort nie die Frage gehört, ob wir muslimischen Religionsunterricht machen. Es ist die Frage, ob es in Hamburg überhaupt einen Bedarf dafür gibt, aber das muss man sehen.

Ich halte es allerdings für außerordentlich wichtig, dass wir in Hamburg am Unterschied zwischen informierendem und missionierendem Religionsunterricht festhalten.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Für den missionierenden Religionsunterricht haben wir beispielsweise die Kirchen und die Moscheen. Einen solchen Unterricht möchte ich nicht in der Schule haben. Deswegen müssen wir, bevor wir über einen Islamunterricht weiterdenken, bestimmte Eckpunkte ins Auge fassen. Ich halte es für sehr wichtig, dass wir ausgebildete Religionslehrer – auch im muslimischen Bereich – mit dem Ersten und Zweiten Staatsexamen oder mit dem, was man später eine Master-Ausbildung nennen wird, an die Schulen bekommen, die qualifiziert sind, um nicht nur in diesem Fach, sondern auch in anderen Fächern unterrichten zu können.

Ich bitte Sie, mir genau zuzuhören.

(Dr. Mathias Petersen SPD: Ja!)

Wir müssen von den Muslimen einfordern, dass sie uns sagen, was Gegenstand eines solchen Unterrichts in Schulen sein wird, sein muss und sein kann, auf den sich die drei großen Strömungen – die Aleviten, die Sunniten und die Schiiten – wirklich einigen. Bevor wir das nicht haben, werden wir große Schwierigkeiten haben. Wir müssen sehen – das wird eine Expertenanhörung zei-

gen –, inwieweit wir dort einen Kanon entwickeln können, der dann die Grundlage für entsprechende Bildungspläne sein wird. Aber davon abgeleitet – das ist auch sehr wichtig – muss dann die universitäre Ausbildung in einem Fach Islam-Religionswissenschaften Standard werden.

(Aydan Özoguz SPD: Weiß der Bürgermeister, was er will?)

Ich möchte dieses Religionsfach nicht eines Tages am Fachbereich Theologie sehen, sondern ich wünsche mir, dass er bei den Erziehungswissenschaften angesiedelt wird, denn ich glaube, dass es eine kluge Botschaft ist zu sagen, das wird nicht unter dem Deckmantel der evangelischen Theologie gemacht.

Wir brauchen erst einmal Informationen. Ihr Antrag war für uns die Vorlage dazu zu sagen, wir wollen dazu im Ausschuss in einen intensiven Dialog treten. Dies ist keine Frage von Parteien, sondern hat sehr viel mit Gewissen und Verantwortung zu tun, die wir für einen zukünftig zu verändernden Religionsunterricht in dieser Stadt einsetzen müssen.

(Doris Mandel SPD: Genau!)

Im Übrigen muss man sich dann da, wo nachfrageorientiert katholischer oder islamischer Religionsunterricht angeboten werden muss, darüber Gedanken machen, wie das überhaupt organisiert wird.

(Doris Mandel SPD: Ja!)

In der Grundschule wird es nur möglich sein, dieses jahrgangsübergreifend zu unterrichten. Es wird für viele Pädagogen eine schöne neue Herausforderung sein, sich dann mit noch heterogenen Lerngruppen auseinander zu setzen.

Wir überweisen Ihren Antrag mit Bauchschmerzen – insbesondere wegen der Punkte zwei und drei – an den Ausschuss. Wir werden versuchen, eine gute Mischung an Experten zu finden, damit wir uns ein Bild darüber machen können, wie diese Problematik, diese Thematik gesehen wird. Dann, Frau Goetsch, werden wir über weitere Maßnahmen beraten und befinden. Ich hätte mir auch den "Religionsunterricht für alle" weiter flächendeckend in Hamburg gewünscht. Wir haben mit der Verantwortung gegenüber den Kirchenstaatsverträgen eine neue Situation. Der müssen wir Rechnung tragen und dieser Verantwortung stellen wir uns.

(Beifall bei allen Fraktionen)

**Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe:** Jetzt hat das Wort Herr Lein.

**Gerhard Lein SPD:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion begrüßt, dass der "Religionsunterricht für alle" – wie es dann genau heißt – unter evangelischer Verantwortung zentrales Fach der Wertevermittlung für alle Schüler an Hamburger Grundschulen und den Klassen 5 und 6 ist, bevor sie sich religionsmündig in den Klassen 9 und 10 und in der Oberstufe entscheiden können, ob sie eher Philosophie, Ethik oder Religion wählen.

Es gibt kein Bundesland, in dem Religionsunterricht, der entsprechend Artikel 7 Absatz 3 des Grundgesetzes nach den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften zu erteilen ist, derart offen, toleranz- und integrationsfördernd und glaubensübergreifend unterrichtet wird wie in Ham-

A burg. Dafür möchte ich namens der SPD-Fraktion der Evangelisch-Lutherischen Kirche, aber auch der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen mit den vielen kleinen und größeren christlichen Gemeinschaften ausdrücklich Dank sagen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Dank übrigens auch für die Bereitschaft, das eigene evangelische Bekenntnis zur Grundlage dafür zu machen, einen interreligiösen Religionsunterricht anzubieten und damit genau dieses Signal auszusenden: Es geht nicht um Missionsunterricht, wie wir ihn selber vielleicht noch in den Sechzigerjahren kennen gelernt haben.

Andere religiöse Überzeugungen dieser Stadt haben das Recht, im Religionsunterricht zur Sprache zu kommen, anerkannt zu werden, auch als gleichberechtigt gesehen zu werden.

Besondere Bedeutung hat dieses – das wurde bereits erwähnt – für die sehr vielen Familien, die aufgrund der eigenen säkularen Traditionen oder agnostischer Tendenzen nicht einmal ihren Kindern die Informationen vermitteln können, die notwendig sind, um sich kulturell in einer Gesellschaft, die auch von Religionen geprägt ist, zu orientieren.

Großer Dank geht auch an die Religionsgemeinschaften der Stadt, die verschiedenen Denominationen der Muslime, die sich alle für den interreligiösen Religionsunterricht ausgesprochen haben, den Hindu, den vielen anderen rechtsfähigen Religionsgemeinschaften, die nach ihren Ansprüchen und unseren Ansprüchen ebenfalls ein Recht auf einen eigenen Religionsunterricht haben könnten. Sie reklamieren das Recht nicht, sondern sie wissen, dass sie in dem "Religionsunterricht für alle", wie er in Hamburg stattfindet, gut, vielleicht eines Tages noch besser, aufgehoben sind.

B

Eine kleine Ausnahme ist natürlich die Katholische Kirche, die jetzt aus ihren katholischen Privatschulen hinaus in die staatlichen Schulen hinein das Recht hat, Religionsunterricht anzubieten. Aber auch da haben wir in Gesprächen mitbekommen, dass man sehr vorsichtig sein wird, dieses Recht als ein Flächenrecht umzusetzen, sondern man hofft, dass natürlich auch die katholischen Akzente in einem "Religionsunterricht für alle" – übrigens wie auch in der Vergangenheit – eine Rolle spielen.

Dass die Ausbildung von Religionslehrern verbessert werden kann und muss, wer will das besser wissen, als die Religionslehrer selbst – ich gehöre ja auch zu ihnen –, die schon vor Jahren immer wieder gefordert haben, dass wir auch wissenschaftliche Angebote an den Hochschulen dafür brauchen und die sich an den Dialogprozessen im PTI beteiligt haben.

Die SPD-Fraktion hat, Sie wissen das, in einer Großen Anfrage über den Religionsunterricht Basisdaten bekommen, übrigens Basisdaten, die sehr wohl im Ausschuss noch zu hinterfragen sein werden, und das ist dann die angemessene Grundlage für eine Diskussion. Der Bürgermeister kommt nun mit seinem spontanen Vorschlag – übrigens nicht mit der Frage, ob es vielleicht gut wäre, sondern mit seiner Forderung, so habe ich es jedenfalls in den Zeitungen gelesen – für einen islamischen Unterricht in der Stadt, so spontan, dass sein Pressesprecher Mohaupt im "Hamburg Journal" nur mühsam eine Begründung im Dialog mit meiner Kollegin Özoguz dafür

finden konnte und sich in Polemik, platten Bemerkungen und Zwischenrufen flüchten musste. C

(*Wolfhard Ploog CDU*: Das haben Sie aber falsch aufgenommen! – *Michael Neumann SPD*: Waterloo ist dagegen gar nichts!)

Wer es gesehen hat, konnte nur verwundert sein. Sie haben es nicht gesehen, das merke ich.

Dass Herr Mohaupt übrigens in seinem vorigen Beruf zu den innerkirchlichen Gegnern dieses Angebots des Religionsunterrichts für alle gehörte, sollte man zumindest wissen; wir Religionslehrer wissen das.

Es ist gut, wenn die Bürgerschaft den Religionsunterricht für alle vor Aushöhlung schützen will und es wäre schädlich, wenn man dem Bürgermeistervorstoß so viel Rückenwind gegeben hätte, wie es ursprünglich mal nach Signalen aus der CDU-Fraktion meine Sorge war, dass man diesen Antrag ablehnen wolle. So war der Stand am Freitag, jetzt wird er zumindest erfreulicherweise überwiesen.

Noch eine letzte Bemerkung zum Antrag. Ich glaube, wir täten dem Religionsunterricht für alle auch nicht recht, wenn wir es so formulieren würden, wie die GAL es in ihrem Antrag tut. Es ist eben nicht Sache des Senats, so wird formuliert, den bestehenden interreligiösen Religionsunterricht beizubehalten. Das ist nach Artikel 7 Absatz 3 des Grundgesetzes Sache der Kirche. Ich glaube, dass der Senat hier Rahmenbedingungen bereitstellen darf und auch sollte und fördern und unterstützen sollte, aber das hat der Bürgermeister mit seiner Attacke auf den Hamburger Religionsunterricht ausdrücklich nicht getan. Wir als SPD-Fraktion hatten seinerzeit nach diesem Vorstoß des Bürgermeisters von Beust eine Sonder-sitzung des Schulausschusses gefordert; Herr Heinemann hat das seinerzeit nicht für richtig gehalten. Wir werden uns über diesen Vorstoß sicherlich im Schulausschuss noch einmal ordentlich Gedanken machen müssen. D

(*Olaf Ohlsen CDU*: Genau!)

Ich danke für die Aufmerksamkeit und freue mich auf die Debatte im Parlament nach dem Ausschussbericht. Das wird eine Sache, für die sich das ganze Haus interessieren muss.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

**Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe**: Frau Özoguz hat das Wort.

**Aydan Özoguz SPD**:\* Da es überwiesen wird, wirklich nur wenige Worte dazu.

Mir ist schon wichtig, Herr Beuß, hier noch einmal deutlich zu machen, dass Sie zurzeit – so entnehme ich das Ihrer Rede – ein bisschen die Leistungen der SCHURA in Hamburg unterschätzen, nämlich dahingehend, dass natürlich von vielerlei Seiten der Bedarf angemeldet werden könnte, und zwar so, dass wir das nicht gutheißen würden, nämlich nach zehn verschiedenen islamischen Unterrichten. Es wäre kein Problem, das von heute auf morgen in der Stadt zu provozieren und das ist genau das, was wir nicht wollen. Wir haben eine Organisation, die es immerhin schafft, die Leute so beieinander zu halten, dass sie sagen, wir haben jetzt ein Modell, an dem wir pädagogisch mitarbeiten, das ist schon mal gut,



A das unterstützen wir auch alle, und nun müssen wir gucken, wie es weitergehen kann.

Dass wir in Zukunft Religionslehrer brauchen, ist gar keine Frage, aber wenn man sich, das ist ja ein offenes Geheimnis, wie der Bürgermeister hinstellt, wirklich mit niemandem spricht, nicht mit einer Religionsgemeinschaft – ich habe wirklich alle gefragt, er hat sich mit niemandem vorher einmal ausgetauscht – und einfach in den luftleeren Raum sagt, wir brauchen jetzt einen Islam-Unterricht, dann ist das nicht friedensfördernd, sondern bringt die Gemeinschaft in unserer Stadt ein wenig in Gefahr und so sollte sich ein Bürgermeister nicht verhalten.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Noch eine letzte Bemerkung, vielleicht nur als Anregung, was wir dann im Ausschuss fortführen können. Wir haben, wie Sie alle wissen, heute eine andere Situation als vor 20, 30 Jahren. Als ich zur Schule ging, wurde über den Islam einiges gesagt, bei dem sich mir – ich glaube, auch anderen muslimischen Kindern – damals sehr der Magen umgedreht hat. Es hat sich so verändert, dass viele Religionslehrer dies inzwischen selbst zugeben – das finde ich und auch viele andere sehr, sehr wohlklingend – und sagen, wir haben uns damals vielleicht zu wenig Gedanken gemacht, es gab gar keine Materialien. So sind aber natürlich ganz falsche Eindrücke entstanden und der Austausch, der eigentlich stattfinden sollte, hat nicht stattgefunden, sondern es hat sich ein Gegeneinander aufgebaut.

Man sollte vielleicht überlegen, ob man jetzt, wenn man über solche Dinge spricht – sie berühren auch politische Dinge, über die wir alle täglich reden –, vielleicht sogar eine stärkere Kooperation der Fächer vornimmt, die sich damit befassen, sei es Religion, Philosophie, Ethik und was auch immer, und das alles ein bisschen näher heranzuführt. Dies nur als eine kleine Anregung von dieser Seite und ich hoffe, dass Sie im Ausschuss ernsthaft daran arbeiten werden; ich komme gerne dazu.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

**Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe:** Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor und damit kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 18/3911 in der Neufassung federführend an den Schulausschuss und mitberatend an den Wissenschaftsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig ohne Enthaltungen.

Ich rufe auf den Punkt 22 a, Drucksache 18/3924, Dringlicher Senatsantrag, Haushaltsplan 2005/2006: Finanzierung der Mehrbedarfe für Sicherheitsmaßnahmen im Rahmen der FIFA-Fußball-Weltmeisterschaft 2006.

**[Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft:  
Dringlicher Antrag  
Haushaltsplan 2005/2006  
Finanzierung der Mehrbedarfe für Sicherheitsmaßnahmen im Rahmen der FIFA-Fußball-Weltmeisterschaft 2006 – Drucksache 18/3924 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 18/3973 in der Neufassung ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktion der SPD:  
Unterrichtung der Bürgerschaft über die  
Mehrausgaben für die Innere Sicherheit im  
Zusammenhang mit der Fußball-WM  
– Drucksache 18/3973 (Neufassung) –]**

Beide Drucksachen möchte die GAL-Fraktion nachträglich an den Innenausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? Herr Warnholz, bitte.

Ich bitte dringend darum, die Gesprächsgruppen hinter den Bänken aufzulösen. Dadurch, dass Sie da hinten reden, wird es nicht besser. Haben Sie das gehört, Herr Fuchs und Herr Kleibauer und wer da noch alles steht? Bitte die Gruppen auflösen.

(Zuruf von *Wolfhard Ploog* CDU)

Die plaudern, Herr Ploog. Ich kann es bis hierher hören, ich weiß nicht, warum Sie das nicht hören.

Bitte, Herr Warnholz.

**Karl-Heinz Warnholz** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! "Die Welt zu Gast bei Freunden", für die Fußballweltmeisterschaft in Hamburg stimmt dieser Satz mit Sicherheit. Als weltoffene Stadt freuen wir uns alle, Gastgeber der Welt zu sein und wir werden alles tun, um dieses Sportereignis zu einem für die Welt unvergesslichen Erlebnis in Hamburg zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Da könnt Ihr auch klatschen.

"Die Welt zu Gast bei Freunden" bedeutet aber auch erhöhte Anforderungen an die Sicherheit für die Bürger und Besucher unserer Stadt und um diesen Anforderungen gerecht zu werden, stehen Polizei, Feuerwehr, Katastrophen- und Verfassungsschutz bereit, alles ihnen Mögliche zu einem positiven und friedlichen Verlauf der Weltmeisterschaft zu leisten. Weltoffenheit und Sicherheit sind in Hamburg kein Gegensatz. Nur eine sichere Stadt kann auch eine attraktive weltoffene Metropole sein. Dass ein Mehrbedarf an Sicherheit auch ein Mehrbedarf an Kosten verursacht, steht sicherlich außer Zweifel.

Wir erwarten zusätzlich rund 10 Millionen Tagesbesucher in Hamburg. Es wird zahlreiche zusätzliche Veranstaltungen als Rahmenprogramm zur Weltmeisterschaft geben und allein zum Fanfest auf dem Heiligengeistfeld werden zu Spitzenzeiten bis zu 50 000 Besucher erwartet. Schließlich – darüber freue ich mich auch persönlich und darauf können wir ganz besonders stolz sein – hat die Mannschaft der USA Hamburg als Weltmeisterschafts-quartier bestimmt. Für eine sichere und friedliche Fußballweltmeisterschaft werden in Hamburg Kosten von voraussichtlich 8,8 Millionen Euro entstehen, die aber aufgefangen werden können, um den Haushalt nicht zusätzlich zu belasten.

Wir in Hamburg werden alles in unserer Macht stehende tun, um maximale Sicherheit für alle Beteiligten an der Weltmeisterschaft leisten zu können. Daher ist es erforderlich, für diesen Mehrbedarf zur Fußballweltmeisterschaft auch die finanziellen Mittel durch entsprechende Umschichtungen im Haushalt bereitzustellen. Der vorliegende Senatsantrag findet die volle Unterstützung der CDU.

(Beifall bei der CDU)

C

D

A Durch die Bereitstellung der Mittel können das auf Bundesebene beschlossene nationale Sicherheitskonzept und die damit verbundenen Beschlüsse auf Bundes- und Landesebene auch in Hamburg lückenlos umgesetzt werden. Im Einzelnen werden die Mittel wie folgt eingesetzt: Rund 3,2 Millionen Euro für den Einsatz eigenen Personals inklusive Geld zur Überstundenabgeltung, rund 1,8 Millionen Euro für zusätzliche Einsatzkräfte der Polizei, Feuerwehr und Notärzte und circa 3,8 Millionen Euro für Einsatz- und Betriebsmittel sowie für investive Maßnahmen.

Hamburg ist mit den aufgezeigten Maßnahmen bestens für die Weltmeisterschaft gerüstet.

(*Wilfried Buss SPD*: Wir gewinnen ja auch immer!)

Wir wünschen uns ein friedliches Weltmeisterschaftsfest, die SPD hoffentlich auch, doch Wünsche und Worte allein reichen nicht.

(*Dr. Willfried Maier GAL*: Der Ball muss ins Tor!)

Ich bin jedoch davon überzeugt, dass die Hamburger Sicherheitsbehörden alles tun werden, um für die Bürger und Gäste ein höchstmögliches Maß an Sicherheit zu gewährleisten.

(Beifall bei der CDU)

Ich würde mich freuen, wenn auch die Opposition dieses einmal anerkennt. Bisher scheint jedoch ihre einzige Sorge zum Thema Sicherheit der Weltmeisterschaft zu sein, dass Unruhestifter und potenzielle Straftäter auch gut und komfortabel untergebracht werden. Sie schweigen zurzeit, Frau Möller,

B (*Antje Möller GAL*: Natürlich, Sie reden ja gerade!)

aber wenn ich mir Ihre Kleine Anfrage vom 23. März dieses Jahres anschau, heißt es unter anderem unter Ziffer 11, Haftbedingungen – das ist hochinteressant:

"Wie wird der Zugang zu Telefonen geregelt und wie viele Telefone werden zur Verfügung stehen?"

Oder:

"Sind Möglichkeiten vorhanden, die es Gefangenen erlauben, sich regelmäßig auch im Freien aufzuhalten?"

Oder, man höre:

"Welche Möblierung und sanitäre Einrichtung sind für die Zellen geplant?"

Meine Damen und Herren! Wir leben doch nicht in Afrika. Jeder weiß, wie in Hamburg eine Zelle aussieht, nämlich gut und komfortabel.

(*Wolfhard Ploog CDU*: Richtig!)

"Welche Gemeinschaftseinrichtungen sind geplant?"

Frau Möller, ich frage Sie: Wie darf es denn sein? Vielleicht fragen Sie auch noch, wie die Verpflegung für die Gefangenen geregelt ist, vielleicht sollen die auch noch Schonkost bekommen.

(*Dr. Willfried Maier GAL*: Denken Sie an die Vegetarier!)

– Sie haben selbstverständlich Recht, Herr Doktor. Die Vegetarier sind auch wichtig für die Grünen.

Die Menschen in dieser Stadt können sicher sein, dass die CDU andere Prioritäten beim Thema Sicherheit setzt.

Wir wollen sichere Spiele und keine Luxusunterbringung für Hooligans, Störenfriede oder Gewalttäter, denn diese haben in unserer schönen Stadt nichts zu suchen. C

Ich wiederhole: "Die Welt zu Gast bei Freunden", dafür schaffen wir mit unserer CDU und mit Senator Nagel die entsprechenden Voraussetzungen. Freuen wir uns also darauf. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe**: Herr Dr. Dressel hat das Wort.

**Dr. Andreas Dressel** SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch wir freuen uns total auf die Fußball-WM, das möchte ich für die SPD-Fraktion einmal besonders festhalten,

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

und auch auf die entsprechenden tollen Sicherheitskonzeptionen der Innenbehörde. Aber wir stimmen heute über einen doch ernsten Senatsantrag ab und da sollte man vielleicht einmal genau gucken, was eigentlich darin steht.

Wir haben uns in den letzten Tagen diese Mühe gemacht und wenn man das liest, dann denkt man, dass Hamburg als Austragungsort für die Fußball-WM erst seit wenigen Wochen feststehe, denn so ist der Detaillierungsgrad dieser Drucksache. Bei aller Übereinstimmung über die Frage, dass größtmögliche WM-Sicherheit gewährleistet werden muss, ist diese Finanzvorlage wirklich mit heißer Nadel gestrickt und an den entscheidenden Stellen reichlich nebulös. Es gibt Fragen über Fragen. Woraus ergeben sich denn nun konkret die Kosten, die hier eingestellt sind? Wieso sind es genau 2,7 Millionen für die Polizeivollzugsbeamten, wieso sind es genau 1,6 Millionen für die entsprechenden Sach- und Fachausgaben? D

(*Wolfhard Ploog CDU*: Weil's berechnet wurde!)

Vielleicht wäre es sinnvoll, das gegenüber dem Parlament auch einmal darzulegen, Herr Kollege Ploog. Das ist allerdings in dieser Drucksache nicht passiert.

(*Wolfhard Ploog CDU*: Das können Sie sich doch denken, Sie sind doch lange genug dabei!)

– Es geht hier nicht um Denken, sondern darum, dass das Budgetrecht des Parlaments ernsthaft wahrgenommen werden soll und dazu gehört, dass man diese Tatsachen auch auf den Tisch legt.

Der zweite Punkt: Was ist mit den Überstunden? Wir haben gelesen – das ist sehr zu begrüßen –, dass an der Stelle jetzt auch Überstunden vergütet werden sollen, und zwar zum einen außer der Reihe und dann im Rahmen des WM-Sicherheitspakets. Auch da stellt sich die Frage, wie viel konkret, in welcher Größenordnung oder ist das nur ein WM-Trostpflaster für die Kollegen? Das reicht an der Stelle nicht aus.

Das Thema WM-Knast ist auch so ein schönes Thema. Sie erwecken öffentlich den Eindruck, jetzt werde ein Polizeigefängnis in Hamburg installiert. Und dann werden alle möglichen öffentlichen Diskussionen darüber geführt, dass Hooligans gefälligst weggesperrt gehörten. Es besteht überhaupt kein Dissens, dass dann, wenn die Voraussetzungen vorliegen, auch Gewahrsam angeordnet werden muss, aber was wir nicht brauchen, ist ein völlig

A neues eigenes Polizeigefängnis für den Dauerbetrieb in dieser Stadt, denn die Ingewahrsamnahmen für mehrere Tage sind Ihnen beim Gericht bisher zum überwiegenden Teil um die Ohren gehauen worden. Wir brauchen für bestimmte besondere Einsatzlagen durchaus eine solche Gewahrsam- oder Gefangenensammelstelle, das ist vernünftig, aber in dieser Drucksache steht nichts Genaues, wie Sie sich das konkret vorstellen und deshalb ist Ihre Vorlage deutlich nachbesserungsbedürftig.

Wir stimmen als SPD dieser Sache zu, weil es bisher bei der Frage der WM-Sicherheit durchaus Konsens zwischen den Fraktionen gab, Herr Warnholz. Das werden Sie auch aus dem Innenausschuss zur Frage WM-Sicherheitskonzept erinnern. Aber wir möchten, dass zum 30. September eine detaillierte Abrechnung vorgelegt wird, was genau wofür ausgegeben worden ist, und wir haben zum Zweiten gesagt, es müsse im Sinne der nachträglichen Überweisung noch einmal eine ausführliche Beratung im Innenausschuss geben. Das ist die Bedingung, denn einfache Blankoschecks werden wir als SPD-Fraktion hier nicht ausstellen.

(Beifall bei der SPD)

Zwei Dinge noch: Die Überstundenthematik, eine Sache, über die wir schon intensiv im Innenausschuss geredet haben. Ich bin deshalb auch sehr zufrieden, dass die CDU-Fraktion gesagt hat, sie wolle sich mit dieser Sache noch im Innenausschuss beschäftigen und unseren Antrag zu diesem Thema morgen auch entsprechend überweisen wird; das ist ein sehr positiver Punkt. Wir müssen von dem Fakt ausgehen, dass die Millionengrenze bei normalem Verlauf im Rahmen der Fußball-WM erreicht werden wird. Deswegen muss das ein Thema sein, da sind wir auch in unserer Fürsorgepflicht gegenüber der Polizei gefordert.

B

Zweitens, Herr Warnholz – da muss ich noch mal ein klein bisschen Wasser in den Wein schütten –, zu Ihren Ausführungen zum Thema "Die Welt zu Gast bei Freunden". Das ist in der Tat das Motto der Fußball-WM, aber man muss in der öffentlichen Darstellung Hamburgs bei diesem Thema doch aufpassen, das nachher nicht rüberkommt: "Die Welt im Knast bei Freunden". Das hat die "Bild"-Zeitung bei dem Thema getitelt. Sie müssen aufpassen, dass das Sport-Event deutlich im Vordergrund steht und nicht, dass wir an alle möglichen Punkte im Bereich Sicherheit gedacht haben. Es ist gut, dass wir daran gedacht haben, aber das Sport-Event sollte im Vordergrund stehen und das sein, worauf wir als Hamburgerinnen und Hamburger stolz sind.

Die andere Sache betrifft die Sicherheitsdienstleistung und nicht mehr und nicht weniger und deshalb müssen da die Verhältnisse wieder etwas gerade gerückt werden. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe:** Das Wort hat jetzt Frau Möller.

**Antje Möller GAL:**\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Warnholz, zum Thema "Standards in Zellen" reden wir vielleicht gleich noch. Vielleicht haben Sie dann das Vergnügen, mit uns in die Debatte einzusteigen.

Der Bericht der Antifolterkommission hat ganz deutlich gemacht, dass sich trotz Ermahnung – Ermahnung viel-

leicht in Anführungszeichen – an der Unterbringung in den hamburgischen Polizeizellen nichts geändert hat und es weiterhin für Personen, die über Nacht in Haft bleiben, keine Matratze und zum Teil auch keine Decken gibt. Das ist es allemal wert, nach den Standards des neu geplanten Polizeigefängnisses zu fragen.

C

(Beifall bei der GAL – *Frank-Thorsten Schira CDU:* Was hat denn das mit der Sache zu tun?)

Aber wir sind jetzt beim Gesamthema WM und Sicherheit und mir ist das Wort Sicherheit inzwischen in der Diskussion, so wie die CDU sie führt, aber auch, wie man es in den Senatsmitteilungen nachlesen kann, quasi zu einer Phrase verkommen. Sie werfen mit diesem Wort um sich, ohne es in irgendeiner Form wirklich inhaltlich zu füllen und ohne zum Beispiel zu konkretisieren, für wen Sicherheit in dieser Stadt stattzufinden hat.

Was mich an dieser Drucksache am meisten irritiert, ist schlicht und einfach die Tatsache, wie man sich innerhalb der letzten Monate um satte 30 Prozent verschätzen kann, denn wir reden hier nicht zum ersten Mal über die Kosten, die die Sicherheit für die WM verursacht, sondern wir reden über zusätzliche 30 Prozent, nämlich knapp 3 Millionen Euro. Diese müssen auch noch ganz dringlich mit einer Drucksache nachgefordert werden, die aber nichts weiter beinhaltet, als so etwas wie einen Wunschkatalog, eine personelle und technische Aufrüstung der Polizei, die fachlichen und sachlichen Notwendigkeiten aber überhaupt nicht beschreibt. Es scheint, als fehle der Drucksache eine Seite, nämlich die, auf der beschrieben wird, aus welchen Titeln die Finanzierung erfolgen soll, welche Umschichtungen eigentlich stattfinden, wo die erwirtschafteten Personalmittel aus den Vorjahren denn eigentlich herkommen sollen. Sie haben eine ziemliche Summe genannt, die Sie tatsächlich erwirtschaftet haben wollen. Woher kommt die denn und wie passt das mit der Überstundendebatte zusammen, die wir hier geführt haben und die Sie als CDU-Fraktion durchaus erleiden mussten? Wo kommen denn die 2,9 Millionen Euro her, für die mit dem Satz "intern vorgenommene Mittelsperungen in ausreichender Höhe" Vorsorge getroffen worden sein soll? Das klingt kryptisch und nicht nach Transparenz gegenüber dem Parlament. Die nachträgliche Befassung mit dieser Drucksache wird uns dann hoffentlich weiterbringen.

D

Das Beispiel Public Viewing eignet sich vielleicht auch, um Ihnen noch einmal deutlich zu machen, was eigentlich Inhalt dieser Drucksache ist. Auch hier gibt es plötzlich 30 Prozent Mehrkosten. Begründet wird das mit Videoüberwachung, ...

(Glocke)

**Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe** (unterbrechend): Entschuldigen Sie, Frau Möller, aber es ist wieder zu laut. Ich sehe da hinten wieder Gesprächsgruppen – Herr Kausch, den anderen kann ich nicht mal erkennen, weil er mir den Rücken zudreht – und Herrn Egloff konnte ich bis hierher hören, als er sich mit Frau Dräger unterhalten hat.

(*Frank-Thorsten Schira CDU:* Mein Gott, wir sind doch nicht in der Schule, das ist doch ein Parlament hier!)

- A – Regen Sie sich doch nicht auf, das ist ein Problem hier und es würde alles einfacher sein, wenn sich alle etwas mehr disziplinieren würden.

(Beifall bei *Katja Husen GAL und Doris Mandel SPD*)

Frau Möller, bitte weiter.

**Antje Möller** (fortfahrend): Danke schön.

620 000 Euro waren bisher alleine für die Ordnungsdienste und Sicherheitsmaßnahmen auf dem Fanfest vorgesehen. Jetzt sollen 220 000 Euro dazukommen, begründet – ich habe es eben schon gesagt, ich sage es noch einmal – mit zusätzlicher Videoüberwachung oder zusätzlichen Notwendigkeiten beim Rettungsdienst. Das sind aber erstaunlicherweise alles Mindeststandards ...

(Glocke)

**Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe** (unterbrechend): Also so geht das nicht. Ich sage das nicht aus Spaß, Herr Dobritz, es ist die ganze hintere Reihe.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU – *Wolfhard Ploog CDU: Dobritz ist mir schon vorhin aufgefallen!*)

– Herr Ploog, das ist ja schön, dass Ihnen das aufgefallen ist. Sorgen Sie dafür, dass alle etwas stiller sind, dann haben wir weniger Probleme damit.

Können wir es jetzt noch einmal probieren? Frau Möller, bitte.

- B **Antje Möller** (fortfahrend): Das sind alles Mindeststandards, die das Merkblatt des Sicherheitsbeauftragten von vornherein für die Genehmigung an die Ausrichter jeglichen Public Viewings fordert. Das heißt, wir haben eine Aufstockung der Mittel um 30 Prozent, um Mindeststandards zu realisieren, so liest sich jedenfalls die Drucksache, die eigentlich schon mit der Genehmigung hätten garantiert werden müssen.

Ich bringe Ihnen vielleicht noch einmal in Erinnerung, wie die Finanzierung des Fanfestes eigentlich geplant war. Im November letzten Jahres gab es noch eine Kostenschätzung von insgesamt 3,1 Millionen. 1,6 Millionen wollte die Hamburg Marketing aufbringen, der Rest sollte von Sponsoren kommen. Von 15 Sponsoren hatten sich im November lediglich vier beteiligen wollen. Ich weiß, dass das Thema auch schon im Sportausschuss zur Sprache gekommen ist. Ich hatte es so verstanden, dass Frau Dinges-Dierig diejenige sein würde, die hier möglicherweise finanziell unterstützen würde. Jetzt scheint es mir so, als ob sich die Innenbehörde mit diesen zusätzlichen Mitteln an der Realisierung und Finanzierung des Fanfestes beteiligt. Das kann so nicht sein, das widerspricht dem, was vereinbart worden ist und das widerspricht auch dem, was die Genehmigung jeglichen Public Viewings überhaupt voraussetzt.

Aber noch einmal zu den Dimensionen der Gefährdungslage. Von Herrn Warnholz wurde eben schon beschrieben – so habe ich es jedenfalls verstanden –, dass es sich um Hooligans handele, die massenweise in der Stadt eintreffen würden und vielleicht auch massenweise in den Zellen unterkommen sollen. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir jährlich bei drei Dom-Events ungefähr 8,3 Millionen Besucherinnen und Besucher in dieser Stadt und auf dem Dom zu verzeichnen haben, dass jedes Alsterver-

gnügen ungefähr 100 000 Vergnügungssüchtige anzieht. Der Welt-Astra-Tag – auch ein schönes Beispiel, er kommt vielleicht ein bisschen der Fußballstimmung entgegen, wenn ich das mal sagen darf, ich will es mir mit den Sportlerinnen und Sportlern aber nicht verderben – zieht jedes Jahr 80 000 Menschen an. Das Harley-Davidson-Treffen zieht 50 000 Motorräder an und die entsprechende Besatzung dazu. Das heißt, für diese Massen von Tagesgästen und zusätzlichen Menschen in unserer Stadt können wir ohne Probleme mit dem, was wir haben, Sicherheit gewährleisten.

Wo ist also das Problem bei einer 50 000-köpfigen Veranstaltung, die sich Fanfest nennt? Es gibt einen Professor, der an der Universität Hannover Soziologie lehrt und offiziell den wissenschaftlichen Titel, muss man fast sagen, Fan-Forscher hat. Er sagt, dass ein Klima der Angst produziert werde, das eher die Gewalt befördere, statt die Lage zu entspannen. Der WM drohe sozusagen das Gegenteil dessen, was Sie hier beschreiben.

(*Olaf Ohlsen CDU: Wir wollen mal was Positives hören, Frau Möller!*)

Im Übrigen droht auch, dass die WM zum Gegensatz zur Europameisterschaft in Portugal wird.

(Zurufe von der CDU)

Ja, Sie überweisen das an den Ausschuss, aber nachträglich, und dann muss man vorher schon ein bisschen die inhaltliche Debatte hier ertragen, lieber Kollege.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Ich sehe, dass Sie leiden, aber ich muss Sie leider weiter leiden lassen.

(Beifall bei der GAL)

Mag sein, dass es Sie nicht interessiert, das ist okay.

Alkoholexzesse, kollabierende Menschen – alles Routine. Demonstrationen in der Innenstadt möglicherweise um die WM herum – alles Routine. Das Thema Terrorangriffe ist sicherlich keine Routine, wird aber nicht durch Taschenkontrollen verhindert, sondern durch ein besonderes Sicherheitspaket, wie wir alle wissen. Da ist weiterhin die Frage, ob eine besondere Gefährdung vorliegt oder nicht. Die Antwort auf diese Frage fehlt in dieser Drucksache. Vielleicht bekommen wir sie in der Innenausschusssitzung im Detail, da frage ich dann noch einmal nach, aber ansprechen werde ich es hier weiterhin.

Ansprechen muss ich auch noch einen weiteren Punkt. Nach Einschätzung des bundesweit aktiven "Bündnisses Aktiver Fußballfans" und diverser Fan-Betreuer, die unter anderem in dieser Stadt ihre Arbeit tun, liegen die zu erwartenden Störungen innerhalb der großen Veranstaltungen, des Public Viewings also, vor allem in rechtsradikalen oder rassistischen Angriffen auf die Gäste in dieser Stadt und hierzu hört man vom Senat noch überhaupt nichts.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

Das heißt, bisher fehlt jeder präventive Ansatz, jede Aufforderung an uns als Gastgeber und Gastgeberinnen, hier präventiv vorzugreifen, die Kampagne für uns alle als Aufgabe anzunehmen, aufmerksam zu sein und die Gäste davor zu schützen. So viel zum Thema Afrika, Herr Warnholz. Seien Sie vorsichtig mit solch voreiligen Vergleichen.

C

D

A (Beifall bei *Gerhard Lein SPD*)

Sie wissen nicht, wie die Zellen da aussehen, ich weiß, dass die Zellen, die hier kritisiert worden sind, nicht dem europäischen Standard entsprechen. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

**Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe:** Das Wort hat jetzt Herr Senator Nagel.

**Senator Udo Nagel:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bringe es gleich am Anfang auf den Punkt. Die Fußballweltmeisterschaft kann kommen. Die Hamburger Sicherheitsbehörden sind gerüstet.

(Beifall bei der CDU)

Frau Möller, wir freuen uns schon darauf, dass Hamburg sich als Austragungsort attraktiv für die Fußballweltmeisterschaft präsentieren kann.

Die Freie und Hansestadt Hamburg wird sich hierbei ihren Gästen als eine weltoffene Metropole darstellen.

(*Michael Neumann SPD: Menschliche!*)

Die Menschen sollen sich bei uns wohlfühlen. Sie sollen viel Spaß und Freude an den Spielen und an den Veranstaltungen haben. Sie sollen sich aber auch sicher fühlen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. "Die Welt zu Gast bei Freunden" ist das Motto, das Sie alle kennen. Und Freunde haben eine hohe Verantwortung für ihre Gäste. Sie sollen sich wohl- und sicher fühlen.

(Beifall bei der CDU)

B Dieser Verantwortung wollen und werden wir gerecht werden.

Unser Sicherheitspaket steht lückenlos und unsere Sicherheitsbehörden sind gut darauf vorbereitet. Sie werden in Hamburg das nationale Sicherheitskonzept und die Beschlüsse des Bundes und der Länder für eine sichere und friedliche Weltmeisterschaft sowie für unsere Bürger und die vielen tausend Gäste aus aller Welt umsetzen. Hierzu gehört auch, dass wir Gewalt in jeglicher Form nicht dulden und konsequent einschreiten werden.

(Beifall bei *Lars Dietrich CDU*)

Das Planungskonzept für die Sicherheit sieht hierfür vielfältige Maßnahmen vor. Ich darf diese an einigen Beispielen ausführen.

Erstens: Die Polizei wird personell stark sein. Sie wissen, dass eine Urlaubssperre gilt. Außerdem verstärken wir uns anlassbezogen mit Kräften aus anderen Ländern.

Zweitens: Die Feuerwehr – und ich meine hiermit die Berufs- und die Freiwillige Feuerwehr – ist ebenfalls personell stark vertreten, insbesondere mit ihren Rettungskräften am Stadion und am Heiligengeistfeld.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Drittens: Ich freue mich, dass wir in Hamburg leistungsfähige und professionelle Hilfsorganisationen haben, die ebenfalls für die Sicherheit sorgen werden. Auch unser Katastrophenschutz ist für die Zeit der Weltmeisterschaft ständig besetzt.

Weitere Sicherheitsvorkehrungen müssen wir für die Mannschaft der USA treffen. Sie bezieht ihr Quartier in

Hamburg und wir hoffen, dass sie im Turnier weit vorankommt und lange Zeit unser Gast sein wird. Ich möchte ganz deutlich zum Ausdruck bringen, dass ich mich freue, dass die amerikanische Nationalelf unter vielen deutschen Städten Hamburg als Quartier gewählt hat.

(Beifall bei der CDU und bei *Gesine Dräger SPD*)

Dass die Mannschaft Hamburg als Quartier gewählt hat, ist der Beweis dafür, dass sie Vertrauen in unsere Sicherheitsmaßnahmen hat und dass sie sich bei uns auch wohlfühlt.

Der hohe Sicherheitsstandard, den wir bieten, hat natürlich auch seinen Preis. Und jetzt kommen wir auf die eigentliche Drucksache. Insgesamt wenden wir 8,8 Millionen Euro zusätzlich auf. Hierfür nenne ich an dieser Stelle einige Beispiele.

2,2 Millionen Euro wenden wir für Überstunden auf, die hauptsächlich bei der Polizei, aber auch bei der Feuerwehr, in einem erheblichen Umfang anfallen werden. Für die Aufwandsentschädigungen und Dienstauffälle der Freiwilligen Feuerwehr und Hilfsorganisationen werden rund 700 000 Euro bereitgestellt.

Wir sind auf die Mitarbeit freiwilliger Helfer und Helferinnen angewiesen. Allein am Tag des Eröffnungsspiels, an den Hamburger Spieltagen und am Finaltag, werden wir circa 960, also knapp tausend, freiwillige Helfer hier in Hamburg einsetzen.

Für auswärtige Polizeikräfte erstattet Hamburg voraussichtlich rund 600 000 Euro an andere Bundesländer. Der Einsatz zusätzlicher Notärzte kostet rund 300 000 Euro.

Das Fanfest auf dem Heiligengeistfeld sehe ich ebenfalls als Schwerpunkt für die Sicherheitsaufgaben. Hier stellen wir 200 000 Euro bereit. Die Polizei und die Feuerwehr werden präsent sein und im Vergleich zum Stadion wird es dort keine Sicherheit Zweiter Klasse geben.

Die übrigen 3,9 Millionen Euro werden für Einsatz und Betriebsmittel sowie für investive Maßnahmen benötigt. So werden unter anderem 300 000 Euro dafür benötigt, dass wir in der Streseemannstraße vorübergehend in Gewahrsam genommene Personen an einer zentralen Stelle unterbringen können. Wir müssen dann nicht mit sehr hohem Aufwand auf die Polizeikommissariate zurückgreifen und dort die Festgenommenen verteilen. Für die Polizeikommissariate ist es wichtig, dass sie auch während der WM handlungsfähig bleiben und ihr Alltagsbetrieb reibungslos läuft.

Der zentrale Polizeigewahrsam in der Streseemannstraße ist im Übrigen keine einmalige Investition nur für die Weltmeisterschaft, sondern er wird der Hamburger Polizei auch bei künftigen Großereignissen zur Verfügung stehen. Die Kosten werden ohne zusätzliche Belastungen im Haushalt der Stadt durch Umschichtungen aufgefangen. Die Kosten werden dadurch gedeckt – um das auch noch ganz kurz auszuführen –, dass erstens rund 3,2 Millionen Euro aus übertragenen Personalmittelreserven und -resten, die in den Vorjahren bereits erwirtschaftet wurden, übernommen werden und zweitens die Finanzierung für die Überstunden der Polizei und Feuerwehr sowie für die Polizeikräfte aus anderen Bundesländern aus zentralen Mitteln vorgenommen wird. Das sind rund 2,8 Millionen Euro.

Für den danach noch offenen Finanzbedarf von rund 2,9 Millionen Euro soll die Behörde für Inneres einen

A neuen Haushaltsansatz im Haushaltsplan 2006 erhalten. Diese Bereitstellung von Mitteln gleicht sie durch Umschichtungen in ihrem eigenen Haushalt aus.

Sie sehen hieran, dass Hamburg seine Gastgeberrolle anlässlich der Fußballweltmeisterschaft sehr ernst nimmt. Ein großer Vorteil hierbei ist, dass unsere Feuerwehr, die Polizei und die Rettungsdienste viele Erfahrungen mit Großveranstaltungen in unserer Stadt haben. Die Hamburger Sicherheitsbehörden werden alles tun, um ein Höchstmaß an Sicherheit zu bieten. Wir werden uns unseren Gästen gegenüber als sichere und attraktive Metropole präsentieren.

Die WM soll ein friedliches und fröhliches Großereignis werden, das allen Beteiligten und Gästen immer in positiver Erinnerung bleibt. "Die Welt zu Gast bei Freunden" heißt das Motto und ich sage, die Freunde der Welt können zu uns nach Hamburg kommen.

Mir bleibt am Schluss eigentlich nur, mich sowohl bei SPD als auch bei der GAL zu bedanken, dass Sie dem Dringlichen Senatsantrag auch gefolgt sind. Das ist mir ganz wichtig. Wir haben auch zugesagt, dass wir im September im Innenausschuss dieses Thema dann noch einmal aufarbeiten und die Karten auf den Tisch legen werden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Duden:** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen dann zur Abstimmung.

B Zunächst zum SPD-Antrag aus der Drucksache 18/3973 in der Neufassung. Wer möchte diesen annehmen, den bitte ich um das Handzeichen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit angenommen.

Wer stimmt einer nachträglichen Überweisung dieser Drucksache an den Innenausschuss zu, den bitte ich um das Handzeichen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Dann kommen wir zum Dringlichen Senatsantrag aus der Drucksache 18/3924. Wer möchte diesem zustimmen, den bitte ich um das Handzeichen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu? –

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht. Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen, den bitte ich um das Handzeichen? – Gegenprobe? – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit in zweiter Lesung und damit endgültig beschlossen.

Wer stimmt einer nachträglichen Überweisung der Drucksache 18/3924 an den Innenausschuss zu, den bitte ich um das Handzeichen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch diese Überweisung ist mehrheitlich genehmigt worden.

Wir kommen zum Punkt 83 der heutigen Tagesordnung, Drucksache 18/3914, Antrag der SPD-Fraktion: Nach der beschämenden Rüge des Europarats für Hamburg: Abschiebehafte Vollzug in der Untersuchungshaft beenden

– Keine rechtsfreien Räume bei der Abschiebehafte in Hamburg. C

**[Antrag der Fraktion der SPD:  
Nach der beschämenden Rüge des Europarats für Hamburg:  
Abschiebehafte Vollzug in der Untersuchungshaft beenden – Keine rechtsfreien Räume bei der Abschiebehafte in Hamburg – Drucksache 18/3914 –]**

Wer wünscht das Wort? – Herr Dr. Dressel und Sie bekommen es auch.

**Dr. Andreas Dressel** SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ungewollt wird nun dieser vorliegende Antrag zum ersten Testfall für den neuen Justizsenator. Die Frage an dieser Stelle an Sie, Herr Lüdemann, ist: Setzen Sie die zweifelhafte Haftpolitik Ihres Vorgängers fort oder erweisen Sie sich als lernfähig? Insofern ist das auch der erste Testfall heute für Sie, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Sind Sie in der Lage, hier aus einem für Hamburg wirklich besorgniserregenden Bericht des Europarats, genauer gesagt – und das muss man sich immer wieder auf der Zunge zergehen lassen – des Antifolterkomitees, Konsequenzen zu ziehen?

Die Rüge des Europarats ist für Hamburg beschämend und nichts anderes.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Es ist beschämend, wenn der Europarat die Bedingungen der Abschiebehafte in der Untersuchungshaftanstalt als völlig inakzeptabel einstuft. Es ist beschämend, wenn der Europarat in diesem Bereich eine systematische Post-Zensur rügt. Es ist auch beschämend, wenn der Europarat Einschränkungen bei Besuchen und Freigängen als unverträglich darstellt. D

Wohlgemerkt, wir sind hier nicht in Moldawien oder in irgendeinem Land, das jetzt überhaupt erst einmal lernen muss, rechtsstaatliche Standards einzuführen und man berücksichtigen kann, dass dort ein gewisser Nachholbedarf besteht, sondern wir sind in Hamburg. Das ist peinlich für Hamburg, dass wir an dieser Stelle eine Nachhilfestunde erhalten müssen.

Peinlich ist auch, dass sich die CDU-Fraktion an dieser Stelle mit diesen Vorwürfen nicht weiter beschäftigen möchte. Sie haben wirklich mit nicht besonders nachvollziehbaren Gründen versucht, die Rechtsausschusssitzung platzen zu lassen, ohne sich mit solchen Vorwürfen auseinander zu setzen. Das können Sie hier gleich noch einmal erläutern. Sie wollen das unter den Teppich kehren, aber das wird Ihnen nicht gelingen, weil Sie sich hierfür an dieser Stelle rechtfertigen müssen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Es kann uns als Parlament, wenn wir unsere Kontrollaufgabe hier ernst nehmen wollen, nicht darum gehen, dass wir uns irgendwann einmal mit den Missständen beschäftigen oder dann in einem Jahr uns berichten lassen, ob der Senat vielleicht gedenkt, sich mit diesen Missständen einmal beschäftigen zu wollen. Nein, es muss hier darum gehen, frühzeitiger Konsequenzen einzufordern und frühzeitig dafür zu sorgen, dass diese Missstände abgestellt werden. Und hier ist auch die Frage an Herrn Lüdemann

A gerichtet, denn zu einem maßgeblichen Teil tragen Sie auch eine Mitverantwortung, weil Sie zu der Zeit Staatsrat in der Justizbehörde waren.

Seit Dezember 2003 gab es die Überlegung, dass die Abschiebehäftlinge aus der Untersuchungshaftanstalt nach Fuhlsbüttel verlegt werden sollen. Das war die Ansage. Bis heute ist nichts passiert. Jetzt, wo die Vorwürfe laut werden, erklären Sie sich bereit, im April oder Mai die Angelegenheit in Angriff zu nehmen. Wir glauben Ihnen erst, dass Sie diese Sache wirklich ernst nehmen, wenn der letzte Abschiebehäftling aus der Untersuchungshaftanstalt nach Fuhlsbüttel in zumutbare Bedingungen verlegt wird. Aus diesem Grunde haben wir dieses hier nochmals eingefordert.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Es ist wirklich ein kapitaales Organisationsversagen der Behörde, dass sie es vom Herbst 2003 bis heute nicht hinbekommen hat, diesen Zustand im Bereich der Untersuchungshaftanstalt zu beenden und nach Fuhlsbüttel zu verlegen. Hierfür tragen auch Sie, Herr Lüdemann, die Verantwortung und aus dieser kommen Sie nicht raus.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL –  
*Ingo Egloff SPD*: Ja, Herr Lüdemann, erklären Sie uns das mal!)

Das müssen Sie unverzüglich beenden. Insofern werden wir gespannt lauschen, ob Sie hierzu zu dem weiteren Verlauf noch etwas sagen werden.

B Die nächste Frage betrifft die rechtliche Seite. Hier hat der Senat in einer Großen Anfrage der GAL-Fraktion im letzten Jahr selbst eingeräumt, dass es in Hamburg für die Durchführung der Abschiebehäftlinge kein Landesgesetz und keine Erlasse gibt, sozusagen nichts, was den Vollzug von Abschiebehäftlingen in Hamburg mehr regelt. Das ist im Grunde genommen nach der Rüge, die wir jetzt aus Straßburg erhalten haben, kein Zustand mehr. Man muss jetzt nicht unbedingt zwingend sagen, dass das ein rechtsfreier Raum ist, denn es gilt das Strafvollzugsgesetz. Das will ich überhaupt nicht bestreiten, aber die Frage, wie der Vollzug konkret ausgestaltet ist, ist offen.

Wir haben es hier nicht mit Strafhäftlingen zu tun. Das wissen Sie ganz genau, Frau Spethmann. Abschiebehäftlinge sind anders zu behandeln als Strafhäftlinge. Hier kann es nur darum gehen, sicherzustellen, dass die Abschiebung durchgeführt werden kann und andere Zwecke sind in der Abschiebehäftlinge nicht zulässig. Sie dürfen nur solche Einschränkungen verhängen, die wirklich der Zweck der Abschiebehäftlinge erfordert. Hiervon haben Sie sich entfernt.

(*Viviane Spethmann CDU*: Nein!)

Daher ist unsere Forderung ganz klar. Wir brauchen Richtlinien und Regeln, die dieses für Hamburg mehr ausgestalten. Hier sollten wir uns ein Beispiel an Schleswig-Holstein nehmen. Sie haben eine eigene Richtlinie, die die Regelung der Abschiebehäftlinge näher ausgestaltet. Es gibt auch einige Bundesländer, beispielsweise Berlin und Brandenburg, die hier eigene gesetzliche Regelungen haben. Hier muss also nachgebessert werden, damit erst gar nicht der Eindruck entsteht, dass Abschiebehäftlinge hier in irgendeiner Form in rechtsfreien Räumen vollzogen wird.

Eines will ich für die SPD-Fraktion nochmals klar zum Ausdruck bringen und mir ist sehr wohl bewusst, dass

man hier nicht sehr viel Applaus bei der GAL-Fraktion erhält: Abschiebehäftlinge muss sein, wenn es darum geht, tatsächlich auch die Abschiebung zu vollziehen.

(Beifall bei *Farid Müller GAL*)

Das heißt, es muss ein Ultima Ratio Instrument an der Stelle sein, aber bitte – das ist unser Punkt – streng nach Recht und Gesetz und auf den Zweck begrenzt, der wirklich mit der Abschiebehäftlinge verknüpft ist. Hierauf kommt es uns in unserer Initiative an und das sind eigentlich Forderungen, die bei vernünftigem Hinsehen die CDU-Fraktion mittragen müsste und könnte, wenn sie es ernst meint und aus dem Kusch-Desaster, jedenfalls im Strafvollzug, auch etwas gelernt hat. Insofern sind Sie jetzt am Zug, zu zeigen, ob die Entlassung von Herrn Kusch tatsächlich auch in der Vollzugspolitik für diese Stadt und für den Strafvollzug etwas bewegt. Insofern sind wir sehr gespannt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Duden**: Das Wort bekommt Frau Spethmann.

(*Werner Dobritz SPD*: Alles gut!)

**Viviane Spethmann CDU**: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In einer Sache werde ich Sie aber schon sehr enttäuschen, Herr Dr. Dressel. Inhaltlich wird es im Strafvollzug so weitergehen wie bisher, denn die Politik war inhaltlich richtig. Seien Sie nicht in irgendeiner Hoffnung, dass sich hier irgendetwas ändern wird. Die CDU-Fraktion trägt inhaltlich die Vollzugspolitik, damit Sie sich nicht falsche Illusionen und Hoffnungen machen. Seien Sie gewiss, es geht so weiter.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Ist das gut, dass wir das hier klarstellen. Also, Kusch-light!)

Aber das, was Sie hier zum Thema Abschiebehäftlinge gebracht haben, Herr Dr. Dressel, war eine reine Luftnummer, denn die Abschiebehäftlinge wird in Hamburg nach Recht und Gesetz durchgeführt.

Es gibt hier eine Rüge oder irgendetwas von diesem Folterkomitee, nur Sie haben bis heute nicht den Beweis erbracht, was das Folterkomitee genau bemängeln sollte.

(*Gesine Dräger SPD*: Antifolterkomitee! – *Michael Neumann SPD*: Das Folterkomitee gab's in Bagdad!)

Es liegt uns kein Bericht vor, sondern nur Presseberichte. Dort steht etwas drin, aber wir kennen die Herkunft nicht. Es gibt eine Homepage, auf die Sie verweisen. Diese Homepage sagt lediglich aus, dass in Hamburg die Haftanstalten besucht worden sind, aber nicht mehr. Das ist natürlich keine Beratungsgrundlage. Ich bin der Meinung, das geht zulasten des Strafvollzuges und zulasten der Mitarbeiter. So scheint dem Abendblatt ein Bericht vorzuliegen, dessen Inhalt uns nicht bekannt ist.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Kloß, hat seinen Ausschuss eingeladen und angekündigt, dass er dieses Papier aushändigen würde. Einige Tage später ruft er kleinlaut bei mir an und teilt mit, dass er flüchtig darauf geschaut hat, aber es täte ihm Leid, er könne dieses leider nicht weitergeben. Und darüber sollten wir im Ausschuss beraten, ja worüber denn? Über zehn Zeilen des Abendblattes, mehr nicht. Alle anderen Zeitungen haben

A daraus zitiert. Aus rein formalen Gründen waren wir also nicht in der Lage, hierüber inhaltlich zu beraten.

Das soll aber nicht heißen, dass wir uns nicht ernsthaft mit dieser Angelegenheit beschäftigen, wenn der Ausschuss dieses Papier irgendwann im Sommer vorgelegt bekommt und dieses Folterkomitee seine Beratungen ordnungsgemäß abgeschlossen hat. Wir sind genau wie Sie daran interessiert, dass diese Abschiebehaft nach Recht und Gesetz durchgeführt wird und den normalen Vorschriften entspricht. Wir wollen hier nichts vertuschen. Uns geht es nur darum, dass wir Luftnummern, die in der Zeitung stehen, nicht beraten wollen.

(*Michael Neumann SPD*: Sie haben heute doch auch die ganze Zeit über Böwer geredet. Stand auch in der Zeitung!)

So verfahren Sie im Bundestag doch genauso, Herr Neumann. Irgendwelche New York Times-Berichte sind auch keine ausreichende Grundlage für die SPD-Bundestagsfraktion, Untersuchungsausschüsse einzusetzen.

(*Michael Neumann SPD*: Wollten wir auch nicht!)

Genau nach diesem Maßstab handeln wir auch. Wir schauen uns im Sommer die ganzen Berichte an, werten sie aus und dann werden wir weitersehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Duden**: Das Wort bekommt Frau Möller.

B **Antje Möller GAL**:\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Spethmann, ich habe schon im Rechtsausschuss Ihre Argumentation nicht verstanden. Es ist auch sehr nett, wenn Sie sagen, dass ich das nicht brauche. Aber wissen Sie, ich möchte das gern verstehen.

Es ist ein Phänomen, was wir hier gerade erleben. Zugegeben, ich bin zwar nur Gast im Rechtsausschuss und arbeite im Innenausschuss, der auch gewöhnungsbedürftig ist, aber die Tatsache ist, dass wir einen Senatsvertreter haben – seinerzeit noch Staatsrat –, der dort mit Vertretern aus der Innenbehörde sitzt, wie wir es im Innenausschuss verabredet haben, und erklärt, dass er selbstverständlich reden und etwas zu den Vorwürfen sagen kann, die in der Presse standen.

Selbstverständlich hat der Staatsrat auch ganz deutlich zum Ausdruck gebracht, dass er über vertrauliche Dinge nicht sprechen kann, weil es sich um einen vertraulichen Bericht handelt, der möglicherweise vom Bundesjustizministerium freigegeben werden wird und dann öffentlich ist.

Hier bin ich mit ihm völlig einig, aber wir hätten uns des Themas annehmen können. Das haben Sie aber mit der gleichen absurden Argumentation wie hier verweigert. Das ist mehr als peinlich und stellt einfach das Ignorieren eines Zustandes dar, der dringend aufklärungsbedürftig ist. Hierfür ist nun einmal das Parlament da oder nicht?

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Und dann die Zeitungsgeschichte. Wenn ich mich richtig an den Beginn unserer heutigen Sitzung erinnere, hat selbst der Bürgermeister lang und breit aus der "Bild"-Zeitung zitiert. Es ist also einfach ein lächerliches Argument. Sie haben ein Problem, mit dem Thema umzugehen, und Sie wissen, dass die Situation in den Zellen, die

C hier in Hamburg für Abschiebehäftlinge vorgehalten werden, eben nicht dem Standard entsprechen, den sie eigentlich haben sollten. Nicht umsonst ist die Behörde dabei, die Unterbringung anders zu organisieren. Es dauert nur viel zu lange.

Jetzt möchte ich noch etwas zu den Ausführungen von Herrn Dr. Dressel sagen. Die Zeiten, in denen die GAL grundsätzlich gegen Abschiebehaft war, waren weit vor der rotgrünen Koalition zu Ende. Sie behaupten immer, dass alles vor Ihrer Zeit war. Hierzu muss ich mal bemerken, dass dieser schöne Begriff "Abschiebehaft als Ultima Ratio" aus dem damaligen Koalitionsvertrag stammt. Dort können Sie das nachlesen. Ich glaube, ich habe noch ein Exemplar.

(Beifall bei *Farid Müller und Katja Husen, beide GAL*)

Das Thema ist nicht: Darf es Abschiebehaft geben oder nicht? Das Thema ist: Wie ist der hamburgische Standard in den Zellen und für die Personen, die in Abschiebehaft sitzen? Und hierzu sagt der Bericht sehr kritische Dinge.

Es ist auch nicht irgendeine Folterkommission,

(*Viviane Spethmann CDU*: Haben Sie den Bericht?)

sondern es ist die seit 1987 vom Europäischen Rat eingerichtete Antifolterkommission, einvernehmlich mit allen damaligen Mitgliedsstaaten und immerhin noch einvernehmlich bis heute.

(Glocke)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Duden** (unterbrechend): D Frau Möller, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Antje Möller** (fortfahrend): Ja.

**Zwischenfrage von Viviane Spethmann CDU**: Frau Möller, Sie scheinen das Papier zu haben. Uns liegt das nicht vor. Es wäre schön gewesen, wenn Sie uns das Papier im Parlament vorgestellt hätten.

(*Ingo Egloff SPD*: Wie den Gedaschko-Bericht, den hätten wir auch gern!)

**Antje Möller** (fortfahrend): Ich habe ernsthaft die Frage nicht verstanden.

**Viviane Spethmann** (fortfahrend): Sie haben das Papier vorliegen. Warum haben Sie uns das nicht vorgelegt?

**Antje Möller** (fortfahrend): Ich habe das Papier nicht vorliegen. Es handelt sich um einen vertraulichen Bericht, dessen Zitate, die in den Medien zu finden waren, durch den Senator beziehungsweise den Senatsvertreter, aber auch von der Pressestelle bestätigt wurden. Hätte der Senat vehement erklärt, dass das alles nicht zutrifft, hätte sich das Thema erledigt. Warum reiten Sie aber auf der Vorlage eines Berichtes herum, wenn wir doch einen auskunftsbereiten Senatsvertreter haben? Das verstehe ich immer noch nicht. Sie wollen einfach an das Thema nicht heran.

Ich kann von daher nur hoffen, dass Sie wenigstens dem folgen, was Herr Dr. Dressel soeben inhaltlich vorgetragen hat. Das wiederhole ich nicht alles noch einmal. Der Antrag wird von uns unterstützt und wir sind gespannt,



A wie zukünftig die Abschiebehaft in Hamburg organisiert werden soll. Es gibt beispielsweise ein Modell in Federführung mit der Innenbehörde. Hierüber hätte ich gern noch einmal im Innenausschuss diskutiert. Das lehnten die Kolleginnen und Kollegen der CDU ab. Ich hoffe aber, dass es irgendwann noch einmal ein Thema wird, und zwar nicht nur dann, wenn eventuell mal dieser Bericht veröffentlicht werden wird, sondern hier und jetzt.  
– Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Senator Lüdemann. Vielleicht wäre es hilfreich, wenn die ihn tragende Fraktion die Diskussionszirkel hinten auflösen und der ersten Rede lauschen würde. – Herr Senator Lüdemann, Sie bekommen das Wort.

(*Werner Dobritz SPD:* Herr Lüdemann, haben Sie die Protokolle gelesen oder nicht?)

**Senator Carsten-Ludwig Lüdemann:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich einmal kurz das Verfahren erläutern, wie es zu einem solchen Bericht, der aber kein Bericht ist, sondern Auszüge aus einem Protokoll sind, kommt.

Das Verfahren von CPT ist auch kein Folterkomitee, sondern das Europäische Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher Behandlung oder Strafe.

(Beifall bei *Antje Möller GAL:* Danke – endlich!)

B Das Komitee besucht teilweise angemeldet – also vorbereitet –, aber darüber hinaus auch unangemeldet mehrere Anstalten. Unmittelbar nach Abschluss aller Besuche von Anstalten gibt es die so genannten "final talks". Das heißt, die Vorsitzende des Komitees berichtet mündlich im Bundesjustizministerium über die Besuche und teilt eine erste Einschätzung mit. Sie sitzt also dort, berichtet mündlich und die Mitarbeiter des BMJ machen von dem, was sie dort sagt, Protokollmitschriften. Darüber hinaus fertigt das BMJ dann intern für sich selbst eine nicht amtliche Übersetzung an. Auszüge aus diesen beiden Mitschriften werden dann der jeweilig beteiligten Landesjustizverwaltung zugestellt. Wie gesagt, das sind nur kleine Auszüge aus nicht amtlichen Mitschriften von Protokollen.

Frau Möller hat nun schon mehrfach darauf hingewiesen und ich möchte auch noch einmal auf den Paragraphen 11 Nummer 1 hinweisen, den die Mitgliedstaaten des Europarates zu diesem Punkt vereinbart haben. Dort heißt es, ich zitiere:

"Die Informationen, die der Ausschuss bei einem Besuch erhält, sein Bericht und seine Konsultationen mit der betreffenden Vertragspartei sind vertraulich."

Das ist in diesem Fall das Bundesjustizministerium. Es handelt sich hier nicht um den Bericht, sondern um ein Protokoll der Konsultation mit der Vertragspartei, also das, was die Vorsitzende im BMJ berichtet. Hierüber wird ein Protokoll, eine kleine Mitschrift, gefertigt und wie ich soeben schon erwähnte, sind sich die Vertragsparteien darüber einig, dass dieser Teil absolut vertraulich sein soll.

Diese vertraulichen Protokolle oder Auszüge davon sind dann irgendwie in der Presse aufgetaucht und bei anderen nicht Berechtigten gelandet.

(*Dr. Mathias Petersen SPD:* Böwer! – Heiterkeit bei der CDU)

– Das weiß ich nicht, kann man aber mal überprüfen.

In diesem Fall richtet sich Ihre Reaktion überhaupt nicht auf den Skandal, dass vertrauliche Protokolle außerhalb der berechtigten Personen auftauchen und diese weitergegeben, gelesen und veröffentlicht worden sind. Wo ist hier Ihr Aufschrei geblieben?

(Beifall bei der CDU)

Es sollte eine Sondersitzung zu diesem Thema geben. Der Vorsitzende des Rechtsausschusses hat mit Frau Spethmann telefoniert. Im Verlauf des Telefonats hat Frau Spethmann ihr Einverständnis zu dieser Sitzung erklärt, wenn der Vorsitzende die Protokolle beibringen kann und gelesen hat. Zu diesem Zeitpunkt soll der Ausschussvorsitzende noch gesagt haben, dass er das Protokoll vorliegen hat und man darüber reden kann. Zwei Tage später hat er erklärt, dass er das Protokoll nicht vorliegen hat, aber er hatte es in den Händen und zumindest auch gelesen. Das alles haben wir letzte Woche in der Sondersitzung erfahren, in welcher es einen langen Streit gab. Was haben wir hier eigentlich für einen Zustand?

Der Ausschussvorsitzende gibt selbst zu, dass er auf irgendeiner Weise – jedenfalls nicht berechtigt – ein vertrauliches Protokoll erhalten hat. Wie ist seine Reaktion gewesen? Nicht, was Sie anmahnen und fordern, dass man unberechtigt zugestelltes vertrauliches Protokoll sofort zurückschicken und löschen muss.

(*Frank-Thorsten Schira CDU:* Oh, oh! – *Olaf Ohlsen CDU:* Was ist denn das, das gibt's doch nicht! – *Bernd Reinert CDU:* Zurückschicken! – *Doris Mandel SPD:* Da stand nicht vertraulich drauf!)

– Es stand nicht vertraulich darauf. Gut, Frau Mandel, das nehmen wir zu Protokoll. Es stand nicht vertraulich darauf, aber das ist das, was Sie als Maßstab ansetzen. Das haben Sie bislang aber nicht erklärt.

Der Ausschussvorsitzende hat das Protokoll aber anscheinend nicht gleich gelöscht und auch nicht zurückgegeben, sondern hat es anscheinend auch noch gelesen. Ich möchte dem Ausschussvorsitzenden zugute halten – er kann das gleich richtig stellen –, dass er eventuell das Protokoll gar nicht erhalten und gelesen hat. Er hat ein wenig geblufft und einfach erklärt, dass er die Pressemitteilung gelesen hat und einfach behauptet, dass er genau weiß, was im Protokoll drinsteht. Tatsache ist wohl, dass er vom Inhalt nichts wusste, sondern nur reingeschaut hat.

(*Dr. Till Steffen GAL:* Können Sie mal was zum Thema sagen!)

– Ruhig, ruhig, nicht scharren, Herr Dr. Steffen, ich komme gleich zum Thema.

(Zurufe von der SPD und der GAL)

– Das ärgert Sie natürlich, weil wir hier über vertrauliche Protokolle reden.

Am 15. März haben Sie Ihren Antrag geschrieben, ein Antrag von Herrn Dr. Dressel, Rolf-Dieter Klooß, Gesine Dräger, Dr. Martin Schäfer, Doris Mandel, Wolfgang Marx, Günter Frank, Aydan Özoguz. In der Vorbemer-

A kung wird dann auch wieder ganz munter aus diesen vertraulichen Protokollen zitiert.

Es gibt – wie bereits ausgeführt – vertrauliche Protokolle, aber keinen Bericht. Darin werden unter anderem die Bedingungen, unter denen Ausländer in der Untersuchungshaftanstalt in Hamburg untergebracht sind, als – so wörtlich – "völlig inakzeptabel" eingeschätzt. Das stimmt und haben wir in der Anfrage auch zugestanden. Das ist gar kein Problem.

(*Gesine Dräger SPD*: Das heißt, Sie geben uns vertrauliche Protokolle in Sitzungen?)

Auch die Unterbringung in der JVA Fuhlsbüttel könne nicht zufrieden stellen.

(Glocke)

– Danke, Herr Dr. Dressel, Sie können sich gleich noch einmal melden.

Daraus schließe ich doch wohl, dass diese Abgeordneten auch die Protokolle gelesen haben, die sie nicht hätten lesen dürfen. So viel zu Ihren Maßstäben. Das war der Antrag vom 15. März.

Am 16. März haben wir dann in der Sondersitzung Rechtsausschuss darüber gesprochen. Ich habe in der Tat erklärt, dass wir im Ausschuss gern über die Situation der Abschiebehaft sprechen können, habe aber um Verständnis dafür gebeten, dass ich nicht über dieses vertrauliche Protokoll sprechen und den Inhalt bekannt geben kann.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Haben Sie das in meiner Anfrage beantwortet oder nicht?)

B – Herr Dr. Dressel, wenn das eine Zwischenfrage sein soll, dann kann ich diese jetzt nicht beantworten, weil Sie nicht am Mikrophon stehen und nicht das Wort der Präsidentin haben.

(Zurufe von der SPD und der GAL – Lachen bei der GAL)

Ich beziehe mich auf die Senatsantwort. In der Senatsantwort ist lediglich gesagt worden, dass die Vorsitzende geäußert hat, "es sei inakzeptabel". Aber was sie genau gesagt hat, ist dort bewusst nicht aufgeführt worden. Aber Sie haben mal wieder bestimmte Sachen zitiert, was im Protokoll angeblich drinstehen soll, was bislang keiner gesagt hat und in keiner Senatsantwort enthalten ist.

Sie haben immer gesagt, das steht in dem Protokoll.

(*Michael Neumann SPD*: Keine Zwiesgespräche hier, Herr Lüdemann!)

Erwischt kann ich da nur sagen.

(Beifall bei der CDU)

Wo sind Ihre Maßstäbe, die Sie halten?

(Beifall bei der CDU)

Obwohl ich die ganze Problematik in der Ausschusssitzung festgestellt und gesagt habe, dass das ein vertrauliches Protokoll ist und wir über ein vertrauliches Protokoll hier nicht reden können, akzeptieren Sie es nicht, Herr Dr. Dressel. Sie haben danach eine Anfrage gestellt und gefragt, ob in dem Protokoll das und das drinsteht. Das ist die gleiche Situation, als würde ich zu einem vertraulichen PUA-Protokoll in der nicht öffentlichen Sitzung

fragen: Haben Sie den Zeugen das und das gefragt. Das ist eine Ausforschung. Akzeptieren Sie es, dass es bislang vertraulich ist.

(Beifall bei der CDU – *Gesine Dräger SPD*: Aber Sie haben geantwortet!)

Herr Dr. Dressel, Sie interessieren sich für die tatsächliche Situation der Abschiebehaft überhaupt nicht.

(*Wolfgang Ploog CDU*: So ist es!)

Frau Möller glaube ich es sofort. Die Situation der Abschiebehaft ist seit Jahren ihr Thema. Wir haben vielleicht andere Meinungen, aber das ist ihr Thema, sie interessiert sich dafür, sie kämpft darum, sie guckt sich das an.

Herr Dr. Dressel, Fachsprecher in allen Bereichen,

(*Olaf Ohlsen CDU*: Populistisch!)

ob gewollt oder nicht, Sie interessieren sich nicht dafür. Wenn es Sie wirklich interessiert hätte, Herr Dr. Dressel, dann wären Sie losgegangen und hätten gesagt, ich gucke mir das sofort an, das ist katastrophal. Als Staatsrat – und bis heute war ich noch Staatsrat – muss ich Ihren Besuch genehmigen,

(*Michael Neumann SPD*: Sie genehmigen gar nichts! – *Wolfgang Ploog CDU*: Sehr interessant! Eiskalt erwischt!)

und Sie haben bis heute nicht beantragt, sich einzig und allein die Situation vor Ort einmal anzugucken. Es interessiert Sie nicht.

(Beifall bei der CDU)

Herr Dr. Dressel, das ist mittlerweile schon bekannt – und Sie sind ja auch ein Running Gag bei der Presse –, Sie sind nämlich Fachsprecher in allen Bereichen, aber nicht, wenn es darum geht, Arbeit zu machen, das, was die Fachsprecher machen sollen, sondern nur wenn Sie Medienaufmerksamkeit wittern. Das ist das Einzige, wann Sie auftreten, weil Sie nicht an der Situation der Abschiebehaftlinge, sondern am Projekt "Dressel 2008" arbeiten. Das ist Ihr einziges Ziel.

(Beifall bei der CDU)

Frau Möller, Sie haben in einer Pressemitteilung gefordert, was die Abschiebehaft angeht, müsse man doch zumindest den europäischen Standard herstellen.

(Glocke)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Duden** (unterbrechend): Herr Senator Lüdemann, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Goetsch?

**Senator Carsten-Ludwig Lüdemann** (fortfahrend): Frau Goetsch kann sich gerne nach mir noch einmal melden. Im Moment möchte ich keine Zwischenfrage.

Frau Möller, Sie haben bei der Abschiebehaft gefordert, man müsse doch mindestens den europäischen Standard einhalten. Wollen Sie denn wirklich die Situation der Abschiebehaft so haben, wie wir es in Süds Spanien, in Griechenland, in Italien haben? Ist das für Sie der europäische Standard für Abschiebehaft?

(*Dr. Till Steffen GAL*: Ich glaube, Sie haben den Begriff nicht verstanden!)

A Haben Sie das wirklich gefordert? Dann müssten wir nämlich unseren Standard erheblich absenken, wenn Sie diesen Maßstab ansetzen.

(Beifall bei der CDU – *Gesine Dräger SPD*: Standard heißt nicht Durchschnitt!)

Die SPD, Herr Dr. Dressel sagt, wir müssen Recht und Gesetz einhalten und das muss mindestens auch in der Abschiebehäftlinge gelten. Genau da hat er Recht und genau das tun wird. Recht und Gesetz werden in der Abschiebehäftlinge eingehalten. Es gibt rechtliche Verweisungen auf das Strafvollzugsgesetz und das Strafvollzugsgesetz wird bei uns hundertprozentig eingehalten. Es gibt keine Rechtsverstöße.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Das sind doch keine Strafhäftlinge!)

– Ja, Sie sind doch Jurist und kennen die Verweisungen. Sie werden aber letztlich dann wie Strafgefangene behandelt.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Dann gucken Sie doch mal ins Gesetz!)

Da kann man sagen, dass man politisch etwas anderes will, wir wollen politisch eine Gewahrsamseinrichtung, wir wollen politisch, dass sie anders behandelt werden. Das eine ist die Pflicht, die gesetzlichen Bestimmungen, die wir einhalten,

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Das steht da aber nicht so drin im Gesetz!)

B das andere ist die Kür, das, was man on top will. Nur, dann müssen Sie das gesetzlich durchsetzen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von *Karl-Heinz Warnholz CDU*: Wo bleiben die Anträge?)

Wir halten Recht und Gesetz ein. Es wird keine gesonderte Gewahrsamseinrichtung geben. Es macht Sinn so wie wir es machen, Abschiebehäftlinge in gesonderten Abteilungen in dem Strafvollzug unterzubringen. Die gesetzlichen Standards für die Abschiebehäftlinge werden eingehalten, die werden sogar bei uns in Santa Fu besser behandelt als die normalen Strafgefangenen, sie haben bessere Standards.

(*Wolfgang Ploog CDU*: Sehr richtig! – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Und was ist mit der Untersuchungshaft?)

Die Untersuchungshaftanstalt ist nun mal Eingangsanstalt. Das ist erforderlich. Wir versuchen, zu minimieren. Wir bauen Fuhlsbüttel auf 98 Plätze aus, das schon seit langer Zeit. Das wird im April in Gang gesetzt und Sie sind herzlich eingeladen, sich spätestens dann die Situation einmal anzugucken.

Zur Einhaltung von Recht und Gesetz haben wir in den Anstalten Beiräte,

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Das nützt doch nichts!)

wir haben Insassenvertretungen, den Eingabenausschuss vom Bund und Land, wir haben den Rechtsausschuss, wir haben die Abgeordneten, die jederzeit Zugang haben und sich die Situation vor Ort angucken und überprüfen können.

Was noch viel wichtiger ist, ist, dass wir natürlich Rechtsanwälte als Rechtsbeistände haben und schließlich gibt

es noch den unabhängigen Richter. Es ist auch für Abschiebehäftlinge möglich, Anträge an die Gerichte zur Überprüfung von Haftbedingungen zu stellen. Wenn ein Richter uns sagt, dass das nicht Recht und Gesetz entspricht, dann werden wir sofort einen Missstand abstellen, aber der Richter hat die Abschiebehäftlinge ...

(*Dr. Till Steffen GAL*: In der Strafhäftlinge ist es erlaubt, das rechtswidrig zu machen!)

– Bringen Sie mir das Urteil bei, wo ein Richter sagt, die und die Situation zur Abschiebehäftlinge ist rechtswidrig.

(Zuruf von der GAL: Oh!)

– Ach so, das heißt, Sie haben es nicht. Okay.

Unabhängig davon sage ich, dass wir daran arbeiten. Die Situation in der U-Haft ist eine Übergangssituation. Wir versuchen, mit dem Ausbau in Fuhlsbüttel, die Aufnahme in der U-Haft gänzlich zu vermeiden. Als Fazit kann ich Ihnen nur sagen, dass es in hamburgischen Haftanstalten keine rechtsfreien Räume gibt. Aber Sie in Ihrer Fraktion sollten einmal Ihre rechtsfreien Räume überprüfen.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Duden**: Das Wort bekommt Herr Klooff.

**Rolf-Dieter Klooff SPD**: Meine Damen und Herren! Sparen Sie noch ein bisschen den Beifall, dann nehme ich ihn gerne auf.

(*Werner Dobritz SPD*: Auf den Zeugen Lüdemann warten wir dann!)

Meine Damen und Herren! Ich jedenfalls hatte gemeint, mit der Ernennung des Staatsrats Lüdemann zum Senator würde sich ein qualitativer Sprung in die Exekutive vollziehen.

(*Werner Dobritz SPD*: Der ist ja schlimmer als Kusch!)

Seine Rede hat aber auf mich als ein Rückfall gewirkt in die Zeiten, als er noch justizpolitischer Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion war.

(*Wolfgang Ploog CDU*: Haben Sie diese Aussage mit Dr. Fischer abgestimmt?)

Meine Damen und Herren! Ich muss doch noch ein paar Worte zu den Behauptungen sagen, die von Frau Spethmann aufgestellt worden sind und die Herr Lüdemann hier so gierig aufgegriffen hat.

Meine Damen und Herren! Nach Bekanntwerden der Vorwürfe des Antifolterkomitees des Europarats hat die SPD-Fraktion sofort eine Sondersitzung des Rechtsausschusses beantragt, damit diesen Hinweisen unverzüglich nachgegangen werden könnte.

Dieses Vorhaben habe ich mit den Obleuten der Fraktionen besprochen, natürlich auch mit Frau Spethmann, die damit auch einverstanden war. Hier muss ich der Legendenbildung entgegenreten. Ich habe nicht ein einziges Mal in Aussicht gestellt, ich würde den Bericht, der Gegenstand der Presseberichte geworden ist und den ich leider nicht habe, zur Sitzung des Rechtsausschusses mitbringen oder beschaffen. Ich habe allerdings Frau Spethmann gesagt, dass ich mich bemühen würde. Das habe ich gesagt, aber ich habe es nicht vermocht und

C

D

A habe es ihr gleich anschließend, praktisch umgehend gesagt. Wenn sie zu dem Zeitpunkt die Meinung gehabt hätte, dann brauchen wir eine Sitzung des Rechtsausschusses nicht und sie würde eine Selbstbefassung mit ihrer Mehrheit verhindern, hätte sie es mir sagen können. Dann wäre eine andere Lage entstanden. Das war aber nicht der Fall. Die Sitzung hat dann am 16. März stattgefunden.

(Werner Dobritz SPD: Dann hat Herr Lüdemann ja die Unwahrheit gesagt!)

Wir wurden dann Zeugen eines bizarren Machtspiels der CDU. Den Antrag auf Selbstbefassung hat die CDU mit ihrer Mehrheit abgelehnt. Dies unter anderem mit der fadenscheinigen Begründung, dass keine ausreichende Beratungsgrundlage bestehe, wie wir das eben gerade noch einmal gehört haben.

Die zahlreichen Presseartikel und auch anderes, was ich gleich noch erwähne, in denen gleichwohl wesentliche Einzelheiten bereits genannt waren, reichten der CDU nicht aus. Stattdessen beschwerten sich die Abgeordneten der CDU lautstark darüber, dass man sie aus dem Urlaub geholt habe.

Meine Damen und Herren! Es spielt doch gar keine Rolle, dass dem Ausschuss ein Originaldokument nicht vorlag. Die Zeitungen hatten es offensichtlich vorgelegt bekommen und es gab darüber detaillierte Berichte. Es gab auch die Antwort des Senats auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Dressel, in der viele der Berichte und der Vorwürfe, die in den Zeitungsberichten standen, bestätigt wurden. Es gab auch eine Pressemitteilung des Europarats.

B Meine Damen und Herren! Das alles hätte allemal erreicht, um auch die Abgeordneten der CDU in Bewegung zu setzen und zu sensibilisieren und zu fragen, was ist da, was geht da vor.

Sie haben aber hier gesagt, Presseberichte reichen nicht aus. Erinnern Sie sich, das ist noch gar nicht lange her, das war in dieser Sitzung, da haben der Bürgermeister und auch Ihr Fraktionsvorsitzender, meine Damen und Herren von der CDU, Presseberichte zum Anlass genommen, Vorwürfe gegen die Opposition zu erheben und das unter Ihrem Beifall. Das ist doch völlig irrelevant, wenn hier Formalien bemüht werden, die uns in der Sache überhaupt nicht weiterhelfen, wenn bekannt ist – und wie offenbar auch unstrittig ist –, dass es Missstände gegeben hat.

(Beifall bei der SPD)

Anders ist die Antwort des Senats auf die Kleine Anfrage von Herrn Dressel gar nicht zu erklären und auch nicht die offenkundige Bereitschaft des damaligen Staatsrats, Herrn Lüdemann, der mit seiner Mannschaft, mit den kompetenten Leuten angekommen war, die darüber hätten Auskunft geben können und der darüber sichtlich enttäuscht war, dass er nicht zu Wort gekommen war, und das ist Ihr Verschulden, dass das nicht geschehen ist.

(Beifall bei der SPD – Elke Thomas CDU: Was, was, was?)

Wenn diese Vorwürfe für eine Selbstbefassung nicht ausreichen, egal, ob nun durch Presseberichte oder durch offizielle Berichte, wenn sie bekannt werden, wann ist denn aus Ihrer Sicht eine Sondersitzung angemessen?

C Wie lange kann man das denn dulden, dass offenbar inakzeptable Zustände bestehen, bevor man sich seiner Verantwortung als Parlamentarier stellt? Das reicht doch nicht aus, sich darauf zu verlassen, die Behörde werde schon in geeigneter Weise auf die Vorwürfe reagieren. Unter parlamentarischer Kontrolle verstehen wir Sozialdemokraten etwas anderes.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Meine Damen und Herren! Wir werden uns durch diese politischen Scharaden und Winkelzüge der CDU nicht von unserem Weg abbringen lassen. Ich habe Anfang dieser Woche die Justizbehörde darüber informiert, dass die Abgeordneten des Rechtsausschusses kurzfristig eine Besichtigung der Abschiebehaftplätze vornehmen wollen und werden. Schade, dass Ihnen das nicht bekannt ist. Sie haben offenbar Ihre Behörde noch nicht richtig im Griff.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – Wolfhard Ploog CDU: Das ist eine Unverschämtheit!)

Den Brief kann ich Ihnen nachher auch zeigen, aber es ist ein bisschen peinlich, wenn der Senator sagt, so etwas hat es nicht gegeben. Seit Anfang der Woche gibt es das und die Termine werden von der Justizbehörde bekannt gegeben. Nachdem Sie, Frau Spethmann, im Rechtsausschuss per Maulkorb verhindert haben,

(Klaus-Peter Hesse CDU: Schluss jetzt!)

D dass Herr Staatsrat Lüdemann als Vertreter der Justizbehörde berichten sollte, obwohl er aussagebereit war, werden wir nun die Sache selbst in die Hand nehmen.

(Lachen bei Wolfhard Ploog CDU – Elke Thomas CDU: Was?)

– Durch die Besichtigung.

Die kurze Stellungnahme der Justizbehörde – Herr Lüdemann hat sie eben wiederholt –, in Hamburg verlaufe die Abschiebehaft nach Recht und Gesetz, reicht uns nämlich nicht aus.

(Wolfhard Ploog CDU: Erinnern Sie sich mal an die Abschiebung zurzeit von Frau Peschel-Gutzeit!)

Zu häufig mussten wir in den letzten Wochen feststellen, dass die Auffassungen von Recht und Gesetz in der Justizbehörde eher an der Interessenlage als an objektiven Kriterien ausgerichtet sind.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man sich einmal vor Augen führt, dass bereits seit Herbst 2003 beschlossen worden war, die Abschiebehaft umzugestalten und komplett nach Fuhrsbüttel zu verlagern, dann fragt man sich, warum bis heute nichts geschehen ist und erst eine entsprechende harsche Kritik von außen dazu führte, dass man die Sache nun zügig vorantreiben will. Die Kritik des Antifolterkomitees war der Justizbehörde schon längst bekannt. Seit dem 23. Dezember letzten Jahres liegt diese Erklärung vor. Zum Handeln sah sich die Behörde aber erst veranlasst, nachdem wir die Sondersitzung des Rechtsausschusses beantragt hatten.

(Lachen bei Elke Thomas CDU)

A Das zeigt doch allein, welch einen Stellenwert Sie dem Thema widmen. Ihnen ist es offenbar nicht wichtig, wie die Menschen dort behandelt werden,

(Elke Thomas CDU: Also, das ist ja eine Unterstellung!)

solange Sie nur zügig und ohne großes Aufsehen abgehoben werden.

(Beifall bei der SPD)

Sie dürfen sicher sein, dass wir Sie nicht weiter rumwurseln lassen. Es bleibt zu hoffen, dass nach der längst überfälligen Entlassung des Justizsenators Kusch ein Umdenken in der Behörde und Ihrer Fraktion zum Thema Strafvollzug einsetzt.

(Elke Thomas CDU: Das ist doch eine Frechheit!)

Die Kritik des Komitees muss uns als Parlamentarier und Bürger dieser Stadt beschämen und es muss Ihnen als Abgeordnete der CDU ein warnendes und deutliches Zeichen sein, dass die Philosophie des Wegsperrens, mit der die Hamburger Gefängnisse in den letzten Jahren geführt wurden, mit humanitären Grundsätzen nicht vereinbar sind.

(Wolfhard Ploog CDU: Dummes Zeug!)

Es war erschütternd zu sehen und zu hören, wie der Senator selbst hier Strafvollzug und Abschiebehaft durcheinander gebracht hat. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

B **Erste Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Frau Möller.

**Antje Möller GAL:**\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich muss zumindest einmal vorsichtig sagen, dass ich da auch ein bisschen mehr erwartet hätte, Herr Senator Lüdemann.

(Frank-Thorsten Schira CDU: Ach ja!)

Das hatte ein bisschen etwas von der Rede von Herrn Warnholz. Der hat über Afrika geredet.

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Reden Sie über Australien oder den Kongo!)

Sie haben gefragt, ob ich die Standards von Portugal oder Spanien haben wollte. Ich möchte die CPT-Standards für Hamburg haben, Herr Senator.

(Beifall bei der GAL)

Vielleicht darf ich einmal aus diesem Bericht, den man sich im Internet herunterladen kann, die Standards des CPT, also nichts geheim, nichts vertraulich, nichts PUA, sondern einfach die Beschreibung, wie die Haft für Angehörige fremder Staaten in ausländerrechtlicher Haft aussehen sollte. Darum geht es nämlich. Es geht nicht um Straftäter, es geht auch nicht um Verdächtige irgendwelcher Art, sondern es geht genau um diesen Personenkreis.

Im Übrigen fange ich mal mit dem positiven Satz an: Das Komitee nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, dass diesem Ansatz, nämlich den, den Sie hier vorlegen, in den Vertragsstaaten der Konvention zunehmend gefolgt wird. Also, das wollen die Vertragsstaaten anscheinend alle

oder zumindest mehrheitlich. Also sollte das doch auch Hamburg wollen. Dazu gehören dann die Dinge – Herr Warnholz, das wird Sie jetzt wieder freuen –, die ich zum Beispiel auch für das Polizeigefängnis abgefragt habe. Es sollte aber zum Beispiel, weil es sich ja nicht um verurteilte Straftäter handelt, dazu kommen, dass so weit wie möglich dafür Sorge getragen werden muss, dass jeder Eindruck einer Gefängnisumgebung vermieden wird.

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Das ist in Ordnung!)

– Das finden Sie in Ordnung. Ich sehe ein leichtes Lächeln, aber es steht in diesem Standard-Katalog.

Es sollte dazu gehören, dass Bewegung an der frischen Luft möglich ist, Zugang zu einem Tagesraum, Radio, Fernseher, Zeitungen et cetera. Und von den Besuchen bei Häftlingen wissen sicherlich nicht nur ich, sondern mehrere hier, wie es zurzeit aussieht und darüber wollten wir reden und darüber sollen wir meiner Meinung nach auch reden.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Dann geht es darum, welches Personal für Angehörige fremder Staaten in ausländerrechtlicher Haft – ein sperriger Begriff, aber der ist wichtig dabei –, in diesen Hafteinrichtungen sein soll. Sie sollten darin unterrichtet sein, mögliche Symptome von Stressreaktionen zu erkennen. Sie sollten sich mehrsprachig, zumindest grundlegend verständigen können und Ähnliches. Das sind die Dinge, über die wir inhaltlich reden sollten. Ich finde, diese Exkurse in persönliche Angriffe bei einigen CDU-Kollegen, verbale Nettigkeiten gegenüber der GAL-Fraktion, helfen doch inhaltlich nicht weiter. Wenn wir einmal ernsthaft anfangen würden, uns mit der Situation in den Abschiebehaftanstalten oder in den Abschiebehaftzellen in Hamburg zu beschäftigen, dann wäre uns irgendwann einfach wohler. Das hoffe ich jedenfalls.

(Beifall bei der GAL)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Duden:** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen dann zur Abstimmung.

Wer den SPD-Antrag aus der Drucksache 18/3914 annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 62, dem Bericht des Kulturausschusses zum Thema: Einführung des ipsa-lege-Prinzips und zur Novellierung des Hamburgischen Denkschmalschutzgesetzes.

**[Bericht des Kulturausschusses:  
Einführung des ipsa-lege-Prinzips sowie über die  
Drucksachen**

**18/1958: Novellierung des Hamburgischen Denkmalschutzgesetzes (SPD-Antrag)**

**18/3625: Gesetz zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes (Senatsvorlage) – Drucksache 18/3851 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 18/3969 ein Antrag der CDU-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktion der CDU:  
Gesetz zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes  
– Drucksache 18/3969 –]**

- A Es ist festgestellt worden, dass die Debatte einvernehmlich entfällt. Wir kommen dann sofort zur Abstimmung.

Zunächst zum CDU-Antrag aus der Drucksache 18/3969. Wer diesen annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Nun zum Bericht des Kulturausschusses aus der Drucksache 18/3851.

Zunächst stelle ich fest, dass die Bürgerschaft Kenntnis genommen hat.

Wer möchte der Ausschussempfehlung zur Drucksache 18/1958 folgen, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wer schließt sich der Empfehlung des Ausschusses an und möchte das vierte Gesetz zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes aus der Drucksache 18/3625 mit den zuvor beschlossenen Änderungen beschließen, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

- Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause?  
– Das ist nicht der Fall.

Wer das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen. Damit ist das Gesetz in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

B

Wir kommen zum Punkt 58 der heutigen Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses: Gesetz über die Gewährleistung des freien Zugangs zu Informationen für die Freie und Hansestadt Hamburg. Ein Informationsfreiheitsgesetz für Hamburg.

**[Bericht des Rechtsausschusses über die Drucksachen**

**18/1554: Gesetz über die Gewährleistung des freien Zugangs zu Informationen für die Freie und Hansestadt Hamburg (Hamburgisches Informationsfreiheitsgesetz – HmbIFG) (GAL-Antrag)**

**18/1604: Ein Informationsfreiheitsgesetz für Hamburg (SPD-Antrag) – Drucksache 18/3909 –]**

Auch hier entfällt die Debatte einvernehmlich und wir kommen sofort zur Abstimmung.

Wer sich Ziffer 2 der Ausschussempfehlung anschließt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wer Ziffer 2 der Ausschussempfehlung folgen und das Hamburgische Informationsfreiheitsgesetz aus der Drucksache 18/1604 in der vom Ausschuss geänderten Fassung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist mit Mehrheit angenommen.

Es bedarf auch hier einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

- Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause?  
– Das ist nicht der Fall.

C

Wer das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe? – Enthaltungen? – Das ist damit in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Manche mögen es bedauern, aber wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung und sehen uns morgen wieder.

**Schluss: 19.53 Uhr**

*Hinweis:* Die mit \* gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Jörg Lühmann und Erhard Pumm.

D

## Anlage 1

## Zu Punkt 4

(siehe Seite 2660 D)

**Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:  
Wahl der Vertrauensleute und ihrer Vertreterinnen und Vertreter für die Ausschüsse zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Hamburgischen Obergericht und beim Verwaltungsgericht Hamburg  
- Drucksache 18/3458 -**

Gewählt wurden	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Hamb. OVG/Mitglieder:					
Jessica Becker	106	85	8	8	5
Manfred Effenberger	106	83	9	10	4
Birgit Stadermann	106	84	8	9	5
Christian Lindner	106	79	9	11	7
Sebastian Mietzner	106	91	8	1	6
Monika Hauto	106	91	8	1	6
Stefanie Könnecke	106	82	10	5	9
Hamb. OVG/Vertreter:					
Rainer Blumenthal	106	78	8	13	7
Frank Schwippert	106	79	8	11	8
Andreas Stonus	106	79	8	12	7
Gregor Jaecke	106	78	9	12	7
Marianne Poseck	106	87	10	1	8
Karin Brieger	106	88	9	1	8
Norbert Paulo	106	84	8	4	10
VG Hamburg/Mitglieder:					
Dr. Peter Hitpaß	109	86	12	7	4
Beatrix Wiczorek	109	88	10	7	4
Caroline Klawitter	109	87	10	8	4
Peter Urban	109	86	11	8	4
Carsten Gerloff	109	93	8	2	6
Ines Schwarzarius	109	93	8	2	6
Lexi von Hoffmann	109	89	8	4	8
VG Hamburg/Vertreter:					
Angelica Blank	109	86	10	7	6
Ingo Pohl	109	84	11	8	6
Daniela Neu	109	85	10	8	6
Christian Bartsch	109	84	11	8	6
Dennis Eighteen	109	91	9	0	9
Elke Ahrens	109	91	9	1	8
Camilla Reger	109	86	9	3	11

## Anlage 2

**Zu Punkt 6 a**

(siehe Seite 2660 D)

**Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:  
Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Bildung und Sport  
- Drucksache 18/3923 -**

<b>Gewählt wurde</b>	<b>Zahl der abgegebenen Stimmen</b>	<b>Ja- Stimmen</b>	<b>Nein- Stimmen</b>	<b>Enthaltungen</b>	<b>Ungültige Stimmen</b>
Vorschlag der CDU-Fraktion:					
Dr. Peter Niehusen	104	76	13	14	1